

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

Öffentliche Sitzung vom 29. Jänner 1979

Stenographisches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte (S. 2)
2. Fragestunde (S. 2)
3. Mitteilung des Einlaufes (S. 13)
4. Angelobung von GR. Hermine Fiala (S. 13)
5. Mandatsrücklegung des GR. Braun:
Angelobung des GR. Strangl (S. 13)
6. Gemäß § 21 WStV ohne Verhandlung an-
genommene Anträge des Stadtsenats (S. 14)
7. Pr.Z. 4345/78, P. 2: Kreditaktion zur Finanzie-
rung und Instandsetzung bzw. allfälligen Er-
neuerung von Gas- und Lichtleitungen in den
Wiener Wohnhäusern
Berichterstatler: GR. Ing. Hofstetter (S. 14 u. S. 17)
Redner: Die GRe. Dkfm. Ammann (S. 14) und
Lustig (S. 16), Abstimmung (S. 18)
8. Pr.Z. 172, P. 5: Gewährung einer Subvention
an den Verein Wiener Jugendkreis
Berichterstatler: GR. Hanke (S. 18 u. S. 20)
Redner: GR. Prochaska (S. 18), Abstimmung
(S. 21)
9. Pr.Z. 4343/78, P. 9: Gewährung eines einmaligen
Beitrages an den Verein Wiener Festwochen
Berichterstatler: GR. Gertrude Stiehl (S. 21 u. S. 26)
Redner: Die GRe. Dr. Marilies Flemming (S. 21)
und Wiesinger (S. 23) sowie Bezirksvorsteher
Kasperek (S. 24), Abstimmung (S. 26)
10. Pr.Z. 173, P. 11: Durchführung der Ausstellung
Alberto Giacometti im Museum des 20. Jahr-
hunderts in Wien
Berichterstatler: GR. Gertrude Stiehl (S. 26)
Redner: GR. Bittner (S. 26), Abstimmung (S. 27)
11. Pr.Z. 183, P. 22: Zusatzvereinbarung zum Syn-
dikatsvertrag betreffend die „Allgemeines
Krankenhaus Wien; Planungs- und Errich-
tungs-AG“
Berichterstatler: GR. Mayrhofer (S. 27 u. S. 29)
Redner: Die GRe. Dr. Hirnschall (S. 27) und
Lehner (S. 27), Abstimmung (S. 29)
12. Pr.Z. 197, P. 29: Geänderte Ausführung der
Neuen Donau und der Donauinsel vom ersten
Wehr bis zum Absturzbauwerk und Sachkredit-
erweiterung für die Ausführung des Bauloses 1
des Entlastungsgerinnes
Berichterstatler: GR. Freinberger (S. 29 u. S. 32)
Redner: GR. Dr. Peter Mayr (S. 29), Abstim-
mung (S. 32)
13. Pr.Z. 252, P. 42: Errichtung eines Psychosozia-
len Zentrums in 21., Schöpfleuthnergasse 20
Berichterstatler: Amtsf. StR. Dr. Stacher (S. 32 u. S. 34)
Redner: StR. Dr. Gertrude Kubiena (S. 33),
Abstimmung (S. 34)
14. Pr.Z. 226, P. 43: Änderung der Statuten des
Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bür-
germeisters der Bundeshauptstadt Wien
Berichterstatler: GR. Franziska Fast (S. 34)
Redner: GR. Gertrude Härtel (S. 35) und amtsf.
StR. Dr. Stacher (S. 35), Abstimmung (S. 36)
15. Pr.Z. 240, P. 47: Aufhebung und Neufestsetzung
des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes
für das Gebiet zwischen Ettrichstraße, Zinner-
gasse, ÖBB-Donauländebahn, Dreherstraße und
Sängergasse im 11. Bezirk, Kat. G. Kaiser-
Ebersdorf
Berichterstatler: GR. Oblasser (S. 36 u. S. 37)
Redner: GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 36),
Abstimmung (S. 37)
16. Pr.Z. 243, P. 50: Erhöhung des Jahresentgeltes
für die ständige Berichterstattung der Austria-
Wochenschau Ges. m. b. H. über kommunale
Ereignisse in Wien
Berichterstatler: GR. Lustig (S. 37 u. S. 38)
Redner: GR. Dkfm. Bauer (S. 38 u. S. 39) und
amtsf. StR. Schieder (S. 39), Abstimmung (S. 39)
17. Pr.Z. 245, P. 51: 1. Subventionsliste 1979
Berichterstatler: Amtsf. StR. Hans Mayr (S. 39 u. S. 41)
Redner: GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 40),
Abstimmung (S. 41)
18. Pr.Z. 247, P. 53: Ankauf von Schuldverschrei-
bungen städtischer Anleihen sowie sonstiger
festverzinslicher Wertpapiere
Berichterstatler: GR. Busta (S. 41 u. S. 42)
Redner: Die GRe. Hirnschall (S. 41) und Dkfm.
Dr. Wöber (S. 42), Abstimmung (S. 43)

19. Pr.Z. 43 GF/79: Anfrage der GRe. StR. Dr. Goller, Fürst und Zörner betreffend Umbildung des Stadtsenats durch Ressortveränderungen und eine neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien

Verlesung durch Schriftführer GR. Prochaska (S. 43), Begründung durch StR. Dr. Goller (S. 43)
Redner: Die GRe. StR. Dr. Goller (S. 44), Dr. Hirnschall (S. 46), Fürst (S. 46), Bgm. Gratz (S. 49) und VBgm. Dr. Busek (S. 50)

Vorsitzende: Die GRe. Mayrhofer, Dkfm.
Dr. Ebert, Lehner und Maria Szöllösi.

(Beginn um 10 Uhr.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Die Sitzung des Gemeinderates ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Gemeinderatsmitglieder Margarete Tischler, Vejtisek und Windhab.

Wir beginnen mit der Fragestunde.

(In der Fragestunde werden vom Vorsitzenden GR. **Mayrhofer** die folgenden Anfragen zur Beantwortung aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 60/GM/79) des GR. **Haubenburger** an den Bürgermeister:

Wie weit stehen die Verhandlungen zwischen dem Bund und der Stadt Wien betreffend die Nutzung der Flächen unter der Autobahntrasse der Südost-Tangente für Lkw-Abstellplätze?

2. Anfrage (Pr.Z. 61/GM/79) der GR. **Dr. Marilies Flemming** an den Bürgermeister:

Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, im Wege einer Volksbefragung in ganz Wien die Bevölkerung zu fragen, ob der Bau der zwei Donaukanalbrücken und damit die Sperre des Innenringes vor dem Bau der Traisenbrücke (Brigittenauer Brücke) Vorrang haben soll?

3. Anfrage (Pr.Z. 49/GM/78) des GR. **Dr. Hirnschall** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice:

Teilen Sie die Auffassung, daß § 19 Abs. 2 der derzeitigen Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen, der ein Dirimierungsrecht des Bezirksvorstehers vorsieht, im Widerspruch zur geltenden Wiener Stadtverfassung steht, die bestimmt, daß die Beschlüsse mit unbedingter Stimmenmehrheit der Bezirksvertretung zu fassen sind?

4. Anfrage (Pr.Z. 58/GM/78) des GR. **Dr. Nowak** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice:

Stimmt es, daß Sie ein Projekt der Baumbewässerung in den Straßen Wiens aus den Dachrinnen überlegen?

5. Anfrage (Pr.Z. 59/GM/78) des GR. **Sallaberger** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice:

Welche Forderungen hat die Stadt Wien an die in Ausgleich befindliche Holzverwertungsges. m. b. H. in Deutschlandsberg?

6. Anfrage (Pr.Z. 65/GM/79) des GR. **Fürst** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice:

Was gedenken Sie zu tun, um die Wiener Wäh-

lerevidenz im Hinblick auf die kommende Nationalratswahl auf den letzten Stand zu bringen?

7. Anfrage (Pr.Z. 72/GM/79) des GR. **Dkfm. Bauer** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice:

Welche Sicherheitsvorkehrungen für den Fall eines Hochhausbrandes wurden auf Grund der Erfahrungen nach der letzten Brandkatastrophe am Parkring getroffen?

8. Anfrage (Pr.Z. 54/GM/78) des GR. **Freinberger** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz:

Welche Erfahrungen wurden seitens des Magistrats bisher mit der getrennten Glas- und Altpapiersammlung gemacht?

9. Anfrage (Pr.Z. 73/GM/79) des GR. **Hengelmüller** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz:

Sind Sie im Hinblick auf zahlreiche Klagen aus Kreisen der Bevölkerung bereit zu prüfen, ob die Geschäftsleute am Mexikoplatz die österreichischen Rechtsvorschriften einhalten?

10. Anfrage (Pr.Z. 74/GM/79) der GR. **Maria Kuhn** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz:

Wann erscheint Ihnen im Hinblick auf jüngste Pressekritiken der Einsatz des Bundesheeres bei Schneefall gerechtfertigt?

11. Anfrage (Pr.Z. 75/GM/79) des GR. **Holub** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz:

Wie hat sich die Errichtung von den drei neuen Hallenbädern auf die Besucherzahlen in den städtischen Bädern ausgewirkt?

12. Anfrage (Pr.Z. 62/GM/79) der GR. **Dkfm. Dr. Maria Schaumayer** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaft:

Welche Verfahren bei der Wirtschaftspolizei, welche Vorerhebungen, Strafverfahren und Zivilverfahren sind derzeit im Bereich der Wiener Holding, insbesondere der ehemaligen Bauring Ges. m. b. H. und der Gesiba, anhängig bzw. im Gange?

13. Anfrage (Pr.Z. 44/GM/78) des GR. **Ing. Kreiner** an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaft:

Wie weit sind die Verhandlungen zwischen Bund und Stadt Wien bezüglich der Finanzierung der für den innerstädtischen Massenverkehr so wichtigen U-Bahnlinie U 3 gediehen?)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Zum Aufruf gelangt die 1. Anfrage, gestellt von Herrn GR. Haubenburger an den Herrn Bürgermeister. Ich bitte den Herrn Bürgermeister, zu dieser Anfrage Stellung zu nehmen.

Bürgermeister: Herr Gemeinderat! Die Flächen unter der Autobahntrasse der Südosttangente sind tatsächlich für eine Nutzung vorgesehen, nicht nur für Lkw-Abstellplätze, sondern unter Umständen auch für eine andere Art, für Lager oder gewerbliche Nutzung.

Die Verhandlungen befinden sich derzeit im Stadium von Gesprächen auf der Ebene der beamteten Experten des Bundes und der Stadt Wien, das heißt von seiten der Stadt Wien der Mitarbeiter der Magistratsabteilung 28.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine Zusatzfrage.

GR. Haubenburger: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie Sie gesagt haben, hat die Gemeinde Wien im Sommer des Jahres 1978 die Verpflichtung übernommen, dem Bautenministerium einen Bestandsvertrag vorzulegen.

Meine Frage ist jetzt: Ist dieser Vertrag bzw. der Entwurf dem Bautenministerium schon vorgelegt worden oder sind die Arbeiten für diesen Entwurf noch nicht dem Bautenministerium übermittelt worden?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Nach den mir von der Abteilung übermittelten Informationen verhandeln die Beamten mit dem Bautenministerium über den Inhalt eines solchen Vertrages, damit nicht formal ein Hin- und Hersenden von Entwürfen erfolgt, sondern damit man sich für den Vertrag in Gesprächen auf Beamtenebene einigen kann.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Haubenburger: Herr Bürgermeister! Das heißt, daß Sie die Auffassung vertreten, daß Abstellplätze für die Wiener Wirtschaft äußerst wichtig sind, und daß wir annehmen können, daß mit dem Vertragsabschluß in Bälde gerechnet werden kann.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Wir befinden uns hier in inhaltlicher Übereinstimmung.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke schön.

Damit kommen wir zur 2. Anfrage, gestellt von Frau GR. Dr. Marilies Flemming, die ebenfalls an den Herrn Bürgermeister gerichtet ist. Ich bitte, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Frau Gemeinderat! Für alle drei von Ihnen genannten Projekte ist die generelle Planung beschlossen und die Detailplanung in der

Gruppe Bauten so weit fortgeschritten, daß ein frühestmöglicher Baubeginn erfolgen kann und auch angestrebt ist.

Da es sich daher um keine Alternativprojekte handelt, sondern die Projekte durchaus gleichzeitig je nach Ausreifung der Planung zu verwirklichen sind, werde ich nicht beantragen, über eine Alternative, die keine ist, eine Volksabstimmung abzuhalten.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Die erste Zusatzfrage, bitte.

GR. Dr. Marilies Flemming: Herr Bürgermeister! Bitte, wann wurde eigentlich das Projekt der sogenannten Uraniabrücke vom Bautenministerium genehmigt? Wie lange ist das schon her?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Frau Gemeinderat! Dieses Datum kann ich Ihnen mangels Auswendigwissens sämtlicher Daten jetzt nicht sagen, aber ich bin gerne bereit, Ihnen das mitzuteilen.

Die zuständige Magistratsabteilung teilt mir, wie gesagt, mit, daß die Detailplanung in der Gruppe Bauten so weit fortgeschritten ist, daß einem baldigen Baubeginn an sich nichts im Wege steht.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Dr. Marilies Flemming: Und wann, glauben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wird dieser baldige Baubeginn denn stattfinden? Mit welchem Zeitraum kann man denn da rechnen?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bürgermeister: Frau Gemeinderat! Da das sicher nicht mit meinem Glauben oder mit meinen Vermutungen zusammenhängt, werde ich gerne den zuständigen amtsführenden Stadtrat, der über diese Dinge im Detail informiert ist, befragen und Ihnen dann Auskunft geben.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke schön.

Damit kommen wir zur 3. Anfrage, gestellt von Herrn GR. Dr. Hirschnall, die an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice gerichtet ist. Ich bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Schieder: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ihre Anfrage geht davon aus, daß der § 19 Abs. 2 der derzeitigen Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen ein Dirimierungsrecht des Bezirksvorstehers vorsieht. Das tut er aber nicht.

Ich konnte mir aber im Gegensatz zum genauen Text Ihrer Frage vorstellen, was Sie meinten: daß nämlich im § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen ein Enthaltungsrecht des Vorsitzenden vorgesehen ist, gleichzeitig aber auch die Pflicht, das Stimmrecht auszuüben, wenn sich ohne diese Stimme zunächst keine Mehrheit, sondern die gleiche Stimmenanzahl für und gegen ergeben hat. Hat der Vorsitzende jedoch mitgestimmt, wozu er gemäß § 19 Abs. 1 erster Satz der Ge-

schäftsordnung für die Bezirksvertretungen als berechtigt anzusehen ist, so entscheidet gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen jene Meinung, der er bei der Abstimmung beigetreten ist. Daraus folgt, daß der Stimme des Vorsitzenden in diesem Fall ein höherer Zählwert zukommt.

Der Wortlaut Ihrer Anfrage ist dann erfüllt, wenn der Vorsitzende gleichzeitig Bezirksvorsteher ist. Es ist tatsächlich so, daß jedenfalls im Hinblick auf den Vorsitzenden oder auf den Bezirksvorsteher in der Funktion des Vorsitzenden ein Dirimierungsrecht besteht. Dieses Dirimierungsrecht kann also mit Recht aufgezeigt werden.

Die Anwesenheits- und Abstimmungsquoren für die Beschlüsse der Bezirksvertretungen sind im § 64 Abs. 1 vorletzter und letzter Satz der Wiener Stadtverfassung festgelegt: ein Drittel der Mitglieder und unbedingte Mehrheit.

Da das Gesetz Ausnahmen von dem an sich der Regelung als immanent anzusehenden Grundsatz des gleichen Zählwertes aller Stimmen nicht kennt, zum Unterschied etwa zur Regelung des § 56 Abs. 3 der Stadtverfassung, also Beschlüsse der Ausschüsse des Gemeinderates, scheint die in Rede stehende Befugnis des Vorsitzenden zuzulassen, daß man die Meinung vertritt, daß sie einer gesetzlichen Grundlage entbehrt oder im Gegensatz zur Geschäftsordnung steht.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. Dr. **Hirnschall**: Herr Stadtrat! Sie haben nach langen Ausführungen doch jetzt im Schlußsatz meiner Rechtsauffassung zugestimmt, daß ein derartiges Dirimierungsrecht, wie es die Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen derzeit noch im Absatz 2 vorsieht, wenn der Bezirksvorsteher den Vorsitz führt, oder eine doppelte Stimme in Widerspruch zur geltenden Stadtverfassung steht.

Ich richte daher an Sie die Frage, welche Konsequenz Sie aus dieser Überzeugung ziehen werden, ob Sie insbesondere die Bezirksvertretungen informieren, daß in diesem Punkt die derzeitige Geschäftsordnung im § 19 Abs. 2 eine bedenkliche Bestimmung enthält.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Es stünde mir nicht zu, die Bezirksvertretungen davon zu informieren, daß Sie oder ich oder ein anderes Mitglied des Gemeinderates etwas für bedenklich hält. Beide in Frage stehenden Normen sind vom Gemeinderat der Stadt Wien gebilligt worden. Es liegt am Gemeinderat bzw. an den Fraktionen und Mitgliedern, diesbezügliche Anträge zu stellen. Ich werde nicht zögern, falls ich für deren Behandlung im Ausschuß zuständig bin, sie raschest dem Ausschuß vorzulegen.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine zweite Zusatzfrage. Bitte.

GR. Dr. **Hirnschall**: Herr Stadtrat! Könnten Sie zur Vorbereitung dieser Ausschußtätigkeit mittler-

weile ein Rechtsgutachten etwa des Verfassungsdienstes über die gegenständliche Frage einholen?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Es ist sicher möglich, ein Rechtsgutachten des Verfassungsdienstes einzuholen. Allerdings scheint mir das, was Sie von diesem Rechtsgutachten erwarten, ohnedies unbestritten zu sein, nämlich daß hier ein Gegensatz zwischen den Normen der Geschäftsordnung für den Vorsitzenden und eben dem Text der Wiener Stadtverfassung besteht. Allerdings ist das ein Gegensatz, dessen sich der Gemeinderat bei der Beschlußfassung durchaus bewußt gewesen sein könnte.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Damit ist die 3. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur 4. Anfrage, gestellt von Herrn GR. Dr. Nowak, ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice gerichtet. Ich bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Die Bäume in der Großstadt sind weltweit manchmal in einer prekären Situation: Der Faktor für ihr Überleben bzw. für ihre Zuwachsraten ist begrenzt geworden. Die Bäume leiden vor allem unter außerordentlicher Trockenheit. Winterliches Streusalz verhindert die Wasseraufnahme durch die Wurzeln und täuscht so direkt wüstenartige Trockenheit im Winterhalbjahr vor. Im Sommer sind es dann häufig dreiwöchige Trockenperioden, die zusammen mit den kleinen Erdbeeten der städtischen Bäume zu dem Absterben führen.

Die Stadt Wien hat sich bemüht, auf all diesen Gebieten Maßnahmen zu setzen. Auch das Salzverbot auf Gehsteigen, die Einschränkung auf Straßen, die Vergrößerung der Beete und eine bessere Lochung gehören dazu.

Wir erproben nun tatsächlich ein völlig neuartiges und bisher noch nirgends erprobtes Projekt, und zwar soll das kostbare salzfreie Regenwasser von den Dachflächen, von den Häusern den Bäumen zugeleitet werden. Der vom Baum nicht konsumierbare Überschuß wird dann auf dem normalen Weg der Dachentwässerung in die Kanalisation abgeführt. Zusätzlich wird, wo immer dies möglich ist, eine Installation vorgesehen, die es erlaubt, während der sommerlichen Trockenheit Leitungswasser in die Dachrinnen einzuspeisen und den Bäumen auf diese Weise zuzuführen.

Dieses Projekt wird in Wien in zwei Versuchsanlagen erprobt, da es sicherlich nicht als Modell für alle Bäume und für eine gesamte Stadt tragbar ist, sondern nur für besondere Bäume unter besonderen Bedingungen. Wir haben zwei solche Versuchsanlagen, wo die Dachrinnen quasi für die Bäume angezapft worden sind. Diese Versuchsanlagen sind fast fertiggestellt. Es ist dies ein Gebäudekomplex in Wien 22, Konstanziagasse — Ecke Langobardenstraße, wo eine Reihe von neu

gepflanzten Alleeebäumen bewässert werden soll, sowie ein Haus in Wien 21, Jedleseer Straße — Ecke Sinawastingasse, wo eine riesige naturdenkmalgeschützte Esche, die sich in einer fast aussichtslosen Situation befindet, durch diesen Modellversuch am Leben erhalten wird.

Es sei noch einmal gesagt: Es ist sicherlich kein Modell für eine gesamte Stadt, aber für Teile von Wien vielleicht die Chance, besondere Bäume überleben zu lassen. Die Stadt Wien macht als erste Stadt der Welt den Versuch, das Regenwasser von den Dächern für spezielle Bäume zu nutzen.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. Dr. **Nowak**: Herr Stadtrat! Sie haben mit Recht auf die Bedeutung der Bäume in den Straßen unserer Stadt hingewiesen.

Ist auch vorgesehen, daß in den anderen Straßen unserer Stadt derartige Bewässerungsanlagen für die Bäume installiert werden, und wann kann dieses Projekt realisiert werden?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Das gegenständliche Projekt wird spätestens im Frühjahr realisiert werden. Es hängt vom Erfolg dieses Projektes, also vom Erfolg für den Baum ab, wieweit andere Projekte gestartet werden können.

Was die Situation der Wiener Bäume generell betrifft, so haben wir ja zahlreiche andere Maßnahmen gesetzt, wie zum Beispiel die Vergrößerung der Baumscheiben entlang der Ringstraße, wo man ja schon im heurigen Herbst gesehen hat, daß es den Bäumen dort besser geht. Dasselbe gilt für Neupflanzungen. Wir pflanzen ja weit größere Bäume als noch vor Jahren. Bäume, die wir im vergangenen Jahr in der Ringstraße gepflanzt haben, sind heute schon größer als solche, die vor fünf Jahren gepflanzt worden sind. Das ist vor allem auch dadurch gelungen, daß wir bei so exponierten Lagen auch spezielle Rohre für Bewässerung und Belüftung der Baumwurzeln, vor allem der kleinen Endbaumwurzeln, vorgesehen haben.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine weitere Zusatzfrage wird nicht gewünscht.

Wir kommen zur 5. Anfrage, gestellt von Herrn GR. Sallaberger, ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat für Inneres und Bürgerservice gerichtet. Ich bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Nach der gewaltigen Naturkatastrophe im Jänner 1976 sind im Quellschutzgebiet der Stadt Wien, also vor allem im Rax-Schneeberg-Massiv, durch orkanartige Weststürme zirka 350.000 Festmeter Windwurfholz, das ist mehr als das Fünfzehnfache des planmäßigen Jahreseinschlages, angefallen. Es war eine ganz schwierige Aufgabe für das Forstpersonal, das Schadholz aus dem vielfach völlig unwegsamen und schroffen Hochgebirgsgelände herunterzubringen und aufzuarbeiten. Es ergab sich eine schwer zu bewältigende Frage der Vermarktung unter gleichzeitiger Erzie-

lung eines möglichst hohen Ertrages für die Stadt Wien.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen erschienen anfangs äußerst problematisch, da die Holzpreise zu Jahresbeginn 1976 bekanntlich sehr gedrückt waren, die Nachfrage gering war und die sich ändernden Währungsparitäten am internationalen Schnittholzmarkt eine weitere preisdämpfende Wirkung ausübten.

Andererseits mußte der Abtransport und die Aufarbeitung des Holzes zügig durchgeführt werden, um befürchteten Käferkalamitäten entgegenzuwirken und natürlich auch den forstrechtlichen Bestimmungen zu entsprechen.

Das Holz wurde von Forstarbeitern der Stadt Wien, aber auch von fremden Schlägerungsunternehmen und Fremdfirmen, die den Bau von Forststraßen im alpinen Gelände durchführten, raschest aufgearbeitet.

Die Holzverkäufe erfolgten im Wege von Ausschreibungen, wobei eine größere Anzahl von Holzkäufern zur Anbotlegung eingeladen wurde.

Bis November 1978 sind insgesamt 321.375 Festmeter Schadholz verkauft worden, wofür ein Betrag von über 81 Millionen Schilling in Rechnung gestellt wurde.

Unter den diversen Holzverkäuferfirmen beteiligte sich auch die von Ihrer Frage angesprochene Holzverwertungsges. m. b. H. Nachfolger KG aus Deutschlandsberg an den Ausschreibungen. Sie hat bis November 1978 156.904 Festmeter Windwurfholz als Bestbieter gekauft. Dafür wurde ihr ein Betrag von 42.930.727 Schilling in Rechnung gestellt.

Das gesamte Holz wurde mit Holzverkaufsübereinkommen verkauft, das ein Zahlungsziel von 60 Tagen vorsah. Es wurde jeweils ein Zahlungsplan erstellt, und es wurden die entsprechenden Garantien von der Sparkasse Deutschlandsberg eingeholt.

Nach fast zwei Jahren klaglosen Geschäftsablaufs sperrte nun die Sparkasse Deutschlandsberg der Holzverwertungsges. m. b. H. Nachfolger KG sämtliche Kredite und verständigte hievon auch die Stadt Wien.

Die Stadt Wien hat allerdings durch die entsprechenden Sicherungen, die wir von der Bank Deutschlandsberg verlangt haben, alle Beträge erhalten. Derzeit ist eine Restforderung von knapp 2 Millionen Schilling noch offen. Die Fälligkeit ist aber erst in diesen Tagen gegeben gewesen. Es besteht keine Sorge, daß nicht auch dieser Betrag von der Sparkasse Deutschlandsberg, die als Bürge und Zahler zu betrachten ist, termingerecht zur Einzahlung gelangt.

Forderungen haben an diese Holzverwertungsges. m. b. H. vor allem Straßenbaufirmen, die direkt mit ihr abgeschlossen haben oder die als Subunternehmer anzusehen sind.

Die Magistratsabteilung 49 und damit die Stadt Wien wird aber, genauso wie sie darauf geachtet hat, ihr eigenes Geld zu bekommen, auch diesen

Firmen helfen und schauen, ob es möglich ist, diese Beträge über die Bankhaftung einzutreiben. Sollte das nicht möglich sein, werden ausständige Forderungen Dritter an diese Holzverwertungsgesellschaft wahrscheinlich lediglich im Rahmen und Ausmaß des Ausgleichsverfahrens eingebracht werden können.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine Zusatzfrage wird nicht gewünscht.

Wir kommen daher zur 6. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Fürst und ebenfalls gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat für Inneres und Bürgerservice. Ich bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Schieder: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Die ständige Evidenz der Wahl- und Stimmberechtigten wird im Rahmen des Magistrats von der Magistratsabteilung 62 im Zusammenwirken mit der Magistratsdirektion, Automatische Datenverarbeitung, im Wege der automationsunterstützten Datenverarbeitung geführt.

Hiebei sind, abgesehen vom Antragsprinzip der §§ 4 ff des Wählerevidenzgesetzes 1973, nach dem Amtswegigkeitsprinzip des § 9 Wählerevidenzgesetz 1973 alle nach den bestehenden Vorschriften einlangenden Unterlagen und Belege zu bearbeiten. Mengenmäßig überwiegende Belege sind hiebei die mit der Amtsstampiglie versehenen Meldezettel-ausfertigungen. Hievon langten von den Polizeibehörden — in Wien ist ja der Magistrat selbst nicht Meldebehörde — zum Beispiel im November 1978 21.792 Stück beim Magistrat ein. Diese Unterlagen werden, je nach Einzelfall und unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, geprüft und dann via Bildschirmgerät eingespeichert.

Die Magistratsabteilung 62 hat außerdem im Zusammenwirken mit der MD, Automatische Datenverarbeitung, bereits von Amts wegen und in Wahrnehmung der mit Sicherheit zu erwartenden Abänderung der Nationalrats-Wahlordnung 1971 die Verspeicherung des zusätzlich in Betracht kommenden Personenkreises — die bis zum Stichtag geborenen Angehörigen des Jahrganges 1960 — veranlaßt. Ich kann daher durchaus feststellen, daß, unbeschadet des Reklamationsverfahrens, die Wiener Wählerevidenz den gesetzlichen Vorschriften gemäß geführt wird.

Gestatten Sie mir noch in diesem Zusammenhang einen volkstümlichen Satz. Das, was hier seitens des Magistrats geschieht, ist eigentlich nur der Spiegel dessen, was sich auf dem Sektor der Meldevidenz tatsächlich abspielt. Die Qualität eines Spiegels mißt man darin, wie gut er ein anderes Bild wiedergibt. Hat das Bild Mängel, so zeigt auch der gute Spiegel diese Mängel. Eine gute Führung im Magistrat muß deshalb nicht heißen, daß das, was es wiedergibt, unbedingt richtig ist, denn das ist eine Sache der Meldebehörde.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke schön. Eine Zusatzfrage.

GR. Fürst: Herr Stadtrat! Die Wiener Volkspartei hat einen Monat nach der letzten Gemeinderatswahl auf Grund der Wählerevidenz eine Aus-

sendung für eine befreundete Organisation, für die Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen, an rund 700.000 Wahlberechtigte gemacht. Auf diese Aus-sendung sind rund 40.000 Retouren mit dem Vermerk „Empfänger verstorben“, „verzogen“ oder „unbekannt“ zurückgekommen. Das sind rund 6 Prozent. Das würde bedeuten, daß 70.000 Adres-sen in der Wiener Wählerevidenz nicht stimmen.

Herr Stadtrat, sind Sie bereit, diese Retouren — ich habe sie mitgenommen, ein Berg von diesen liegt auf einem Pritschenwagen unten im Hof des Wiener Rathauses — zu übernehmen, um auf Grund dieser Retouren die Wählerevidenz in Ordnung bringen zu lassen?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Schieder: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich bin sehr gerne bereit, diese Retouren zu übernehmen und prüfen zu lassen. Sie werden aber sicherlich auch gestatten, daß ich gleichzeitig überprüfen lasse, ob es den gesetzlichen Vorschriften entsprochen hat und keinen Verstoß gegen diese darstellt, daß Sie dieses Adressen-material überhaupt an die Katastrophenhilfe Öster-reichischer Frauen weitergegeben haben.

Es ist eine Frage, ob Sie überhaupt berechtigt gewesen sind, dieses Adressenmaterial einem weite-ren Verein zu übergeben, der es nicht für die im Gesetz vorgesehenen Zwecke benützt hat.

GR. Fürst: Herr Stadtrat, es steht Ihnen frei, die Verwendung der Wählerevidenz für eine befreundete Organisation der Wiener Volkspartei zu überprüfen. Hier geht es aber um die Wähler-evidenz und um die Verantwortlichkeit der Ge-meinde.

Ich habe eine zweite Zusatzfrage. Anlässlich der letzten Wiener Gemeinderatswahl sind zahlreiche Beschwerden an uns herangetragen worden, daß Leute, die immer bei den Wahlen wahlberechtigt waren und bei den vergangenen Wahlen gewählt haben, diesmal nicht mehr in der Wählerevidenz aufgeschienen sind.

Sind Sie bereit, Wahlberechtigten, die aus der Wählerevidenz von Amts wegen gestrichen werden, diesen Schritt mittels einer Verständigung mitzu-teilen, damit sie davon informiert werden und die Möglichkeit erhalten, bei der nächsten Reklama-tionsfrist nachzusehen, ob sie in der Wählerevidenz aufscheinen?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Schieder: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich weiß nicht, ob ich jetzt Ihre zweite Zusatzfrage oder die einleitende Stellung-nahme zur Beantwortung der ersten Zusatzfrage zu beantworten habe, denn beides wurde von Ihnen unter „Zusatzfrage“ gesagt. Ich werde mich be-mühen, beides zu beantworten.

Zum zweiten Teil. Ich bin nicht bereit, Ihnen das zuzusagen, aber bereit, dies überprüfen zu lassen. Daß jemand nicht mehr im Wählerverzeich-nis aufscheint, kann zahlreiche Ursachen haben. Ich werde dies überprüfen und gelegentlich einer

Ausschußsitzung meine Haltung zu der von Ihnen gestellten weiteren Frage mitteilen, da ich es nicht ohne entsprechende Unterlagen in einer zweiten Zusatzfrage und nicht ohne entsprechende Prüfung, die mir ja in den wenigen Minuten nicht möglich ist, machen kann. Daher kann ich es nicht beantworten. (StR. Neusser: Aber nur die Bereitwilligkeitserklärung, sonst nichts!) Ich habe die Bereitwilligkeit erklärt, es zu prüfen — das ist wahrscheinlich die dritte Zusatzfrage —, und werde es dem Herrn Gemeinderat im Ausschuß mitteilen. Das ist Bereitwilligkeit. Ich habe das Wort „Bereitschaft“ gewählt. Ich bitte Sie aber, dieses Wort „Bereitschaft“ auch als ein Synonym für Bereitwilligkeit zu akzeptieren.

Was die einleitende Feststellung betraf, daß es mir freisteht, dies zu überprüfen, das weiß ich gar nicht, Herr Gemeinderat. Ich bin sogar, wenn es mir im Rahmen einer Anfrage bekannt wird, verpflichtet, zu überprüfen, ob Sie dieses Adressenmaterial der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen zur Verfügung stellen durften.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke.

Damit kommen wir zur 7. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Dkfm. Bauer, ebenfalls gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat für Inneres und Bürgerservice.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Für den Einsatz bei Hochhausbränden sind bei der Feuerwehr der Stadt Wien zahlreiche Einrichtungen vorhanden und Vorkehrungen gesetzt, deren Gesamtumfang sicherlich den Umfang einer Anfragebeantwortung bei weitem sprengen würde. Ich möchte daher nur die wesentlichsten Dinge anführen.

1. Es sind bereits zwei Sprungbretter vorhanden, die noch Sprünge aus etwa 50 Meter Höhe mit vertretbarem Risiko zulassen.

2. Der vorhandene Leiterpark soll um eine 50 Meter-Drehleiter mit Fahrkorbaufzug auf zwei Einheiten erweitert werden. Eine derartige Leiter, aus dem Lieferpaket für Moskau, wurde im Werk Magirus bereits auf ihre Tauglichkeit untersucht; deren Anschaffung ist eine reine Frage der Finanzierung. Ich bin aber überzeugt, daß auch hier eine Möglichkeit gefunden wird.

3. Mit dem Innenministerium und dem Bundesheer bestehen feste Vereinbarungen über die Bereitstellung von Hubschraubern für Evakuierungszwecke; entsprechende Rettungsnetze stehen alarmbereit und alarmmäßig zur Verfügung.

4. Jede Drehleiter ist mit einem Abseilgerät bis 50 Meter, in zwei Fällen sogar bis 100 Meter, ausgerüstet.

5. Der Nachfolgetyp des Universallöschfahrzeuges — das Sonderlöschfahrzeug, wie Sie wissen — ist mit Langzeitemschutzgeräten, nämlich für zwei Stunden, ausgerüstet, um lange Anmarschwege unter Atemschutz zu gewährleisten.

6. Die Löschgeräte, insbesondere Pumpen und Schläuche, sind für den hohen Arbeitsdruck in den Hochhäusern ausgelegt.

Weiters möchte ich feststellen, daß das, was für den aktiven Brandschutz in Hochhäusern vom Standpunkt der Feuerwehr vorgekehrt werden kann, in einem Ausmaß gegeben ist, das keinen internationalen Vergleich zu scheuen braucht. Im Hinblick auf den vorbeugenden baulichen Brandschutz sind die Hochhausbauten der letzten Jahre keineswegs mehr mit den Altbeständen zu vergleichen, da es hier Sicherheitsstiegenhäuser, exakte Brandabschnitte, Steigleitungen, Feuerwehraufzüge und dergleichen gibt. Allerdings ist die Bereitschaft mancher Bauherren und mancher Verwalter solcher Gebäude, auch von ihrer Seite etwas für den Brandschutz beizutragen, nicht immer im notwendigen Maße festzustellen.

Ich möchte Ihnen noch weiters sagen, sehr geehrter Herr Gemeinderat, daß der in der Anfrage zitierte Brand für die Wiener Feuerwehr vom Einsatz her keine zusätzlichen Erfahrungen brachte. Er brachte also keine Erfahrungen, die nicht schon bei zahlreichen anderen Bränden gemacht worden wären. Der Brand war im Sinne der üblichen Terminologie keine Brandkatastrophe. Wenn bei einem Zimmerbrand beispielsweise vier Personen durch Rauch oder Flammen umkommen, ist das eine menschliche Tragödie höchsten Ausmaßes, aber es ist von der Brandskala her keine Brandkatastrophe. Es ist für die Betroffenen eine ganz tragische Katastrophe, aber brandmäßig ist es nicht als Katastrophe anzusehen. Diese läge nach den internationalen Normen erst dann vor, wenn man bei der Brandbekämpfung mit den vorhandenen Mitteln zur Bekämpfung des Brandes nicht mehr das Auslangen fände.

Weiters ereignete sich der Brand im Erdgeschoß, und es gibt nicht unbedingt Grund zur Annahme, daß er zum Beispiel in einem nur zwei-, drei- oder viergeschossigen Objekt anders verlaufen wäre. Er wäre dort natürlich genauso tragisch gewesen. Es fehlen jedoch — und das wollte ich damit ausdrücken — die spezifischen Merkmale eines Hochhausbrandes.

Wenn die Feuerwehr aus dem Brand des Parkring-Hochhauses etwas gelernt hat, dann die konsequente Forderung nach zweckdienlichem Brandschutz gemäß letztem technischem Stand, und das lernt die Feuerwehr, wie wir alle, aus jedem Brand.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke schön. Erste Zusatzfrage, bitte.

GR. Dkfm. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meines Wissens waren diese Dinge, die Sie jetzt aufgezählt haben, auch schon vor dem gegenständlichen Brand am Parkring vorhanden. Dennoch sind bei diesem Brand zwei Personen ums Leben gekommen. Meiner Information nach nicht zuletzt deshalb, weil

1. die Eingeschlossenen nicht über das entsprechende Verhalten im Falle eines Brandes Bescheid wußten, weil

2. die Notausgänge zum Teil nicht sperrbar gewesen sind, weil

3. die Atemschutzgeräte erst nach etwa 15 bis 20 Minuten zum Einsatz gekommen sind und weil

4. nicht die entsprechenden Baupläne beim Portier oder an einer anderen jederzeit erreichbaren Stelle bereit legen sind, so daß sich die Feuerwehr erst nach Einlangen der Atemschutzgeräte im Haus zurechtfinden konnte.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer** (unterbrechend): Herr Gemeinderat, ich muß Sie unterbrechen und darf Sie bitten, die Zusatzfrage zu stellen.

GR. Dkfm. **Bauer** (fortsetzend): Es sind zwei Personen zu Tode gekommen. Meine Frage lautet also: Ist in dieser Richtung nichts unternommen worden, um solche Vorfälle auszuschließen?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Sie haben eine Reihe von Faktoren angeführt, von denen Sie meinten, daß deren Beseitigung bzw. Einhaltung Sache der Feuerwehr wäre. Das ist leider nicht so. Auch wenn jemand anderer dafür verantwortlich ist, sind diese Dinge nicht dauernd zu kontrollieren.

Darf ich Ihnen dies an der Frage der aufliegenden Pläne darstellen. Man kann aufmerksam machen. — Das ist geschehen. Man kann bei Routineuntersuchungen prüfen, ob die Pläne vorhanden sind. — Das ist in sehr vielen Fällen geschehen. Man kann es normieren und unter Strafsanktion stellen. — Das ist geschehen. Man kann die Firmen, die Kammern, die Innung, man kann alle darauf aufmerksam machen. — Das ist geschehen. Man kann das Personal, seine Vertretung, die Gewerkschaft darauf aufmerksam machen, auch die Betriebsräte. — Das ist in sehr vielen Fällen geschehen.

Man kann aber nicht das Verstecken oder unachtsame Weglegen eines Plandokumentes verhindern. So etwas dauert eine Minute oder zwei Minuten, und das Dokument ist unauffindbar. Das kann nicht laufend überprüft werden. Da müßte man eine Person zu dem hinstellen, der das Dokument bei sich trägt.

Nun könnten Sie sagen, das Dokument sollte sicher verwahrt werden. Wenn es aber sicher verwahrt wird, dann ist es wieder im Brandschutzfall nicht greifbar. Wir können also nur appellieren, daß auch die Betroffenen, die Benutzer wissen, daß für sie etwas auf dem Spiel steht und daß sie von selbst darauf achten müssen, daß Vorschriften, die wir erlassen haben, von ihnen einzuhalten sind.

Die Feuerwehr hat ein Teil Ihrer Frage betroffen, nämlich die Frage nach den Atemschutzgeräten. Ich bin sehr froh, daß diese Frage gestellt wurde. Immer wieder wird bei Einsätzen gesagt, der erste Feuerwehroffizier oder Feuerwehrmann, der am Einsatzort war, hat noch kein Atemschutzgerät bei sich gehabt. Er war zwar früher dort als die anderen, aber er hat kein Atemschutzgerät bei sich gehabt.

Es stimmt, daß er früher dort war und kein Atemschutzgerät mit hatte. Warum ist das aber so? Weil er eben kein Atemschutzgerät mit hatte, war er früher dort! Würde er nämlich den Atemschutz herausnehmen, füllen und aufsetzen, dann bräuhete

auch er diese Zeit, die das sachgemäße Umgurten und Aufsetzen erfordert. Das ist nicht so leicht. Ich führe es Ihnen gerne einmal vor. Wer den Atemschutz benützt, der braucht etwas länger. Wer keinen Atemschutz aufsetzt, weil er nur an Ort und Stelle überprüft, was geschieht, und nur die Meldefunktion wahrnimmt, der nimmt kein Atemschutzgerät und ist daher schneller.

Die Behauptung also, es waren zwar zwei oder fünf Feuerwehrleute früher dort, aber sie hatten leider keinen Atemschutz mit, verkennt die Tatsache, daß diese für ihre Aufgabe keinen Atemschutz brauchen und nur deshalb früher dort sein konnten, weil sie den Atemschutz nicht umhängten. Aber auch die Feuerwehrmänner mit den Atemschutzgeräten kommen immer innerhalb kürzestmöglicher Zeit. Die Werte, die wir diesbezüglich in Wien haben, brauchen keinen internationalen Vergleich zu scheuen, vor allem schon deswegen, weil die Wiener Feuerwehr zu den wenigen Feuerwehren gehört, die bei jedem Brand — ob mit oder ohne Atemschutz — versucht, von innen zu löschen, und die nicht bloß wie in zahlreichen anderen Staaten einem Brand dadurch Herr zu werden versucht, daß man außen auf das Gebäude spritzt und Sprungtücher ausbreitet für Personen, die sich gegebenenfalls noch aus Fenstern retten können.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Dkfm. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Nicht nur beim gegenständlichen Fall ist sich die betroffene Bevölkerung über das richtige Verhalten im Brandfall sehr oft nicht klar. Beim gegenständlichen Brand hat sich gezeigt, daß nicht einmal die Sirenentöne richtig eingeordnet und gewertet worden sind.

Sind Sie daher mit mir einer Meinung, daß eine Information der Bevölkerung über das richtige Verhalten im Brandfall zweckmäßig wäre und darüber hinaus Brandalarmübungen nicht nur an den Schulen, sondern auch in besonders gefährdeten Objekten, wie etwa Hochhäusern, regelmäßig durchzuführen wären?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat **Schieder**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich bin Ihrer Meinung, daß eine Information der Bevölkerung auf diesem Gebiet sehr wichtig ist. Das war auch der Grund für eine Postwurfsendung vor einem Jahr, gegen die Sie leider gewesen sind. Ich werde aufgrund Ihrer heutigen Wortmeldung nicht zögern, sehr bald wieder eine ähnliche Information vorzuschlagen.

Was die Frage der Übungen betrifft, so ist es dort, wo Leute freiwillig bereit sind, an Übungen teilzunehmen, eine Angelegenheit, die ich wirklich begrüßen möchte, und wo auch die Feuerwehr zu jeder Hilfeleistung gerne bereit ist. Wo diese Übungen zwangsweise über betriebsrechtliches Ausmaß hinaus vorgeschrieben werden sollten, ist es eine Frage, worüber wir mit den zuständigen Interessenvertretungen Gespräche für eine allfällige Änderung der Normen führen müßten. Es könnte

aber auch durchaus zweckmäßig sein, gerade auf diesem Gebiet mehr Übungen anzusetzen.

Ich möchte Ihnen jedenfalls recht geben, daß mehr Übungen, mehr Teilnahme, mehr Information auf jeden Fall immer richtig und notwendig sind, denn leider zeigen Unfälle gerade bei Bränden, daß es immer wieder Menschen gibt, die nicht ausreichend über richtiges Verhalten Bescheid wissen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke.

Wir kommen nun zur 8. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Freinberger und gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz. Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Die Altglassammlung der Stadt Wien, die gemeinsam mit der Österreichischen Produktionsförderungsgesellschaft organisiert wird, erbrachte bis zum 25. Jänner 1979 — also in den ersten 14 Monaten — 4.302.812 Kilogramm Altglas. Zum Zweck der Sammlung waren 502 Behälter aufgestellt, davon 325 der bei der Gemeinde üblichen 1,1 Kubikmeter-Behälter in entsprechender Adaptierung und 177 rote Würfel, jene Gefäße, die die Produktionsförderungsgesellschaft zum Einsatz bringt.

Derzeit sind Verhandlungen mit der Österreichischen Produktionsförderungsgesellschaft über den Tarif im Gange, da die bisherigen Entschädigungen noch nicht ganz kostendeckend sind.

Beim Großversuch zur Altpapiersammlung im 21. und 22. Bezirk wurden in den ersten drei Monaten seit Einführung — das war September bis November 1978 — 87 Tonnen Altpapier gesammelt. 850 Behälter wurden aufgestellt. Es zeigt sich jedoch bereits, daß eine neue Behälterform gefunden werden muß, da sowohl hinsichtlich der Aufstellung als auch im Hinblick auf die Umweltverschmutzung und ähnliche Aspekte die derzeitigen Behälter nicht die besten sind.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Es wird eine Zusatzfrage gewünscht. Bitte, Herr Gemeinderat.

GR. Freinberger: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Zu uns kommen immer wieder Anfragen, ob man nicht da und dort noch zusätzliche Container aufstellen könnte. Ist daran gedacht, diese Aktion auszuweiten?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Ja. Im laufenden Anschaffungsprogramm für Müllcontainer sind auch weitere Gefäße vorgesehen, die sich besonders für die Glassammlung eignen. Sie werden im Einvernehmen mit den Bezirksvorstehern aufgestellt werden. Weitere Gefäße für die Papiereinsammlung sind vorläufig noch nicht in Auftrag gegeben worden, weil zunächst noch die Erfahrungen verwertet werden müssen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Freinberger: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ist daran gedacht, diese Aktion auch auf andere Abfallstoffe, ich denke hier in erster Linie an Kunststoffe, auszuweiten?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Nein, daran ist vorläufig nicht gedacht. Wir haben eine Reihe von Untersuchungen angestellt in Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten über die Zusammensetzung des Wiener Mülls. Es erweist sich dabei, daß Glas etwa fünf Prozent Gewichtsanteile hat, Papier etwa 25 Prozent. Alle übrigen Bestandteile sind in so unterschiedlichen Mengen vorhanden oder so wenig zu spezifizieren, daß eine gesonderte Einsammlung nicht geboten erscheint. Es hat zum Beispiel Versuche gegeben, die Kunststoffanteile herauszusortieren.

Wir sind aber dabei, mit den zuständigen Abteilungen des Rathauses ein Müllkonzept zu erarbeiten, das eine Totalverarbeitung der anfallenden Mengen vorsieht. Da ist dann unter Umständen eine Separation in die Bestandteile — allerdings nicht beim Haushalt, sondern maschinell — vorgesehen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke schön.

Die 9. Anfrage wurde von Herrn GR. Hengelmüller eingebracht. Sie ist ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz gerichtet. Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Herr GR. Hengelmüller! Selbstverständlich bin ich als Wiener Konsumentenstadtrat in höchstem Maße daran interessiert, daß alle Wiener Geschäftsleute, gleichgültig ob sie Inländer oder Ausländer sind, die österreichischen Rechtsvorschriften einhalten. Da zahlreiche Klagen aus Kreisen der Bevölkerung auch mich erreicht haben, daß gerade im Gebiet rund um den Mexikoplatz Probleme in dieser Hinsicht zu beobachten sind, habe ich das Marktamt am 12. Jänner angewiesen, verschärfte Kontrollen durchzuführen. Ein zusammenfassender Bericht darüber wird in etwa drei Wochen zu erwarten sein und auch entsprechend veröffentlicht werden. Sollte es sich als notwendig erweisen, werde ich eine Wiederholung der Aktion in den Sommermonaten anordnen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke schön. Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. Hengelmüller: Ist bei allen geschilderten Maßnahmen gewährleistet, daß die Zusammenarbeit mit den Organen des Bezirkes optimal genutzt wird?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Das ist geradezu eine Voraussetzung für den Erfolg dieser Aktion. Es sind ja Klagen aus der Bevölkerung der Anlaß zu dieser Überprüfung gewesen. Im Zusammenwirken mit den Bezirksvorstehern, den Bezirksräten, aber auch mit den örtlichen Polizeiorganen hat die Überprüfung stattgefunden und sie wird

auch in Zukunft in dieser Weise kooperierend erfolgen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke schön. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Hengelmüller: Besondere Klagen aus Kreisen der Bevölkerung kommen immer wieder, daß besonders an Sonn- und Feiertagen die Einhaltung der Vorschriften nicht gewährleistet ist.

Frage daher, Herr Stadtrat: Ist auch gewährleistet, daß die Sonn- und Feiertagsruhe entsprechend eingehalten wird, das heißt, daß dies überprüft wird?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Herr Gemeinderat! Ein Großteil der Klagen richtet sich dagegen, daß die Besitzer dort die Ladenschlußzeiten nicht einhalten, und zwar sowohl in den Abendstunden als auch zum Wochenende. Eine Reihe von anderen Vorschriften werden ebenfalls überschritten. Deshalb habe ich das Marktamt angewiesen, auch außer den üblichen Dienstzeiten Überprüfungen vorzunehmen, weil eben die Nichteinhaltung der Sonntagsruhe nur am Sonntag überprüft werden kann.

Es ist von mir auch verfügt worden, daß die Marktorgane personell verstärkt werden, so daß die Überprüfungen entsprechende Resultate zeitigen können.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke schön.

Wir kommen damit zur 10. Anfrage. Sie wurde von Frau GR. Maria Kuhn eingebracht und ist ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz gerichtet. Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Sehr geehrte Frau GR. Kuhn! Gemäß Artikel 79 der österreichischen Bundesverfassung ist das Bundesheer auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges bestimmt.

Welche Behörden und Organe die Mitwirkung des Bundesheeres zu den genannten Zwecken unmittelbar in Anspruch nehmen können, bestimmt das Wehrgesetz. Dieses wiederholt diese Formulierung und führt weiters aus, daß die Behörden und Organe der Länder und Gemeinden innerhalb ihres Wirkungsbereiches berechtigt sind, die Mitwirkung des Bundesheeres zu den genannten Zwecken unmittelbar in Anspruch zu nehmen, sofern sie diesen Zwecken ohne Mitwirkung des Bundesheeres nicht zu entsprechen vermögen.

Die angesprochenen jüngsten Pressekritiken betrafen einen Schneefall, der in 24 Stunden 16 Zentimeter ausmachte, woraus sich eindeutig ergibt, daß ein Bundesheereinsatz nicht zu rechtfertigen gewesen und in Widerspruch zum Wehrgesetz gestanden wäre. Ich würde einen Einsatz des Bundesheeres dann vorschlagen, wenn eine Katastrophensituation, wie sie zum Beispiel in Norddeutschland zu verzeichnen war, in Wien eintreten würde.

Zu diesem Anlaß darf ich ergänzend sagen: Da wir immer einen gewissen Mangel an Personen haben, die sich zu den Schneeräumungen entgeltlich zur Verfügung stellen, habe ich verfügt, daß die Entschädigung für die Schneeräumer, also der Stundensatz, ab heute erhöht wird, und zwar um 2 Schilling, wozu ich bereits die Ermächtigung habe. Ab heute wird also eine Tagstunde mit 25 Schilling und eine Nachtstunde statt wie bisher mit 28 Schilling nunmehr mit 30 Schilling bezahlt. Ich hoffe, daß diese Maßnahme mit dazu beiträgt, mehr freiwillige Mitarbeiter bei der Beseitigung des Schnees zu haben.

GR. Maria Kuhn: Herr Stadtrat! Ich danke für die Beantwortung der Frage.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Eine Zusatzfrage wird nicht gewünscht.

Wir kommen damit zur 11. Anfrage, eingebracht von Herrn GR. Holub und ebenfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz gerichtet. Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Durch die Errichtung der drei neuen Hallenbäder in Wien konnte der in den letzten Jahren deutlich auftretende Besucherschwund vorerst gestoppt werden. Bei den Benützern der städtischen Schwimmhallen wurde sogar eine Steigerung von 626.000 im ersten Halbjahr auf 672.000 Besucher im zweiten Halbjahr erreicht. Bei den Saunabesuchern, denen neben den Saunaanlagen in den Hallenbädern auch die neuen Saunas in den umgebauten Volksbädern ohne Schwimmgelegenheit zur Verfügung stehen, wurde mit 336.000 Besuchern im ersten Halbjahr 1978 gegenüber 327.000 Besuchern im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres die Besucherzahl zumindest annähernd gleichgehalten. Es kann gesagt werden, daß durch die Inbetriebnahme der drei neuen Hallenbäder neues Publikumsinteresse geweckt werden konnte.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke. Bitte, Herr Gemeinderat.

GR. Holub: Herr Stadtrat! Sind in den neuen Bädern spezielle Einrichtungen für Invalide vorgesehen?

Amtsführender Stadtrat Nittel: In den drei neuen Hallenbädern sind Umkleidekabinen für Versehrte vorgesehen. In den neuen Anlagen gibt es ja grundsätzlich keine Kabinen, außer jenen für Versehrte. In Döbling besteht außerdem aus der topographischen Situation heraus die Möglichkeit des niveaugleichen Einganges, so daß Fahrstuhlbesitzer dieses Bad niveaugleich — also ohne Stufen überwinden zu müssen — erreichen können.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine zweite Zusatzfrage.

GR. Holub: Wie sind die weiteren Ausbaustufen des Bäderprogrammes vorgesehen?

Amtsführender Stadtrat Nittel: Das Bäderprogramm hat mehrere Entwicklungsetappen. Das Hallenbadprogramm sieht vor, daß in der nächsten Arbeitsperiode des Gemeinderates in der Brigittenau

tenau, in Floridsdorf in der Großfeldsiedlung und in Donaustadt-Kagran je ein Bezirkshallenbad errichtet wird. Ob vom gleichen Typ, wie schon errichtet, oder andere, werden wir noch entscheiden. Darüber hinaus ist die Erweiterung des Bezirkshallenbades Simmering um ein Sommerbad für heuer vorgesehen. Dieses wird im Mai in Betrieb genommen werden. Das Höpflerbad und das Sommerbad in Atzgersdorf werden ebenfalls heuer im Frühsommer in Betrieb genommen werden.

Darüber hinaus haben wir die Absicht, das Hadersdorfer Bad einer Generalrenovierung zu unterziehen — es wird deshalb auch geschlossen werden —, damit es ab der nächsten Saison der Bevölkerung im Westen von Wien zur Verfügung stehen kann.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke schön.

Wir kommen damit zur 12. Anfrage der Frau GR. Dkfm. Dr. Schaumayer, gerichtet an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaft. Ich bitte, Herr amtsführender Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat **Hans Mayr**: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Gemeinderat! Auf Grund Ihrer Anfrage habe ich erheben lassen, welche Verfahren im Bereich der Holding derzeit laufen, und ich kann Ihnen folgenden Bericht geben:

Im Bereich der Wiener Holding sowie der Bauring Ges. m. b. H. sind derzeit drei Strafverfahren anhängig, a) das Strafverfahren gegen Kommerzialrat Wawrowetz und Hubert Zöllner wegen § 153 Strafgesetzbuch, b) ein Strafverfahren gegen Franz Martinuzzi wegen Krida — dieses Verfahren befindet sich im Stadium der Voruntersuchung —, und c) das Strafverfahren gegen Herbert Ursprunger gemäß § 188 Strafgesetzbuch, wegen falscher Beweisaussage als Zeuge. Das sind die drei Strafverfahren.

Es sind folgende Zivilprozesse anhängig:

a) Klage der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft gegen Herbert Ursprunger beim Landesgericht für Zivilrechtssachen in Wien wegen 26,658.920 Schilling Schaden; das ist der effektive Schaden aus dem Fall Beficor.

b) Klage der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft gegen Herbert Ursprunger beim Landesgericht für Zivilrechtssachen in Wien wegen 11,454.376,76 Schilling, das sind die Baukosten Armbrustergasse. Das Verfahren ruht derzeit wegen Abverkaufs des Objektes und Treuhanderlag des Kaufpreises.

c) Klage der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft gegen 1. Roland Wawrowetz und 2. Hubert Zöllner beim Handelsgericht Wien wegen 1 a 5 Millionen Schilling Leistungsbegehren und 100.000 Schilling Feststellungsbegehren und 2 a 5,498.876,33 Schilling Leistungsbegehren und 500.000 Schilling Feststellungsbegehren.

d) Klage des Kommerzialrates Wawrowetz gegen die Wiener Allgemeine Beteiligungs- und Ver-

waltungsgesellschaft beim Handelsgericht Wien wegen 223.734,47 Schilling; das ist der Pensionsanspruch. Wegen eingeleiteten Strafverfahrens ist dieses Verfahren unterbrochen.

e) Klage des Dr. Hubert Zöllner gegen die Wiener Allgemeine Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft beim Handelsgericht Wien wegen 591.481,77 Schilling, ebenfalls wegen Pension. Auch dieses Verfahren ist wegen des Strafverfahrens unterbrochen.

f) Klage von Abdullah Shaid Bughsan and Brothers gegen Wiener Allgemeine Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft wegen 54,344.466 Schilling beim Handelsgericht Wien; Provision.

g) Klage von Mustafa Omar gegen Wiener Allgemeine Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft beim Handelsgericht Wien wegen 1,999.865,90 Schilling; Kursdifferenz, Restprovision.

h) Schiedsgerichtverfahren in Saudi-Arabien, Riad, Kobeisi gegen Wiener Allgemeine Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft wegen 1,200.000 saudi-arabische Rials; Abrechnungsdifferenzen für Benzin, Diesel und Bitumenlieferungen für Sakaka.

i) Klage der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft gegen Paula Holzer wegen 279.614 Schilling, Elektroinstallationen Hook Arrester Pits; es ist Schluß der Verhandlung, das Urteil ist noch ausständig. Unter einer anderen Nummer noch ein Betrag von 115.000 Schilling; Elektroventilatoren für das gleiche Projekt.

j) Klage der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft gegen Konkursmasse Aipag beim Landesgericht Vaduz wegen Feststellung einer Forderung von 309.792,26 Schweizer Franken.

k) Zwei Verfahren in Sachen Beficor: Die Erlagsache beim Bezirksgericht Innere Stadt, Erleger: Bankkommanditgesellschaft Winter & Co., Erlagsgegner: Sachverwalterbüro Bachmann & Co. als Konkursverwalter der Beficor AG in Konkurs, und ein Parallelverfahren wegen 132.138,74 Deutsche Mark oder 946.351,23 Schilling in der diesbezüglichen Erlagsache über die einstweilige Verfügung beim Bezirksgericht Innere Stadt Wien. Gefährdete Partei: Sachverwalterbüro Bachmann & Co., Luzern, als Konkursverwalter der Beficor AG, Gegner der gefährdeten Partei: Aipag Establishment Vaduz. Die Entscheidung der Instanzen steht noch aus.

Das ist der Bereich der Wiener Holding inklusive Bauring.

Im Bereich der Gesiba sind drei Strafverfahren anhängig:

a) Strafanzeige der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft gegen Dr. Anton Muchna wegen § 153 Strafgesetzbuch zu den beiden Transaktionen Rudolfsplatz und Gregorygasse. Das Verfahren befindet sich derzeit im Stadium der Vorerhebungen.

b) Strafanzeige der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft gegen Roman Köhle wegen § 147 bzw. § 153 Strafgesetzbuch zur

Transaktion Eslarngasse. Auch dieses Verfahren befindet sich im Stadium der Vorerhebungen.

c) Strafanzeige des Dr. Norbert Steger gegen Babak, Marek und Konsorten. Auch hier befindet sich das Verfahren im Stadium der Vorerhebungen.

Im Bereich der Gesiba ist ferner noch ein Zivilverfahren anhängig, und zwar die Klage der Gesiba gegen die Firma Rella und Co. beim Handelsgericht Wien wegen 4.172.500 Schilling. Wegen Ausgleichs der Firma Rella wurde dieser Betrag geltend gemacht.

Ich darf Ihnen noch ergänzend mitteilen, daß Zivilverfahren geringerer Bedeutung — die Wertgrenze liegt bei 1 Million Schilling — von den Tochtergesellschaften im eigenen Bereich geführt werden, ohne Einschaltung der Holding.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke. Wird eine Zusatzfrage gewünscht? — Bitte, Frau Gemeinderat.

GR. Dkfm. Dr. Maria **Schaumayer**: Herr amtsführender Stadtrat! Im Bereich der Gesiba sind vier Tatbestände bekannt, aber nur zwei Verfahren eingeleitet. Ich frage Sie: Teilen Sie nicht die Auffassung der ÖVP, daß zumindest bei der Gesiba eine Willensäußerung des Eigentümers an die Holding nötig wäre, um nicht nur die Erhebungen durchzuführen, sondern auch die Verfahren zu beschleunigen?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Hans **Mayr**: Frau Gemeinderat! Diese Äußerung des Eigentümerversprechers ist längst erfolgt. Die Holding hat vom Eigentümerversprecher den Auftrag, alle Erhebungen so rasch als möglich durchzuführen und alle notwendigen rechtlichen Schritte einzuleiten, um eine endgültige Klärung herbeizuführen, wobei ich sehr offen sagen darf: Ich bin überzeugt, daß diese endgültige Klärung im Interesse aller Beteiligten, auch der Beschuldigten, liegt, damit endlich Klarheit in diesen Fragen geschaffen wird.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke. Eine zweite Zusatzfrage. Bitte.

GR. Dkfm. Dr. Maria **Schaumayer**: Die Langsamkeit der Verfahren ist im Bereich des ehemaligen Baurings besonders deutlich. Sie, Herr amtsführender Stadtrat, haben erwähnt, daß sich die Causa Martinuzzi, die immerhin seit über vier Jahren anhängig ist, im Stadium der Vorerhebungen befindet. Ist das das einzige Stadium, in dem sich der Fall Wohnkomfort nach Ablauf von vier Jahren befindet, oder gibt es Teilergebnisse?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Hans **Mayr**: Ich habe keine andere Information als die, die ich Ihnen zur Kenntnis gebracht habe, und mir sind Teilergebnisse auch nicht bekannt.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke schön.

Wir kommen zur Anfrage 13 des Herrn GR. Ing. Kreiner, ebenfalls an den Herrn amtsführenden

Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft gerichtet. Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Hans **Mayr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Die Verhandlungen über den Bau der innerstädtischen Verkehrslinie U 3 mit dem Finanzministerium bzw. mit den anderen damit befaßten Dienststellen des Bundes, also Verkehrsministerium, sind in einem zügigen Fortschritt und werden sicher rechtzeitig abgeschlossen werden können.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Danke. Eine Zusatzfrage, bitte.

GR. Ing. **Kreiner**: Herr Stadtrat! Ich nehme an, daß die bisherigen Baukostenüberschreitungen von der ursprünglichen Planung bis jetzt bei diesen Verhandlungen berücksichtigt wurden.

Meine Frage ist folgende: Wie sind die Kostensteigerungen im Laufe der Bauzeit bei diesen Verhandlungen eingebaut? Wird eine prozentuelle Beteiligung des Bundes stattfinden oder wieder ein fixer Kostenanteil, der sich bei eventuellen Steigerungen oder Bauzeitverzögerungen, die auch zu Preiserhöhungen führen, nicht auswirken wird?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Hans **Mayr**: Ich will dem Verhandlungsergebnis nicht vorgreifen. Ich verstehe aber Ihre Frage deswegen nicht ganz, weil Ihr Klubobmann nach den letzten Interviews auf dem Standpunkt gestanden ist, daß man sich für das kommende Abkommen über die künftigen U-Bahn-Bauten wieder einen absoluten Betrag von 1 Milliarde Schilling als Verhandlungsziel setzen sollte.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Zweite Zusatzfrage, bitte.

GR. Ing. **Kreiner**: Darf ich die Äußerungen meines Klubobmannes dahingehend erklären, daß selbstverständlich mit einer gewissen Wertsicherung gerechnet wurde.

Meine zweite Zusatzfrage ob der Dringlichkeit dessen: Wird, wenn es in Bälde zu einem Verhandlungsergebnis kommt, der Gemeinderat rechtzeitig verständigt werden?

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Hans **Mayr**: Ich bedaure, daß diese Interpretation der Äußerungen Ihres Klubobmannes jetzt erst erfolgt. In der Zwischenzeit haben uns diese Äußerungen verhandlungstechnisch keine Freude bereitet. Ich hoffe, daß wir trotzdem über diese Äußerungen hinwegkommen können.

Selbstverständlich aber wird der Wiener Gemeinderat rechtzeitig von dem Verhandlungsergebnis verständigt werden und ihm wird die Entscheidung obliegen, ob er dieses Verhandlungsergebnis akzeptiert oder nicht.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke.

Damit ist die Fragestunde beendet.

Von Gemeinderatsmitgliedern der Freiheitlichen Partei Österreichs wurde eine schriftliche Anfrage eingebracht.

Die GRe. Daller und Haubenburger haben einen Antrag, betreffend Kennzeichnung der Wiener Kurzparkzonen durch weiß-blaue Bodenmarkierungen, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung zu.

Die GRe. Mag. Kauer und Komm.-Rat Schneider haben einen Antrag, betreffend Grundtausch mit dem Bund in Wien 3, eingebracht. Ich weise diesen Antrag den Gemeinderatsausschüssen für Wohnen und für Stadtplanung zu.

Die GRe. Fürst und Uhl haben einen Antrag, betreffend Verbesserung der Kundmachungsform, Hausanschläge über die Wahlberechtigten gemäß § 29 der Nationalrats-Wahlordnung 1971, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Inneres und Bürgerservice zu.

Die GRe. Lehner und Gertrude Härtel haben einen Antrag, betreffend Erleichterung der Ausstellung einer Netzkarte für Behinderte, eingebracht. Ich weise diesen Antrag den Gemeinderatsausschüssen für Gesundheit und Soziales sowie für Verkehr und Energie zu.

Die GRe. Lehner und Gertrude Härtel haben einen Antrag, betreffend Einführung einer Senioren-Monatsnetzkarte und eines Seniorenausweises zur verbilligten Benützung von Einrichtungen der Stadt Wien für Senioren, eingebracht. Ich weise diesen Antrag den Gemeinderatsausschüssen für Gesundheit und Soziales sowie für Verkehr und Energie zu.

Die GRe. Maria Hampel-Fuchs und Lehner haben einen Antrag, betreffend Einbau von Aufzügen in Stadtbahn- und U-Bahn-Stationen, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie zu.

Die GRe. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben einen Antrag, betreffend Schulmilchaktion in Wien, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung zu.

Die GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben einen Antrag, betreffend Überprüfung der Einhaltung der Vorschriften über die Wärmedämmung bei Neubauten, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung zu.

Die GRe. Stadtrat Dr. Goller, Fürst und Professor Zörner haben eine an den Bürgermeister gerichtete Anfrage, betreffend Umbildung des Stadtsenates durch Ressortveränderungen und eine neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien, eingebracht.

Gemäß § 35 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurde die mündliche Begründung dieser Anfrage durch den Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt. Da dieses Verlangen von der im § 35 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien festgesetzten Anzahl von Gemeinderatsmitgliedern unterzeichnet

ist, haben die mündliche Begründung und die Debatte über den Gegenstand vor Schluß der öffentlichen Sitzung zu erfolgen.

Die Bezirksvertretung für den 1. Bezirk hat gemäß § 104 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung zwei Anträge an den Gemeinderat gerichtet. Mit diesen Anträgen wird beantragt

1. eine Änderung des § 21 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen,
2. die Fassung der notwendigen Beschlüsse für den Bau der U-Bahn-Linie 3 und die Erteilung der Aufträge an den Magistrat zur raschen Durchführung der notwendigen Arbeiten.

Den ersten der erwähnten Anträge weise ich dem amtsführenden Stadtrat für Inneres und Bürgerservice, den zweiten Antrag dem amtsführenden Stadtrat für Stadtplanung zu.

Frau GR. Hermine Fiala konnte infolge ihrer Erkrankung bisher nicht das im § 16 der Wiener Stadtverfassung vorgeschriebene Gelöbnis leisten. Ich ersuche daher den Schriftführer, Herrn GR. Rosenberger, die Gelöbnisformel zu verlesen, und Frau GR. Fiala, anschließend daran das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Ich bitte um Verlesung der Gelöbnisformel. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Schriftführer GR. **Rosenberger**: Das Gelöbnis lautet:

„Ich gelobe, der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und meine Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen.“

GR. Hermine Fiala: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Die Angelobung ist vollzogen. (Die Anwesenden nehmen wieder ihre Plätze ein.)

Herr GR. Helmut Braun hat mit Rücksicht auf seine Angelobung als Abgeordneter zum Nationalrat sein Mandat als Mitglied des Gemeinderates mit Wirksamkeit vom 26. Jänner 1979 zurückgelegt.

Der Herr Bürgermeister hat gemäß § 92 Abs. 1 und 2 der Wiener Gemeindewahlordnung den nächsten in Betracht kommenden Ersatzmann des Wahlvorschlages der Sozialistischen Partei Österreichs für den Wahlkreis Favoriten, Herrn Oswald Strangl, in den Gemeinderat berufen, dessen Angelobung gemäß § 16 der Wiener Stadtverfassung vorzunehmen ist.

Ich ersuche nochmals den Schriftführer um Verlesung der Gelöbnisformel und Herrn Strangl, anschließend das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. (Die Anwesenden erheben sich neuerlich von ihren Plätzen.)

Schriftführer GR. **Rosenberger**: Das Gelöbnis lautet:

„Ich gelobe, der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und meine Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen.“

GR. **Strangl**: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Damit ist auch Herr Oswald Strangl angelobt. Ich wünsche dem neuen Mitglied des Gemeinderates recht viel Erfolg für seine Tätigkeit in diesem Kreis. (Die Anwesenden nehmen wieder ihre Plätze ein.)

Der nunmehrige Abgeordnete zum Nationalrat Helmut Braun ist im Oktober 1973 in den Wiener Gemeinderat und Landtag entsendet und im Herbst 1978 auf der Liste der Sozialistischen Partei Österreichs im Wahlkreis Favoriten neuerlich gewählt worden.

Während seiner Zugehörigkeit zum Gemeinderat der Stadt Wien hat der Abgeordnete Helmut Braun seit 1973 den Gemeinderatsausschüssen für Umwelt und öffentliche Einrichtungen bzw. für Inneres und Bürgerservice angehört, seit Dezember 1976 dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaft und seit 1977 der Beteiligungskommission.

Nach der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates im Herbst des vergangenen Jahres wurde er zum Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie der Beteiligungskommission gewählt.

Der Herr Abgeordnete Braun hat in allen Körperschaften mit großem Einsatz und besonderer Sachkenntnis gewirkt, wofür ich ihm im Namen des Gemeinderates recht herzlich danken möchte. (Allgemeiner Beifall.)

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 1, 3, 4, 6 bis 8, 10, 12 bis 21, 23 bis 28, 30 bis 41, 44 bis 46, 48, 49, 52 und 54 bis 69 sind gemäß § 21 der Wiener Stadtverfassung im Zusammenhalt mit der authentischen Interpretation dieser Bestimmung bekanntgegeben.

Bis zu Beginn dieser Sitzung hat zu diesen Geschäftsstücken kein Mitglied des Gemeinderates die Verhandlung verlangt. Ich stelle die Frage, ob bezüglich eines der bezeichneten Anträge die Verhandlung verlangt wird, was durch Wortmeldung zu geschehen hat. — Es meldet sich niemand zum Wort.

Ich erkläre sohin die Anträge zu den Postnummern 1, 3, 4, 6 bis 8, 10, 12 bis 21, 23 bis 28, 30 bis 41, 44 bis 46, 48, 49, 52 und 54 bis 69 der Tagesordnung gemäß § 21 der Wiener Stadtverfassung als angenommen, wobei ich feststelle, daß die im Sinne des § 20 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Kreditaktion zur Finanzierung der Instandsetzung bzw. allfälligen Erneuerung von Gas- und Lichtleitungen in Wiener Wohnhäusern.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Ing. Hofstetter, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Ing. **Hofstetter**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! In der letzten Zeit traten in privaten Wohnhäusern in Wien mehrfach Ge-

brechen an den Energieversorgungsleitungen, insbesondere an den Gasleitungen auf, bei deren Behebung es für die betreffenden Mieter und Wohnungsnutzer zu unzumutbaren Verzögerungen kommt. Teilweise sind diese Verzögerungen auf mangelnde Bereitschaft der jeweiligen Hauseigentümer zur Schadensbehebung zurückzuführen, zum anderen Teil liegt die Ursache der Verzögerung bei der Gebrechensbehebung darin, daß die Hauseigentümer nicht über die für die Durchführung der Arbeiten erforderlichen Geldmittel verfügen und die Beschaffung der Geldmittel gegebenenfalls aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen längere Zeit in Anspruch nimmt.

In den zuletzt genannten Fällen soll nun durch eine entsprechende Initiative der Stadt Wien die Voraussetzung für eine sofortige Gebrechensbehebung geschaffen werden.

Auf Grund entsprechender Vereinbarungen mit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat sich dieses Geldinstitut bereit erklärt, Hauseigentümern, Miteigentümern und deren Bevollmächtigten faktisch sofort zinsgünstige Darlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren zur Finanzierung der Instandsetzung bzw. allfälligen Erneuerung von Gas- und Lichtleitungen zur Verfügung zu stellen, wobei die Stadt Wien die Haftung für solche Darlehen übernehmen wird, um eine unverzügliche Flüssigmachung der Geldmittel zu ermöglichen. Auf diese Weise wird eine Auszahlung der Darlehen noch vor deren hypothekarischen Sicherstellung gewährleistet.

Es wird daher der Antrag gestellt:

„Der Magistrat wird ermächtigt, im Rahmen einer neuen Kreditaktion bis zu dem Gesamtbetrag von 20 Millionen Schilling für Darlehensgewährungen der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien an Hauseigentümer, Miteigentümer und deren Bevollmächtigte zur Finanzierung der Instandsetzung bzw. allfälligen Erneuerung von Gas- und Lichtleitungen in Wiener Wohnhäusern, in denen die Energieversorgung auf Grund von Gebrechen im Leitungssystem seitens der Versorgungsunternehmen abgesperrt werden mußte, eine Ausfallsbürgschaft gemäß § 1356 ABGB zu übernehmen.“

Dieser Akt ist bereits nach § 98 genehmigt, und ich bitte auch Sie um Zustimmung.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dkfm. Ammann. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. **Ammann**: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Die jetzt zu beschließende Kreditaktion ist an und für sich sehr positiv. Sie wird also doch erheblichen Teilen der Wiener Bevölkerung helfen, aus einer schwierigen Situation schneller herauskommen. Ich möchte daher schon jetzt ankündigen, daß wir diesem Geschäftsstück die Zustimmung geben werden.

Leider aber, und es bleibt mir nicht erspart, auch darauf hinzuweisen, hat diese Aktion und dieser Akt doch einige Schönheitsfehler. Zum ersten glaube ich, daß er bei etwas verantwortungsbe-

wufterer Politik nicht notwendig gewesen wäre. Zweitens löst dieser Antrag nicht das ganze Problem dieser Materie. Drittens ermöglicht dieser Antrag wieder einem Kreditinstitut quasi einen Monopolanspruch, und schließlich viertens, ist auch ein bißchen darüber zu reden, wie dieser Antrag zustande gekommen ist und in welcher Form der Gemeinderat hievon Kenntnis bekommen hat.

Blenden wir, meine Damen und Herren, ein bißchen zurück zu den Anfängen der Erdgasumstellung, denn hier hat ja das Problem, das heute auch behandelt wird, begonnen. Bereits 1968 war man sich darüber im klaren, noch vor Beginn der Erdgasumstellung, daß parallel mit dieser Umstellung eine Sanierung des gesamten Hauptrohrnetzes notwendig sein wird, daß alle Muffen überprüft werden sollen, daß die Hausdruckregler auf ihre Dichtigkeit überprüft werden müssen.

1969 zum Beispiel steht in einem Brief der Wiener Stadtwerke-Gaswerke wörtlich:

„Darüber hinaus wird für den ortsansässigen Installateur neue Arbeit anfallen durch den Tausch alter, undichter Steigleitungen, die beim Stadtgasdruck noch vertretbar dicht waren, aber bei erhöhtem Erdgasdruck einer ordnungsgemäßen Dichtigkeitsprüfung nicht mehr standhalten.“

Meine Damen und Herren! 1969 wußten die Wiener Gaswerke bereits, daß eine erhebliche Anzahl der Steigleitungen dem erhöhtem Erdgasdruck nicht mehr standhalten würden, und ebenso kam 1969 bereits der Vorschlag, Dichtungsprüfungen dieser Steigleitungen im Zuge der Erdgasumstellung durchzuführen. Man hat damals schon darauf hingewiesen, daß pro Haus zirka drei bis vier Muffen betroffen sein werden, die etwa zwei Jahre nach der Erdgasumstellung zu 80 Prozent undicht werden würden.

1969, ebenfalls vor etwa zehn Jahren, wurde bereits der Vorschlag gemacht, die technischen Richtlinien für Einrichtung, Änderung, Betrieb und Instandhaltung von Niederdruckgasleitungen aus dem Jahre 1963 an das Erdgas anzupassen, vor allem in bezug auf die Dichtmittel für Erdgas.

Aus 1970, meine Damen und Herren, liegen Erfahrungsberichte aus Deutschland vor. Dort wurden parallel mit der Erdgasumstellung zum Beispiel durchgeführt: Überprüfung der Hausleitungen, wenn notwendig Erneuerung der Hausleitungen, Prüfung und Nachreparatur vor und nach der Druckerhöhung.

Und wie sah die österreichische Realität aus, meine Damen und Herren? Keine Sanierung der Hauptrohre, obwohl man vor der Erdgasumstellung darauf hingewiesen hat, daß sie notwendig sein wird, keine Prüfung der Muffen, keine Veranlassung der Prüfung der Hausleitungen. Es wurden nur Odorisierungsprüfungen durchgeführt, bei denen man aber das Sickergas nicht riecht, meine Damen und Herren. Das Ergebnis haben wir ja jetzt allenthalben.

Die technischen Richtlinien 1963 wurden erst 1975 novelliert. Das heißt, daß von 1970 bis 1975

keine Bestimmungen, welche Dichtmittel für Erdgas verwendet werden dürfen, vorhanden waren, das heißt, daß fünf Jahre bei Erdgasbetrieb in Wien noch immer nicht die technischen Richtlinien angepaßt wurden.

Und die Bilanz dieser verantwortungslosen Realität, meine Damen und Herren? Von 1970 auf 1977 stieg die Zahl der Rohrbrüche von 89 im Jahre 1970 auf 253 im Jahre 1977. Die Zahl der undichten Muffen stieg von 234 auf 10.159. Die Zahl der Störungen und Gebrechen stieg von 24.306 auf 47.396.

Der hierfür verantwortliche Stadtrat ließ über die „Rathaus-Korrespondenz“ am 6. September 1973 vermitteln: „Es gibt keine Schwierigkeiten im Rohrnetz und mit den Steigleitungen.“ Noch 1973 wurde das Problem verniedlicht, meine Damen und Herren!

Der verantwortliche Stadtrat sagte am 19. Jänner 1977 wörtlich im Rundfunk: „Ich habe die Gaswerke beauftragt, ein Konzept für die rasche Sanierung des Rohrnetzes, aber auch der Muffen auszuarbeiten.“ 1977 war das, meine Damen und Herren, neun Jahre zu spät! Das heißt, daß bei einer verantwortungsbewußten politischen Führung der Gaswerke dieser Antrag, den wir heute beschließen, wahrscheinlich überhaupt nicht notwendig gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! Dieser Antrag trifft aber auch nicht das volle Problem. Die Hauszuleitungen sind im Eigentum der Hauseigentümer. Die Manipulation an diesen Hauszuleitungen ist aber richtigerweise nur den Gaswerken gestattet. Das heißt also, wir haben folgende Situation: Vom Hauptrohr, das natürlich im Eigentum der Gaswerke ist und auch nur von den Gaswerken gerichtet werden darf, wird das Gas über die Abzweigstrecken in die Hauszuleitungen geliefert, wo das Eigentum den Wohnungseigentümern zusteht. Die Reparatur aber nur den Gaswerken gestattet ist. Und dann geht es über den Haupthahn und die Steigleitungen, wo das Eigentum natürlich bei den Hauseigentümern liegt, und dort dürfen auch Installateure Reparaturen durchführen. Schließlich geht es zu den Wohnungszuleitungen und über den Zähler zu den Wohnungsinneleitungen.

Es kann aber auch passieren, daß die Genehmigung des Hauseigentümers aus irgendwelchen Gründen nicht unmittelbar nach dem Schaden erfolgen kann. Das heißt, daß die Reparatur auf Kosten der Mieter hinausgezögert wird.

Daher gestatte ich mir, folgenden Beschlußantrag einzubringen, der lautet:

„Die Wiener Stadtwerke-Gaswerke sollen analog der Regelung beim Wiener Wassergesetz die Kosten der Instandhaltung von Gasabzweigleitungen vom Hauptstrang zu den Häusern übernehmen.“

Und in der Begründung heißt es unter anderem: „Bei den Gasgebrechen der letzten Zeit kam es für die Betroffenen immer wieder zu unzumutbaren finanziellen Härten und zu — besonders im Winter — untragbaren Zuständen. Die Kosten von schadhafte Abzweigleitungen vom Hauptstrang

zu den Häusern sind nämlich derzeit von den jeweiligen Hauseigentümern selbst zu tragen und werden im Rahmen der Betriebskosten auf die Mieter überwältzt.

Um diese für die Bewohner eines Hauses unzumutbare Situation zu beseitigen, sollen die Wiener Stadtwerke-Gaswerke — analog der Regelung beim Wiener Wassernetz — diesen Teil in ihr Eigentum übernehmen und auch die Kosten der Instandhaltung von Abzweigungen tragen.“

Ich glaube, daß mit Hilfe dieses Antrages der zur Beschlußfassung vorliegende Akt den Betroffenen der Gasmisere dann erst echt helfen wird.

Der erste Schönheitsfehler, den ich aufgezeigt habe, ist ja leider nicht mehr behebbar. Das hätte man vor zehn Jahren machen müssen.

Der zweite Schönheitsfehler wäre durch diesen Antrag beseitigt.

Der dritte Fehler ist wirtschaftlich grundsätzlicher Art. Bei der Ausfallsbürgschaft der Stadt Wien wird diese nur für Kredite eines Kreditinstitutes gewährt. Das ist meiner Meinung nach weder wirtschaftlich vernünftig noch gegenüber anderen Instituten fair und grundsätzlich abzulehnen.

Ich gestatte mir daher, folgenden Zusatzantrag einzubringen:

„Die Stadt Wien übernimmt die Ausfallsbürgschaft gemäß § 1356 ABGB im Rahmen der in Postnummer 2 der heutigen Tagesordnung des Wiener Gemeinderates angeführten Kreditaktion für Darlehensgewährungen an die Gasgemeinschaft Wien sowie für Darlehensgewährungen anderer Kreditinstitute zu den gleichen Bedingungen.“

Ich glaube, daß dieser Antrag wirtschaftlich fair wäre.

Der vierte Schönheitsfehler dieses Antrages ist die Art und Weise, wie er zustande kam bzw. wie der dem Gemeinderat mitgeteilt wurde.

Blenden wir auch hier ganz kurz zurück. Die Gasrohrgebrechen — Hauptrohr, Zuleitungen, Steigleitungen — eskalierten trotz der Verniedlichung der Verantwortlichen. Nach unseren permanenten Forderungen werden wenigstens die Mittel für Rohrauswechslungen laufend erhöht. Für die Betroffenen aber, die oft tage- und wochenlang ohne Gas dastehen, hat man bisher keine Hilfe parat gehabt.

Es kommt die Debatte über den Wirtschaftsplan 1979 der Wiener Stadtwerke im Dezember vorigen Jahres. Und der Herr amtsführende Stadtrat gibt seinen Bericht. Von dieser Initiative aber war in diesem Bericht des verantwortlichen Stadtrates nichts enthalten. Erst der zweite SPÖ-Redner liest eine Presseerklärung des Herrn Bürgermeisters vor und informiert damit den Wiener Gemeinderat.

Diese Vorgangsweise finde ich, meine Damen und Herren, schlicht als eigenartig. Der Herr Bürgermeister, der sich früher einmal so viel für ein besseres Parlament, für eine funktionierende Demokratie, für Vorschläge für den Ausbau unserer

parlamentarischen Einrichtungen — auch dieser Wiener Gemeinderat ist, wie ich meine, eine parlamentarische Einrichtung — einsetzt, findet es nicht der Mühe wert, seine Vorstellungen den gewählten Vertretern des Wiener Gemeinderates zuerst darzulegen. Er macht dies außerhalb dieser parlamentarischen Institution während einer Sitzung dieser Institution und läßt großzügig den Gemeinderat durch seinen Herold, Hirsch, informieren. Nicht sehr schmeichelhaft dieses Benehmen auch gegenüber dem Energiestadtrat. Ein typischeres Andeuten von der Einstellung des Herrn Bürgermeisters gegenüber seinem verantwortlichen und amtsführenden Stadtrat gibt es kaum. Die Wertschätzung des Herrn Bürgermeisters wurde bereits drei Tage vor dem 1. Februar transparent.

Meine Damen und Herren! So ist es wieder einmal gelungen, eine an und für sich positive Initiative durch nicht vollständiges Durchdenken der Problematik, durch einseitige Bevorzugung eines Bankinstitutes und durch eine Vorgangsweise in der Ankündigung, die den ganzen Wiener Gemeinderat provoziert, abzuwerten. Sie hilft jedoch teilweise jenen bedauernswerten Bürgern dieser Stadt, die durch Nachlässigkeit und Verniedlichung arger Probleme tage- und wochenlang ohne Heiz- und Kochmöglichkeit leben müssen.

Wir stimmen daher diesem Antrag zu, bitten aber nochmals, zur Verbesserung dieses Antrages unseren beiden Anträgen die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer:** Als nächster Redner gelangt Herr GR. Lustig zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. **Lustig:** Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren! Herr GR. Ammann hat es wieder verstanden, sozusagen wie ein Kosmetiker etwas Positives mit Schönheitsfehlern zu behaften. Er hat wohl erwähnt, daß die ÖVP zustimmen wird, er hat wohl erwähnt, daß es etwas Positives ist, aber er konnte es sich wieder einmal nicht verkneifen, eine Unmenge von Schönheitsfehlern aufzuzeigen, nur um zu beweisen oder darzulegen, daß alles, was von verantwortungsbewußten Funktionären einer sozialistischen Stadtverwaltung gemacht wird, an sich wohl — mit den kleinen Nebensätzen — als gut, aber immerhin auch da und dort wieder als schlecht bezeichnet werden kann.

Außerdem hat er sich mit den grundsätzlichen Fragen des Wiener Gasrohrnetzes beschäftigt, was an sich sicherlich im Rahmen dieses Kreditantrages möglich ist, aber damit selbst nichts zu tun hat.

Mit dieser Kreditaktion beweist die Stadt Wien — wie mit vielen vorhergegangenen, denn es ist ja nicht die erste —, daß sie, geführt von verantwortungsbewußten sozialistischen Gemeindefunktionären, eben dort hilft, wo der einzelne versagt und die Gemeinschaft in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Es ist uns bekannt, daß die gesetzlichen Verfügungen sogar auf zwei Ebenen — Mietengesetz bzw. Bauordnung — nicht ausreichen, um ein-

schreiten zu können, wenn in einem Haus eine Gas- oder Lichtleitung nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und abgedreht werden muß oder durch ein Gebrechen direkt abgeschaltet wird. Der Hausherr, der zumeist nicht in dem betroffenen Haus wohnt, spürt die Auswirkungen nicht. Die Sorgen junger Ehepaare, die in einer kalten Wohnung ihre Kinder nicht baden können — sich selbst übrigens auch nicht —, älteren Menschen, die in ungeheizten Räumen nicht einmal das Notwendigste kochen oder ihr Essen wärmen können, und vieles andere mehr kennen wir in solchen Fällen und hören wir — das kann ich persönlich sagen — bei den Sprechstunden in der Mietervereinigung.

Da sowohl der Hausherr als auch der Hausverwalter eben das nicht spüren, wird dieser Zustand auch noch sehr oft ausgenützt, um dadurch Wohnungen freizubekommen. Dies soll keine Generalisierung sein, denn meistens fehlen wirklich die notwendigen Mittel, die teilweise nur in einem langen Antrags- und Verhandlungs- sowie Entscheidungsweg aufgebracht werden können. Vielfach aber liegt gerade auch in solchen Fällen Spekulation vor.

Die Mietervereinigung hat in einem Fall in Ottakring, wo der Hausherr auch nichts unternahm, im Interesse und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Mietern eine Hausgasleitung erneuern lassen. Das Echo war gigantisch. Aus vielen vom gleichen Sachverhalt betroffenen Häusern haben Mieter um die gleiche Hilfestellung ersucht. Dies überschreitet — das kann man auch sagen — jedoch sehr oft sowohl in Haftung als auch in finanzieller Hinsicht die Kapazität eines Vereines, und man kann es nicht verantworten, hier hie und da dort zu haften oder mit finanziellen Mitteln in Vorlage zu treten.

Durch diese Kreditaktion wird hier wirklich auf kürzestem Wege abgeholfen, nur eines muß man auch sagen: Der Wille zur Instandsetzung muß nach wie vor vorhanden sein.

Wenn Herr Kollege Ammann einige Schönheitsfehler aufgezeigt hat, so glaube ich, zum vierten eventuell sagen zu können, daß laut Auskunft der Zentralsparkasse in bezug auf die Vorgehenweise — natürlich auch damit verbunden in bezug auf die Mitteilung — eine Überzahl von telefonischen Anfragen vorliegt, wo man sich erkundigt, wie man zu diesem Kredit kommen kann und welche Möglichkeiten es gibt. Mir wurde auch gesagt, daß in vier konkreten Fällen um rund 500.000 Schilling eingereicht wurde; davon wurden bereits an die 300.000 Schilling zugesichert. Außerdem wird die Zentralsparkasse veranlassen, daß Informationen in der Hausverwalterfachzeitschrift gegeben werden, so daß einem noch größeren Personenkreis die Möglichkeit dieses Kredites bekannt wird.

Wir sind aus den angeführten Gründen dem Herrn Bürgermeister für diese Verfügung und Aktion sehr dankbar und begrüßen die Entscheidung nach § 98 der Wiener Stadtverfassung, da hier rasches Entscheiden im wahrsten Sinne des Wortes — auch nach dem derzeitigen Bericht der „Z“ —

doppelt hilft. Allerdings, wie bereits erwähnt, nur jenen Verwaltungen und Hausherrn, die auch den Willen zur Reparatur aufbringen.

Erfreulicherweise konnte man den Medien im Rahmen der Ankündigung des Herrn Bürgermeisters entnehmen, daß der Herr Bürgermeister gleichzeitig Anweisungen gegeben hat, zu prüfen, wie man notwendige Verfügungen auch für jene treffen kann, die trotz der Zurverfügungstellung von finanziellen Mitteln nicht gewillt sind, die Lebensqualität ihrer Mieter auf raschestem Wege zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Es ist zu hoffen, daß auch für diese Fälle eine Lösungsmöglichkeit im Interesse der betroffenen Mieter gefunden wird. Meine Fraktion begrüßt daher diese Kreditaktion, zeigt sie doch, daß hier echte Hilfe der Kommune vorliegt. Wir Sozialisten beweisen damit einmal mehr, daß wir zu unserer Bevölkerung stehen und bereit sind zu helfen, wo einzelne nicht wollen oder können.

Wir werden daher die Verfügung für diese Kreditaktion und die notwendige Ausfallsbürgschaft gerne nachträglich genehmigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Ing. Hofstetter: Sehr geehrte Damen und Herren! In der Diskussion ist, glaube ich, einiges durcheinandergebracht worden. Es ist von Gebrechen an den Hauptrohrleitungen gesprochen worden. Diese Gebrechen stehen aber heute nicht zur Diskussion, es geht vielmehr um die Innenleitungen der Häuser, für die wir eine Finanzierungsbasis schaffen wollen.

Ich möchte sagen, daß bei der Umstellung der Gasversorgung auf Erdgas dem erhöhten Erdgasdruck dadurch Rechnung getragen wurde, daß auch die Hauptleitungen in den Häusern vorher einer Dichtheitsprüfung unterzogen wurden. Nur dann, wenn sie diese Dichtheitsprüfung bestanden haben, konnte das Haus tatsächlich an die Hauptrohrleitung der Erdgasversorgung angeschlossen werden.

Der erste Antrag sieht vor, daß die momentan bestehenden Vereinbarungen mit den Stadtwerken und den Hauseigentümern einer Änderung unterzogen werden sollen. Dazu ist der Antrag gestellt, das dem zuständigen Ausschuß zuzuführen. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag dem zuständigen Ausschuß zuzuweisen, denn die rechtliche Basis müßte dort geschaffen und überlegt werden, mit welchen Kosten für die Gaswerke das verbunden wäre.

Den von der Opposition eingebrachten Zusatzantrag möchte ich zur Ablehnung empfehlen, denn die Initiative ist in diesem Fall von der Zentralsparkasse ausgegangen. Es geht nur darum, daß aufgrund der Statuten der Zentralsparkasse die Haftung durch die Stadt Wien, die ja insgesamt für dieses Institut haftet, von der Gemeinde zu übernehmen wäre. Es steht den anderen Geldinstituten

natürlich frei, im Rahmen ihrer Geschäftsordnung ebenfalls solche Kreditaktionen durchzuführen.

Ich empfehle also, dem Beschlufantrag Ihre Zustimmung zu geben und den Zusatzantrag abzulehnen.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung des Beschlufantrages. Der Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den zuständigen Ausschuß. Die GR. Dkfm. Gerhard Ammann und Ing. Otto Kreiner bringen in der heutigen Sitzung einen Beschlufantrag ein, der lautet:

„Die Wiener Stadtwerke sollen analog der Regelung beim Wiener Wassergesetz die Kosten der Instandhaltung von Gasabzweigungen vom Hauptstrang zu den Häusern übernehmen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie.“

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Das ist einstimmig angenommen.

Der Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung des Zusatzantrages, den die GR. Dkfm. Gerhard Ammann und Ing. Otto Kreiner stellen, und der folgendermaßen lautet:

„Die Stadt Wien übernimmt die Ausfallsbürgschaft gemäß § 1356 ABGB im Rahmen der in Postnummer 2 der heutigen Tagesordnung des Wiener Gemeinderates angeführten Kreditaktion für Darlehensgewährungen an die Gasgemeinschaft Wien sowie für Darlehensgewährungen anderer Kreditinstitute zu den gleichen Bedingungen.“

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Zusatzantrag die Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. — Das ist die Minderheit und daher abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 5 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Gewährung einer Subvention an den Verein Wiener Jugendkreis.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Hanke, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR. Hanke: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich beantrage für den Verein Wiener Jugendkreis eine Subvention für das Jahr 1979 in der Höhe von 12.600.000 Schilling zur Durchführung der im Akt angeführten Aktivitäten. Es handelt sich um große Veranstaltungen, die den meisten von Ihnen aus wiederholter Berichterstattung bekannt sind.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Prochaska. Ich erteile es ihm.

GR. Prochaska: Herr Vorsitzender! Herr Be-

richterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Im Verlauf des vergangenen Jahres haben drei Wiener Jugendorganisationen um Aufnahme in den Vorstand des Wiener Jugendkreises angesucht.

Wie man nun einem Schreiben vom Anfang dieses Jahres entnehmen kann, sind diese Aufnahmeansuchen abgelehnt worden. Es ist also nicht an eine Erweiterung der Mitgliedsorganisationen gedacht. Diese Ablehnung erfolgte ohne Begründung in dürren Worten, so nach dem Motto: „Mitarbeiten, das dürft ihr, damit die Stadtverwaltung offen aussieht — mitbestimmen, das dürft ihr nicht!“

Meine Damen und Herren! Das ist für uns von der Volkspartei aber nicht das Ende, sondern der Anfang einer umfassenden Diskussion der Wiener Jugendszene. Wir werden die Einrichtungen dieser Stadt und dieser Gemeindeverwaltung, die von einem Vorredner als so hervorragend, verantwortlich und sozialistisch bezeichnet wurden, ganz genau unter die Lupe nehmen und uns genau ansehen, was dort eigentlich passiert.

Eine solche Einrichtung ist der Wiener Jugendkreis mit der Jugendleiterschule, ist der abgetrennte Verein der Wiener Jugendzentren und auch das sogenannte Wiener Jugendforum, wenn man es so nennen will.

Wir haben heute über die Mittel für den Wiener Jugendkreis zu beschließen, und das ist auch der Anlaß, daß wir uns Aktivitäten, Durchführung und Finanzierung ein wenig ansehen. Dieser Wiener Jugendkreis hat laut eigenem Statut die Aufgabe, sich jeder Parteipolitik zu enthalten, zu echter demokratischer Gesinnung und Toleranz und Gemeinschaftsgefühl hinzuleiten. Und er macht dies auch — teils allein, teils unter kräftiger Mitwirkung der Wiener Kinder- und Jugendorganisationen. Vieles von dem, was dort gemacht wird und geschieht, ist ordentlich und verdient auch Lob. An der Spitze stehen Ferienspiel und Feriencub, Einrichtungen, die wirklich beispielhaft sind und Nachahmung in ganz Österreich verdienen würden.

Der Hintergrund bei diesen Dingen ist allerdings, daß hier die Zusammenarbeit vernünftig gepflogen wird, daß nicht obrigkeitlich angeordnet, sondern subsidiär geholfen wird. Daß etliche dieser Aktionen allerdings erst mühsam gegen den Widerstand der sozialistischen Jugendorganisationen und deren Freunde durchgesetzt werden konnten, daß eine Öffnung für weitere Gruppen zur Verbreiterung des Angebotes unter der Drohung, man lasse lieber die Ferienaktion platzen als Nichtsozialisten daran teilnehmen, verhindert werden sollte, schmälert die Leistung im allgemeinen nicht. Es erhebt sich nur, wie schon so oft, die Frage nach dem Demokratieverständnis und nach der Toleranz ihrer Organisationen.

Diese Frage erhebt sich ganz heftig, wenn man zum Beispiel den ursprünglichen Entwurf für die „politische Bildung“ im Rahmen der Wiener Jugendleiterschule betrachtet. Dieser Lehrplanentwurf könnte, abgesehen von einigen ganz wenigen

Worten, nahtlos aus einem Schulungskurs für Jungpioniere aus den Einheitsorganisationen der Ostblockländer stammen. Da wird zum Beispiel unter dem Titel „Ungeeignetes politisches Verhalten in der Demokratie“ aufgezählt: Destruktivität, Radikalismus; aber gleich dazu kommt Konservatismus und bürgerlicher Liberalismus. Man könnte nun natürlich die Spekulation anstellen, ob den oft zitierten 6 Prozent liberalen ehemaligen Kreisky-Wählern nachträglich sozusagen ungeeignetes politisches Verhalten in der Demokratie bescheinigt werden soll. Ich könnte auch noch ein paar andere Schlüsse aus jenen Ergüssen ziehen — erheiternde, aber auch nicht erheiternde —, wenn unter dem Kapitel „Aktuelle politische Strömungen in Österreich“ sehr wohl extremistische Splittergruppen aufgeführt werden, nicht aber die österreichischen politischen Parteien, und wenn weiters im Abschnitt „Blick zum Nachbarn“ ausschließlich von Arbeitslosigkeit, Terrorismus, politischem Chaos und Berufsverboten die Rede ist, ganz so, als ob Österreich nicht auch an Nachbarn angrenzen würde, die unter den handfesten Auswirkungen des Kommunismus zu leiden hätten. Ganz so, als ob östlich von Österreich die heile Welt angesiedelt wäre, das freie Europa aber seine Bürger mit allen möglichen Faschismen unterdrücken würde.

Meine Damen und Herren! Ihre eigene Jugendorganisation äußert dazu noch, daß das alles viel zu rechts und kryptofaschistisch wäre, und man verbietet sich die Verwendung des Ausdrucks totalitär für die RGW-Staaten. Zu Ihrer Erläuterung: Das ist die Moskauer Bezeichnung für die Satelliten, die sich im Ostblock angesiedelt haben.

Daß es dennoch zu einem halbwegs brauchbaren Vorschlag zur politischen Bildung in der Jugendleiterschule gekommen ist — schließlich werden dort Jugendleiter für Organisationen, Vereine, Verbände, aber auch für die Wiener Jugendzentren unterrichtet —, verdanken wir einem speziellen Klima in diesem Wiener Jugendkreis: dem Klima der Toleranz und des Suchens nach einer für möglichst viele gemeinsamen akzeptablen Lösung.

Aus dem Grund plädieren wir auch — und ich heute hier in aller Form — für den Verbleib der Wiener Jugendleiterschule im Verein Wiener Jugendkreis, weil beträchtliche Interessen der Jugendorganisationen berührt sind, weil erfahrungsgemäß die Vereinstrennung, wie wir schon bei den Jugendzentren gesehen haben, zu einer weiteren Aufblähung und Verteuerung des Apparates führt und weil uns das Suchen nach Konsens in der Jugendausbildung und Jugendbildung wichtiger erscheint, als ein eigenes Exerzierfeld für Ihre ideologische Intoleranz und Ihre hauptamtlichen Revolutionäre zu schaffen. (GR. Gawlik: Da könnte man sagen, Sie wären ein hauptamtlicher Konservativer!) Ich bin weder im Wiener Jugendkreis noch im Wiener Landesjugendreferat angestellt, Kollege Gawlik.

Eine weitere Aktion des Jugendkreises und ein ganz wesentlicher Grund für unsere heutige Ablehnung ist das sogenannte Maifest. Dieses bestodierte Unterfangen, wobei die Millionengrenze schon fast erreicht ist, erfreut sich ungebrochener

Beliebtheit und ungebremster Subventionsfreudigkeit der linken Reichshälfte. No na, könnte man sagen, kann man doch mit diesem Maifest die müden Vormittagsmarschierer mit einem bunten Nachmittag erfreuen, und das auf Steuerzahlerkosten, und man ist dabei fast ausschließlich unter sich. Darüber hinaus kann man mit diesem Maifest — was für eine Ironie, meine Damen und Herren — am Kampftag der Arbeiterklasse auch noch Profit machen. Am allerbesten dann, wenn dieses Maifest gar nicht stattfindet, so wie im Vorjahr. Da kann man dann Planungskosten und Personalentschädigungen verrechnen, selbst wenn gar kein Personal gestellt werden mußte. Daß hier einzig die Gewerkschaftsjugend keinen Anspruch stellte, soll ebenso erwähnt werden, wie ich es Ihrer Phantasie überlasse, aufgrund welcher Personenkonstellation den Löwenanteil die Wiener Kinderfreunde forderten und auch erhielten.

Am allerbesten aber steigt bei diesem Maifest die Wiener Landesorganisation der Sozialistischen Partei aus, indem sie sich möglicherweise 350.000 Schilling erspart. Diese Summe muß nämlich der Wiener Jugendkreis anteilig dafür zahlen, daß die „wunderbare“ Tribüne vom Vormittag auch noch am Nachmittag herumsteht. Hier handelt es sich — und diesem Verdacht mußte man einmal nachgehen — möglicherweise um eine versteckte Parteisubvention, denn diese Aufbauten sind weder vom Inhaltlichen noch vom Ästhetischen her erbaulich oder gar für das Maifest notwendig. Außer, meine Damen und Herren, es geht Ihnen um die Fortsetzung der Vormittagsdemonstration. Dann aber, bitte, zahlen Sie sich das ganze Maifest samt allen wundervollen Dekorationen selbst und bitten Sie nicht den Steuerzahler zur Kasse. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Um gleich jeder Legendenbildung vorzugreifen: Ich laste diese Mißbräuche nicht dem Verein Wiener Jugendkreis oder seiner gewählten Führung in aller Tragweite an, vielmehr geht es uns darum, die politischen Auftraggeber und Verantwortlichen für solche Vorkommnisse aufzuzeigen. Daß die Sozialisten auf diesem Gebiet der Beeinflussung recht rührig sind, zeigt ja auch die von uns immer wieder kritisierte Vorgangsweise auf dem Personalsektor der Jugendeinrichtungen.

Das wohl blamabelste Ergebnis stellt die Beantwortung des Wunsches nach Anstellung von Vertretern der Katholischen Jugend in den Wiener Jugendzentren dar. Frau Vizebürgermeister Sandner ortete damals 14 konfessionelle Jugendleiter in den Zentren. Nach mehrfacher Urgenz konnte sie allerdings nur zwölf Namen anführen. Von diesen zwölf waren nur vier in den Zentren beschäftigt. Kein einziger war Mitglied der Katholischen Jugend, einer von ihnen sogar konfessionslos.

Auf der anderen Seite ist man von erstaunlicher Großzügigkeit, was die Dienstenteilung und Dienstausübung vor allem von Zivildienern betrifft, so daß schon einmal die Gefahr des Verlustes der Trägerschaft bestand. Wenn es um die Unterbringung eines ranghohen SJ-Funktionärs geht, scheint

vieles, wenn nicht alles erlaubt. Etwa auch, den Zivildienst in einem Jugendzentrum abzuleisten, das gleichzeitig offiziell wegen baulicher Mängel überhaupt gesperrt ist.

In einer Unzahl von solchen Beispielen zeigt sich die ganze Verfilzung von Gemeinde und Sozialistischer Partei. Durch diese Verfilzung wird das politische Leben von vielen Jungwählern für unehrlich und unsauber angesehen. Das schlägt sich später in einer sehr hohen Zahl von Wahlenthaltungen nieder.

Daher erheben wir den Anspruch auf eine klare und saubere Verwaltung nicht nur im selbstverständlichen Interesse des Wiener Steuerzahlers, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklung der demokratischen Zukunft unseres Landes. Die Demokratie lebt nicht von der Enthaltung, sondern von der Teilnahme möglichst vieler, die mitwirken wollen.

Meine Damen und Herren! Es wäre in diesem Zusammenhang noch eine Menge über die Wiener Jugendzentren zu sagen, die allerdings jetzt einem eigenen Verein unterstehen. Wir werden das zum gegebenen Zeitpunkt — darauf können Sie sich verlassen — auch ganz sicher machen.

Heute möchte ich nur darauf hinweisen, daß das Versprechen der Frau Vizebürgermeister, keine Vereinstrennung vorzunehmen, wenn auch nur ein einziger Schreibtisch mehr geschaffen werden müßte, ganz offensichtlich nicht gehalten hat. Die Ausweitung der zentralen Bürokratie ist unwiderlegbar und sollte unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Sparsamkeit dringend revidiert werden. Ebenso sollten in Zukunft auch Doppelgleisigkeiten vermieden werden. Es ist nicht notwendig, daß die Wiener Jugendzentren jetzt Sportaktivitäten und auch Kinderlager veranstalten, obwohl diese Veranstaltungen bisher ausreichend und zufriedenstellend vom Wiener Jugendkreis durchgeführt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sagen ja zur Mitarbeit im Wiener Jugendkreis. Wir sagen aber nein, wenn Parteilichkeit und sozialistische Dogmen auf den Plan treten. Wir sagen nein, wenn eine unüberschaubare zentralistische Bürokratie mit Zwangsbetreuung unseren Jungen Eigeninitiative und Selbstverantwortung verleiden will.

Wir lehnen diesen Ansatz Wiener Jugendkreis heute ab. Wir machen dies nicht, weil wir etwa die Vorhaben des Jugendkreises verhindern möchten. Wir machen es, weil die Ablehnung des Aufnahmeansuchens der Katholischen Jugend, des Evangelischen Jugendwerks und des Mittelschüler-Kartellverbandes den Verdacht des Ausschließens von unmittelbar Betroffenen erweckt, weil damit ein weiterer Ausdruck der Mißachtung der freien Jugendarbeit und ihrer Organisationen in Wien gesetzt wird, weil wir im Maifest einen eklatanten Mißbrauch von Steuergeldern für die Interessen der Sozialistischen Partei sehen und weil wir auch den andauernden Druck der SPÖ auf die Einrichtungen dieser Stadt und auf die jungen Mitarbeiter aufzeigen wollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Hanke: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Berichterstatter muß sich diesmal etwas wundern, wundern über die Behauptungen, die hier aufgestellt wurden, und wundern über Feststellungen, deren Wahrheitsgehalt ich sehr bezweifeln kann, da ich in vielen Fällen — so wie der Herr Debattenredner — mit der Materie sehr eingehend beschäftigt war und gemeinsam mit ihm all die Dinge beschlossen habe, die er heute ablehnt bzw. zur Diskussion stellt. (GR. Prochaska: Beim Maifest habe ich nie zugestimmt!) Ich komme darauf zurück, Herr Kollege! Sie werden das alles in meiner Beantwortung erfahren.

Zuerst zum Aufnahmeansuchen der drei erwähnten Organisationen, wobei in der heute vorgelegten Anfrage und auch im Debattenbeitrag die Organisationen etwas verwechselt wurden. Das macht aber nichts, es geht hier um eine Grundsatzfrage. Bei der Sitzung, in der über das Aufnahmeansuchen dieser drei Organisationen gesprochen wurde, wurde schon darüber diskutiert, da gab es keine dünnen Worte, Herr Kollege! Nur war, wie schon so oft, Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit anscheinend nicht so groß, denn Sie waren bei dieser Sitzung gar nicht anwesend mit Ihren Kollegen. (GR. Prochaska: Es war Gemeinderatssitzung!) Sie sind ja später auch gekommen, nur sind Sie erst nach diesem Tagesordnungspunkt erschienen. Sie hätten also ohneweiters die Möglichkeit gehabt, da mitzusprechen. (Zwischenruf des GR. Hahn.) Darüber kann man sicher diskutieren, es ist aber eine Tatsache, daß der Kollege die Gelegenheit gehabt hätte, dort darüber zu diskutieren und mitzusprechen, und er hätte keine dürre Antwort bekommen, wie er es formuliert hat.

Aber grundsätzlich zur Aufnahme in den Verein Wiener Jugendkreis. Der Verein Wiener Jugendkreis ist eine Institution, die allen Organisationen zur Verfügung steht und die auch alle Organisationen fördert. Das haben Sie nicht bestritten, das haben Sie hier erwähnt. Der Vorstand setzt sich aus einem Personenkomitee zusammen, aus einem Personenkomitee, dem einerseits Mandatare der politischen Parteien angehören, andererseits Vertreter einiger Jugendorganisationen, Beamte, die mit der Materie befaßt sind, und Sponsoren, die die Arbeit unterstützen. So ist die Zusammensetzung, und es würde den Rahmen eines Vereinsvorstandes weit übersteigen, würde man alle Organisationen und Vereine, die man fördert, die man in den Institutionen unterbringt, in diesen Vereinsvorstand aufnehmen. Daher wurde das zur grundsätzlichen Frage erklärt und wurden die Ansuchen vorerst abgelehnt. Das hätte man aber alles dort besprechen können, wenn der Debattenredner bzw. sein nicht im Gemeinderat vertretener zweiter Vertreter der Österreichischen Volksparteijugend anwesend gewesen wäre. (GR. Prochaska: Er ist ein Lehrer!) Er kommt ja sonst auch immer!

Aber wenn hier von Parteienbeeinflussung bzw. von Ausnützung der Einrichtungen durch Parteien gesprochen wurde und im speziellen der Sozialistischen Partei Vorwürfe gemacht werden, möchte ich sagen, daß es allein der Österreichischen Volkspartei vorbehalten blieb, während einer Aktion des Jugendkreises Parteipolitik und noch dazu Wahlwerbung zu betreiben. Sie wissen ganz genau, daß bei der Eröffnungsfeier des Ferienklubs Ihre Organisation sehr eindeutig Wahlwerbung betrieben hat. Ich muß ehrlich sagen: Das widerspricht ganz den Grundsätzen einer derartigen Vereinigung. Das ist die wahre Jugendszene, die sich mir hier bietet. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Der Busek war dort!) Es ist halt sehr schwer, von anderen Demokratie zu fordern, sie aber selbst nicht zu erbringen.

Aber nun, meine Damen und Herren, zu den Lehrplänen der Jugendleiterschule. Es ist hier so wie in vielen Fällen, daß sich die jungen Menschen, die sich verantwortlich für alle diese Einrichtungen fühlen, sehr gut mit den Problemen auseinandersetzen, sehr objektiv und sehr eingehend die Lehrpläne diskutieren und auch Einigung finden, wie Sie selbst gesehen haben. Ihnen blieb es wieder vorbehalten, ganz unnötigerweise eine Polemik hineinzubringen. Die jungen Leute haben sich geeinigt, und Sie wollen jetzt einen Zwiespalt hineinbringen und so ein bißchen ferngelenkt mitspielen.

Was den Vorwurf betrifft, daraus vielleicht einen eigenen Verein zu konstituieren: Da sprechen Sie wieder gegen Ihre Interessen, die Sie hier so gepriesen haben, denn dieser Verein würde ja garantieren, daß die Jugendorganisationen noch mehr Mitsprache bei der Jugendleiterausbildung, noch mehr Eigenständigkeit haben. Wenn Sie gegen die Eigenständigkeit sprechen, muß ich mich sehr wundern als Jugendfunktionär, daß Sie das hier angezogen haben.

Oder das Maifest. Das Maifest erfreut sich ... (GR. Hahn: Jetzt ist es langsam genug als Berichterstatter, Herr Gemeinderat!) Es wurden ja auch genug Behauptungen aufgestellt, und man wird als Berichterstatter doch einige Dinge richtigstellen können! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es ist halt ein bißchen unangenehm, wenn man auf polemische Anfragen die richtigen Antworten bekommt!

Zum Maifest habe ich des öfteren auch den Debattenredner davon informiert, daß es eine Veranstaltung ist, die in einer breiten Öffentlichkeit große Zustimmung findet. Daß einige 10.000 junge Menschen daran teilnehmen, kann uns alle doch nur freuen. Dort kommen doch Organisationen aus allen konfessionellen und politischen Bewegungen zusammen. Wenn die Österreichische Volksparteijugend nicht teilnehmen will, ist es ihre Sache. Sie war immer eingeladen, daran teilzunehmen, hat davon aber nie Gebrauch gemacht. Die Gründe sind mir nicht bekannt, ich kann sie mir aber vorstellen; ich habe sie das letzte Mal in der Diskussion schon erwähnt.

Meine Damen und Herren! Im großen und ganzen handelt es sich um eine Aktion, wo für ver-

hältnismäßig geringen finanziellen Einsatz eine große Leistung erbracht wird. Daher ersuche ich Sie, diesem Akt Ihre Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Wir kommen zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist die Mehrheit und damit angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 9 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Gewährung eines einmaligen Beitrages an den Verein Wiener Festwochen.

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GR. Gertrude Stiehl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR. Gertrude Stiehl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Antrag lautet: Dem Verein Wiener Festwochen wird für die Durchführung der Festwochen 1979 ein einmaliger Beitrag der Stadt Wien von 25 Millionen Schilling gewährt. Für diesen Betrag ist im Voranschlag des kommenden Jahres auf der Ausgabenrubrik 401.33 Vorsorge zu treffen.

Dem Verein Wiener Festwochen erwachsen aus den Vorbereitungsarbeiten für die Saison 1979 hohe Belastungen, die bereits mit Jahresbeginn abgedeckt werden mußten. Da eine Entscheidung der zuständigen Gremien ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden konnte, erfolgte eine Vorgehen gemäß § 98 der Wiener Stadtverfassung. Ich bitte daher um nachträgliche Genehmigung durch den Wiener Gemeinderat.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GR. Dr. Marilies Flemming. Ich erteile es ihr.

GR. Dr. Marilies Flemming: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor über einem Jahrzehnt veranstaltete die europäische Vereinigung der Musikfestspiele eine Umfrage über die Bedeutung von Festspielen und Festwochen im kulturellen Leben Europas. 40 Musikwissenschaftler haben dabei folgende Definition gutgeheißen: Festspiele sind festliche Begebenheiten, eine Gesamtheit künstlerischer Darbietungen, die sich über das Niveau der gewöhnlichen Programme erheben, um das Niveau der außerordentlichen Feierlichkeit an einem dazu auserwählten Ort zu erreichen, deren intensiver Glanz nur für eine kurze Dauer aufrechterhalten werden kann.

Wie schauen nun, gemessen an dieser Definition, unsere Wiener Festwochen aus? 1975 sprach der Herr Bürgermeister noch von einer „verfahrenen Festwochensituation“ und meinte, die Festwochen 1975 müßten die letzten in der bisherigen Art gewesen sein. Seither ist einiges geschehen. 1976 waren, wie ein Kritiker es nannte, keine spektakulären, aber gute Festwochen. 1977 — auch hier ein Kritikerzitat — bot man gewiß ein stolzes Programm, man hat Beachtliches auf die Beine gestellt und entsprechend viel Geld dafür ausgegeben.

1978 erlebten wir Schubert total. Die Presse feierte einige Höhepunkte und kritisierte Tiefpunkte. Nur — von einer außerordentlichen Feierlichkeit, von einem intensiven Glanz sprach niemand.

Auch der Herr Bürgermeister meinte anlässlich der Eröffnung der Festwochen 1978 nur, daß die Wiener Festwochen zu einem Begriff in der ganzen Welt geworden seien — was gewiß richtig ist — und daß Menschen aus allen Himmelsrichtungen nach Wien kämen, um sie zu genießen und um über sie zu berichten — was gewiß auch richtig ist.

Wo die besonderen Schwierigkeiten der Wiener Festwochen liegen, danach fragt sich auch die Frau Vizebürgermeister, und man möchte ihr fast zustimmen, wenn sie in der „Rathaus-Korrespondenz“ vom 7. Mai 1977 meint, daß in Wien einfach im kulturellen Bereich das ganze Jahr über ja so viel passiert, daß einen zusätzlichen Höhepunkt zu setzen Probleme aufwerfen muß — Probleme allerdings, die sich jeder Großstadt bei Festwochen stellen, Probleme, die die häufig aufgeworfene Frage, warum denn dann überhaupt noch zusätzlich Festspiele in der Großstadt, nicht unberechtigt erscheinen lassen.

Setzt man aber die Qualitätsfrage an erste Stelle, die Forderung nach höchster Vollendung in der künstlerischen Wiedergabe, um damit gültige Maßstäbe aufzustellen, so rückt die Großstadt als Festspielort erst recht wieder ganz nach vorn.

Auch in Berlin hat man diese Diskussion geführt, und Berlin hat seine Konsequenzen daraus gezogen: Man hat die Festspiele in fünf Blöcke gegliedert und über das ganze Jahr verteilt. Diese Idee ist sicherlich nicht neu und sicherlich auch nicht der Stein des Weisen, aber unter dem Motto „Wien hat immer Saison“ sollte man vielleicht doch noch einmal darüber reden.

Außerordentliche Feierlichkeit und intensiver Glanz — den Salzburger Festspielen würden wir diese Attribute sofort zugestehen und für Wien sicherlich für viele Veranstaltungen.

Insgesamt erscheinen mir aber die Wiener Festwochen doch eine andere Aufgabe zu haben.

Meine Fraktion hat in den vergangenen Jahren immer versucht, an der Weiterentwicklung der Wiener Festwochen mitzuwirken, und wir werden daher auch heute dem vorliegenden Geschäftsstück gerne unsere Zustimmung geben — nicht allerdings, ohne die Frage nach der Zukunft zu stellen.

Ich habe mir das Programm der Wiener Festwochen 1979 angesehen, und die Fülle dessen, was hier angekündigt wird, ist sicherlich beeindruckend. Nur die Frage nach der geistigen Zukunft Wiens, nach einem Aufbruch zu einem neuen Verständnis von Kultur, Kunst, Literatur und Theater scheint mir hier nicht einmal gestellt.

Unabhängig von jedem Motto muß es Wiens Aufgabe sein, vor allen anderen Städten Österreichs den Weg in die Zukunft zu zeigen, Wegweiser für eine Gesellschaft zu sein, die es wieder versteht, mit der Musik, der Literatur und dem Theater ihrer Gegenwart zu leben.

Bernhard Paumgartner hat in einem Aufsatz „Festspiele und Festspiele“ folgendes geschrieben:

„Festspiele können heute ein Mehrfaches bedeuten: die einer Idee oder dem Werk eines Genius dienende, eben dadurch stilvoll geschlossene Gesamtheit künstlerisch hoher Darbietungen an einem durch Tradition und kulturelle Geborgenheit dazu wahrhaft berufenen Ort.“

Und im gleichen Aufsatz:

„Nur Unkundige im unaufhörlichen Wechsel des Geschehenden glauben an das Unverrückbare. Jenes Vergehen und Werden in allen Phasen zu erkennen und danach alles Planen und Handeln auszurichten, sichert allein das Bestehen.“

Ein großer alter Mann, der also sehr wohl wußte um die Aufgaben und die Verpflichtungen der heute Lebenden der Vergangenheit gegenüber, der wußte, was es heißt, dem Genius zu dienen. Dieser große alte Mann mahnte uns, das Vergehen und Werden zu erkennen und unser Planen und Handeln danach auszurichten.

Generalsekretär Hans Landesmann hat mehrmals versprochen, junge österreichische Komponisten öfter als bisher in die Konzertsäle zu holen.

Und natürlich mußten die Festwochen 1979 auch die Avantgarde des Theaters zu Wort kommen lassen. Vom 25. Mai bis 15. Juni wird Wien in einem Zelt im Innenhof des Messepalastes ein breites Spektrum internationalen Avantgardetheaters erleben. So weit, so gut. Die Frage aber bleibt: Wo ist die Wiener Avantgarde? Wo ist die Avantgarde dieser Stadt?

Am 27. Juli 1976 warnte Vizebürgermeister Dr. Busek in einer Aussendung des ÖVP-Presседienstes davor, daß die allgemein beliebte Arena Wien ihre Heimat am Schlachthof St. Marx verlieren soll. Wörtlich Dr. Busek:

„Wien braucht einen festen Platz während des ganzen Jahres für eine Arena Wien. Die Arena-Bewegung des Jahres 1976 ist tot. Die Idee aber einer permanenten Kommunikation und Auseinandersetzung zwischen Künstler und Publikum, die Idee eines alternativen, nicht kommerziell, nicht institutionalisierten Theaters, ja einer ganzen Kunstszene ist lebendig und sollte so schnell wie möglich in Wien wieder realisiert werden.“

Hier liegt — und das ist meine feste Überzeugung — die große Chance der Wiener Kulturszene und eine Aufgabe für die Wiener Festwochen.

Daß Kunst heute nur für wenige produziert wird, ist eine Tatsache — nicht aber, weil es sich die anderen nicht leisten können, sondern weil sie kein Interesse haben. Wie man dies ändern könnte, wie man Theater einer breiten Schicht der Bevölkerung zugänglich machen kann, ist eine Frage, deren Lösung wir uns alle zu unterziehen haben.

Es gibt Theaterfachleute, die meinen, neue Inhalte könnten auch nur in neuen Formen präsentiert werden. Konkret also: an neuen, anderen, vielfältigen Spielorten mit einer neuen, anderen Ästhetik, heraus aus dem Goldenen Käfig hin zu

den Menschen, hin zu den Jugendlichen mit Problemen, die ihre Probleme sind, und vielleicht auch mit einer Sprache, die ihre Sprache ist. (GR. Gawlik: Da wird sich aber der Taus freuen wegen des Turrini!)

Ich mag Turrini sehr gern, Herr Kollege! (GR. Hahn, zu GR. Gawlik gewendet: Da ist aber ein Unterschied! Oder heißen Sie das gut, daß die Zwölfjährigen diesen Dreck lesen? — GR. Dr. Glatzl: Das ist ja auch nicht die Sprache der Jugend!) Herr Kollege Gawlik! Ich mag Turrini sehr gern, und ich mag sehr gerne, was Turrini schreibt. Nur werde ich mich fragen, ob ich das, was Turrini geschrieben hat, „Rozznjagd“ oder „Sauschlachten“, meiner zwölfjährigen Tochter vorlese, weil ich Angst habe, daß hier vielleicht doch ein Mißverständnis zwischen meiner Tochter und der modernen Literatur entstehen könnte und meine Tochter es sich dann vielleicht einige Jahre überlegen wird, moderne Literatur zu lesen. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Sie wollen eine Zensur haben! Eine Zensur wollen Sie haben! Ist gut! — GR. Hahn: Drehen Sie nicht alles um!) Herr Kollege! Ich werde meiner zwölfjährigen Tochter auch nicht den „Parsifal“ nahebringen, weil auch hier vielleicht ein Mißverständnis zwischen der Musik Wagners und einem zwölfjährigen Kind entstehen könnte. (GR. Gawlik: Das kann ja der Lehrer aussuchen! — VBgm. Dr. Busek: Was ist der Unterschied zwischen Zensur und einer Empfehlung an einen Lehrer? Vielleicht erklären Sie das, Herr Lehrer! — Heiterkeit.) Herr Kollege Gawlik ist ja Lehrer, glaube ich!

Ich weiß, daß viele dieser professionellen, halbprofessionellen, aber auch amateurhaften Aktivitäten, die ja seit langem in ganz Europa stattfinden, ganz bewußt gesellschaftsverändernde Zielvorstellungen haben. Die berühmtesten Namen darunter vielleicht Dario Fo in Italien und Armand Gatti, der in einer Reihe Pariser Theater gearbeitet hat, darunter auch am berühmten TNP, am Theatre National Populaire, ehe er 1972 begann, in einer leerstehenden Fabrik Theater zu machen.

Jede Entwicklung bedeutet Veränderung. Es ist notwendig, gerade den Menschen unserer Stadt ihre Situation, ihre Voraussetzungen, ihre Chancen bewußt zu machen. Das alternative Theater, das neue Theater kann ein Weg dazu sein, ein Weg, um in den Menschen die Bereitschaft zu wecken, mehr Anstrengung, mehr Eigeninitiative, mehr Selbstverantwortung auf sich zu nehmen, um damit mehr Selbstverwirklichung und vielleicht auch ein wenig mehr Freiheit zu erreichen.

Das wäre also die Zielsetzung: Großstadtfestwochen, künstlerisch hervorragende Aufführungen für die Bürger dieser Stadt und für die Gäste aus allen Himmelsrichtungen. Aber das ganze Jahr über — mit den Bürgern dieser Stadt und mit ihren Künstlern — eine ständige Auseinandersetzung und Suche nach neuen Formen zur Bewältigung unserer Gegenwart. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Lehner: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Wiesinger zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Wiesinger: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatter! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich möchte niemandem das Recht absprechen, aus Anlaß einer Beschlußfassung über finanzielle Mittel für einen bestimmten Zweck auch dazu grundsätzliche Überlegungen anzustellen, so wie es jetzt meine Frau Vorrednerin mit sehr bedachten Worten getan hat.

Sie hat bei all ihrer Kritik, die sie angebracht hat, im wesentlichen die Festwochen nicht in Frage gestellt, sie hat sogar lobende Worte gefunden, wenn sie sich allerdings auch hier auf Presseberichte zurückzog, wie etwa 1976 „Gute Festwochen“, 1977 „Ein stolzes Programm“, und sie hat auch 1978 und das Jahr 1979 eigentlich respektiert.

Im Jahre 1978 wurde das erste Mal der Versuch unternommen, die Wiener Festwochen mit einem sehr deutlichen Motto zu gestalten. Die Museen, die Musikveranstalter und auch die Theater haben sich diesem Motto in einem sehr weiten Maße, in einem sehr hohen Maße untergeordnet, und es konnte zum erstenmal in diesen vielen Jahren der Wiener Festwochen ein Gesamtbild einer Epoche geboten werden, die etwa den Rahmen von 1789 bis 1848, also im wesentlichen Vormärz und Biedermeier, umfaßt hat.

Dazu kam im Jahre 1978 eine der Ideen, der neuen Ideen, die auch meine Vorrednerin angesprochen hat, nämlich hinauszugehen in die Bezirke. Das fahrende Podium hat sozusagen den Konzertsaal vor der Haustür geschaffen mit Schubertiaden und mit einem Nestroy-Programm und hat den Wienerinnen und Wienern auch in diesem Bereich Neues gebracht.

Das Musikfest, das im vergangenen Jahr abgewickelt wurde, hat weltweite Anerkennung gefunden, meine Damen und Herren. Das müssen auch Sie wissen, Frau Kollegin Dr. Flemming. Das Musikfest im vorigen Jahr hat weltweite Anerkennung gefunden.

Und wenn wir uns das Programm für das heurige Jahr ansehen, so ist das einfach eine kontinuierliche Fortsetzung: Es soll der Zeitraum von 1848 bis zum Ende der Vielvölkermonarchie umfaßt werden, bis 1918, und es werden dazu Schwerpunkte gesetzt.

Und die Avantgarde, die Sie ansprechen, ist ja im Theater im Zelt. Wenn Sie es beklagen, daß die Avantgarde in Wien nicht sichtbar wird, so ist das doch nicht ein unmittelbarer Ausfluß dessen, daß die Wiener Kulturverwaltung verhindert, daß sich eine Avantgarde in Wien bilden kann.

Auf jeden Fall wird das Theater im Zelt einen sehr guten Ausschnitt aus dem augenblicklichen Theater, Avantgardetheater in der Welt geben, denn es werden eine Reihe ausländischer Ensembles in Wien sein.

Wir haben als zweiten Schwerpunkt im heurigen Jahr aus Anlaß des Jahres des Kindes das Kindertheaterfestival. Es werden in- und ausländische Kindertheatergruppen agieren, es wird die Moskauer Kinderoper in Wien zu Gast sein, und wir werden das fahrende Podium in die alten Höfe

dieser Stadt schicken, um sie zu erschließen und zu reaktivieren.

Das Musikfest, das heuer die Konzerthausgesellschaft durchführt, hat die Ungarische Philharmonie eingeladen. Es wird die Slowenische Philharmonie aus Ljubljana da sein. Es wird die Dresdner Staatskapelle agieren. Es wird die Tschechische Philharmonie da sein. Es werden einige Opernensembles aus jenem Bereich kommen, den das Motto betrifft.

Ich möchte also sagen: Bei all Ihrer Kritik muß ich feststellen, daß ein beträchtlicher Teil von dem, was Sie angesprochen haben, im heurigen Festwochenprogramm enthalten ist.

Wenn ich vielleicht einen kleinen Ausschnitt sagen darf. Ich will Sie nicht langweilen, aber das Programm ist so dicht und so umfangreich, daß man wirklich nicht sagen kann, hier wird nicht auch für die Zukunft gesehen.

Wenn Sie etwa im Bereich der Musik schauen, wird es eine Reihe von Kammermusikaufführungen geben, die durchaus die Moderne ansprechen: Alban Berg, das Haydn-Trio mit Hermann Baumann und Alois Brandhofer mit Werken von Brahms, Smetana und Bartók — also eine schöne Gegenüberstellung.

Es werden die Schönberg-Quartette zur Aufführung gelangen. Es ist also durchaus nicht so, daß wir hier in einen starren Rhythmus hineinverfallen sind.

Was Sie neu ansprechen, ist: Sie wollen die Festwochen sozusagen über das ganze Jahr, vielleicht unter einem anderen Titel. Aber auch das geschieht in dieser Musik- und Theaterstadt Wien ja ständig und ist nicht unmittelbarer Anlaß für die Bewilligung dieser Mittel für die Wiener Festwochen.

Und noch ein Wort zu Ihrer Definition. Ich möchte gar nicht in Frage stellen, was hier 40 Musikwissenschaftler dargestellt haben. Ich kann Ihnen 40 andere nennen, die eine andere Definition bringen werden.

Das, was Sie so mit dem Glanzvollen, mit diesem Großartigen, Eindrucksvollen hinstellen, das werden Sie mit der Avantgarde nicht erreichen. Das müssen Sie mir zugestehen. Da gibt es die handfeste Auseinandersetzung und oft eine verbale Äußerung, die uns alle miteinander — Sie haben gerade von Ihrer zwölfjährigen Tochter gesprochen — nicht recht sein kann. Also da muß man schon ein bißchen eingrenzen, da ist der große Glanz nicht vorhanden.

Und der Vergleich zwischen Wien und Salzburg ist völlig unangebracht. Die Festwochen waren hier immer konzipiert in die Richtung einer großen Teilnahme der Bevölkerung in allen Wiener Bezirken. Das haben wir bisher durchgehalten, und das wird heuer wieder geschehen.

Ich möchte also sagen, daß Ihre Bemerkungen klug waren. Das ist kein Werturteil, sondern ich bin wirklich davon überzeugt, daß Sie sich Mühe gegeben haben, zu den Festwochen Gedanken zu äußern. (GR. Dr. Marilies Flemming: Meine Gedanken!)

Ich muß aber zu Ihrer Kritik sagen, daß sie kaum auf das Programm, das wir hier 1979 bieten können, zutrifft.

Ich bitte um Zustimmung zu dem gestellten Antrag. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Lehner: Im Sinne des § 11 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien hat sich Herr Bezirksvorsteher Walter Kasperek zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bezirksvorsteher Walter Kasperek: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatter! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Vor zweieinhalb Monaten — es war genau der 14. November des Jahres 1978 — fand in der Josefstadt im Palais Auersperg ein außergewöhnliches künstlerisches und auch gesellschaftliches Ereignis statt: In dem ausverkauften Rosenkavalier-Saal gaben zwei berühmte Emigranten aus der Sowjetunion, die bekannte Geigerin Lidia Dubrowskaya und der Pianist Paul Haug, ein erlesenes Konzert. Es wurden damals Werke von Lutoslawsky, Prokofjew, Debussy und Ravel gegeben. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß der Musikkritiker der „Presse“ enthusiastisch über dieses Konzert berichtet hat und daß er sogar in der Überschrift geschrieben hat: „Sie geben Wien eine Chance.“

Nun, meine Damen und Herren, ich erzähle Ihnen da so etwas blumenreich von einem Konzert, und Sie werden mich fragen: War das irgendwie eine Veranstaltung einer internationalen Konzertagentur?

Dazu kann ich Ihnen ganz schlicht und einfach sagen: Das war nicht eine solche Veranstaltung, sondern dieses Konzert, das weit über den Bezirk, weit, sagen wir, selbst über den Wiener Raum hinaus gewirkt hat, war eine Veranstaltung der Bezirks-Festwochen in der Josefstadt, eine Veranstaltung des „Kulturellen Herbstes“. Und dieser „Kulturelle Herbst“, meine Damen und Herren, wurde in der Josefstadt voriges Jahr schon das zweite Mal durchgeführt.

Und jetzt komme ich eigentlich zur Begründung, warum. Ich bin einer der Bezirksvorsteher gewesen, die schon seit Jahren gesagt haben: Bitte, wir wollen, wenn es möglich ist, die Bezirks-Festwochen irgendwie als Einheit betrachten. Wenn wir die großen Festwochen sehen, wo alle Konzentration vorhanden ist, wo praktisch die Presse, alle Interessierten die Oper, das Theater an der Wien, die großen Konzerthäussäle und Musikvereinssäle füllen, so ist es, finde ich, ungerecht, daß die Wiener Festwochen in den Bezirken kaum so beachtet werden.

Frau GR. Dr. Flemming hat ja dankenswerterweise diesen Werbespot, der sehr geschickt ist, schon erwähnt: „Wien hat immer Saison.“

Es wären also praktisch durch die Verlegung der Wiener Bezirks-Festwochen in den Herbst zwei Möglichkeiten gegeben: einerseits die viel bessere Anerkennung dieser Bezirks-Festwochen, daß man sieht, es wird auch etwas geleistet, und andererseits die Ausdehnung der Konzertsaison — überhaupt

der Saison in Wien — und der Übergang, wenn man das zum Beispiel im September machen würde, dann wieder in das volle Musikleben.

Ich möchte überhaupt sagen: Die Bezirksvorsteherung, „das Rathaus des Bezirkes“, ist immerhin ein Rathaus einer Mittelstadt, und da haben wir doch auch die Verpflichtung, laufend Veranstaltungen durchzuführen. Ich sage immer: „Gerade so ein Rathaus eines Bezirkes ist keineswegs nur ein Ort der Verwaltung oder der Serviceleistung für die Bürger, sondern es soll dort eine Konfrontation mit den Bürgern stattfinden.“

Ich richte mich auch danach. Denn wenn man bedenkt, daß ich auch außerhalb der Festwochen ständig in meinem Sitzungssaal Veranstaltungen durchführe, daß immerhin in einem Jahr 10 bekannte Künstler, die ein bißchen etwas mit der Josefstadt zu tun haben — das soll es ja schon, denn das ist ja die Aufgabe der Bezirke —, den Bürgern ihre Kunst vermitteln. Daß zum Beispiel ein Milo Dor, der in meinem Bezirk lebt, ein Franz Tasslé, ein Zrenner, ein Beer, ein Mack und auch ein Fitzbauer hier gelesen haben, das sehe ich auch als eine der wesentlichsten Aufgaben des Bezirksvorstehers und der Bezirksvertretung. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Aber doch ein sehr ernstes Wort, ich möchte fast sagen, das ist eine gesellschaftspolitische Angelegenheit, und zwar die Programmgestaltung der Bezirksfestwochen.

Es ist eigentlich schon sehr lange her — schon seit Ulrich Baumgartner, den ich persönlich sehr hoch schätze. Ich meine, wenn er nichts anderes gemacht hätte als zum Beispiel das berühmte Ballett-Festival im Jahr 1969 und das berühmte Ballett-Festival im Jahre 1977, wo er wirklich große Impulse gesetzt hat, wäre sicher sein Name in das Kulturgeschehen Wiens eingetragen worden. Mit ihm haben wir mit den Modern Dances überhaupt erst Berührungspunkte angeknüpft. Wir haben das Alvin Ailey-Ballett und die Martha Graham und die Pina Bausch und den Alwin Nikolais gehört, wo ich noch immer das Tent, das Zelt in phantastischer Erinnerung habe.

Aber doch schon seit Ulrich Baumgartner war eigentlich die Tendenz, diese Veranstaltungen der Festwochen zu zentralisieren. Es tritt dann die Direktion der Wiener Festwochen sozusagen als der große Geber auf. Es gibt da zwei Möglichkeiten. Entweder die Kulturpolitiker glauben, daß die Bezirksvertretungen nicht genug kreativ sind, daß sie praktisch nicht selbst etwas leisten können, oder es ist der Wunsch auf zentrale Lenkung.

Wenn ich mir zum Beispiel das Programm des Jahres 1979 anschau oder mit anderen Jahren vergleiche, dann lese ich eine Menge von Dingen, die den Bezirksvorstehern, den Bezirksvertretungen angeboten werden. Da gibt es das „Fahrende Podium“. Das ist gut, das kann man nicht selber machen, das sehe ich ein. Dann gibt es aber zum Beispiel Angebote wie Elfriede Ott, Helga Papoušek, Peter Minich, Holecsek, Wächter, Klaus Maria

Brandauer, es gibt dann weiter Männerchöre, Sängerknaben, es gibt musikalische Soireen. All dieses wird uns angeboten, und ich frage mich: Wo bleibt eigentlich die Selbstdarstellung der Bezirke?

Man könnte sagen: Man nehme zu Beginn der Festwochen in den Bezirken die Schulen, die Kinder, die die Festwochen einleiten, und dann nehme man irgend etwas, was ich mir aussuche, und dann bekomme ich noch 20.000 Schilling, die kann ich jemandem geben oder selbst etwas machen, und damit ist die Zauberei fertig. Das ist dann die sogenannte Selbstdarstellung der Bezirke.

Meine Damen und Herren! Da bin ich grundlegend dagegen. Ich glaube, man ist zwar zuerst überrascht und ein wenig erfüllt und sagt: Wunderbar, was uns alles zur Verfügung steht! Wenn man dann aber etwas nachdenkt, merkt man eigentlich, daß da nichts mehr übrig bleibt, daß das ja alles gelenkt ist.

Wo ist da das Schöpferische der Bezirke, die sich doch historisch entwickelt haben? Wo ist denn dann die Möglichkeit, sich selbst darzustellen — was ich schon immer gesagt habe — und das Bezirksintensive und das Typische des Bezirkes meinen Mitwohnern, den Bürgern, irgendwie darzustellen?

Das, meine Damen und Herren, glaube ich, ist nicht der richtige Weg. Aus diesem Grund sagte man mir auch immer: Nun ja, 20.000 Schilling kriegt ihr, und dafür habt ihr dann die Möglichkeit, dieses reiche Programm zu nehmen, und es kostet, wenn man das alles zusammenzählt — ich habe es mir einmal durchgerechnet — pro Bezirk zirka 50.000 bis 60.000 Schilling, also ihr bekommt ohnehin 50.000 bis 60.000 Schilling.

Ich muß Ihnen, Frau Bürgermeister, sagen, mir persönlich wäre es bedeutend lieber — ich glaube, auch vielen anderen meiner Kollegen —, wenn wir selbst gestalten könnten, aber natürlich mit 20.000 Schilling können wir das nicht tun, sondern das, was es kosten würde, also diese 50.000 oder 55.000 Schilling, sollte man auf die Bezirke übertragen, daß dann nur der übrig bleibt, der sagt, er habe keine Zeit oder er mag nicht. Das wird aber dann niemand sagen, denn da entsteht eine unwahrscheinliche Konkurrenz, und dann wäre das wieder eine Blüte der Bezirksvertretungsveranstaltungen und der kulturellen Leistungen, die hier in den Bezirken erbracht werden.

Wenn man einen berühmten Satz von Grillparzer variiert, der da gesagt hat: „Österreich ist eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält“, so kann man das wohl auch von den Bezirken sagen: Der Bezirk, eine kleine Welt, in der die Bundeshauptstadt die Probe hält. Da würden dann unwahrscheinliche Befruchtungen und wirklich kulturelle Leistungen erbracht werden.

Ich bin am Ende und möchte zusammenfassen: Erstens: Die Bezirksfestwochen wären von den großen Festwochen im Mai und Juni zu trennen. Zweitens: Laufende Konfrontationen der Bürger und Künstler. Drittens eine Bitte: Lassen Sie uns kreativ sein, lassen Sie uns selbst handeln und lassen Sie uns selber denken! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Lehner**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Gertrude **Stiehl**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auf die Ausführungen der Frau Kollegin Flemming hat Herr Kollege Wiesinger ausführlich geantwortet. Ich möchte mich auf die Ausführungen des Herrn Bezirksvorstehers beschränken. Ich möchte es genau so konzentriert und kurz machen und sagen.

Festwochen verlegen in den Herbst: Hier wurden bereits Diskussionen geführt, und es besteht durchaus die Bereitschaft, dieses Problem mit den Bezirksvorstehern nochmals durchzudiskutieren und die Möglichkeiten näher zu beleuchten und zu sehen, ob eine solche Verlegung möglich, sinnvoll und schließlich fruchtbringend sein könnte.

Zum anderen Problem: laufende Konfrontationen mit den Künstlern. Das erübrigt sich, wie ich glaube, von selbst, das findet auf allen Gebieten dauernd statt und geht direkt hinüber in Ihre letzten Worte, wo der Herr Vorsteher wörtlich gesagt hat: Lassen Sie uns selbst handeln, legen Sie das Schwergewicht in die Bezirke!

Der Herr Vorsteher hat hier selber festgestellt: Eine zentrale Lenkung in manchen Bereichen ist notwendig und unerlässlich, denn sonst würden die Festwochen zerflattern.

Es geht meinem Vorredner hier hauptsächlich um die Kulturarbeit in den Bezirken.

Daß es hier sehr vielfältige Angebote gibt und seitens der Stadtverwaltung immer große Bestrebungen waren, die Kulturarbeit in den Bezirken zu fördern, steht außer Zweifel. Ich möchte hier kein Referat halten und daher darauf nicht allzu lange eingehen.

Ich möchte aber doch hier etwas bekanntgeben, was im strengen Widerspruch zu den Ausführungen des Herrn Bezirksvorstehers steht. Wenn er meint, daß die Kulturarbeit in den Bezirken wesentlich und wichtig ist, so ist das auch die Meinung meiner Fraktion und meine persönliche Meinung sicherlich auch. Umsomehr hat mich die Haltung der ÖVP bezüglich des Kulturvereines Donaustadt erstaunt und verwundert. Ich bin Mandatarin der Donaustadt und erlaube mir mitzuteilen, daß dieser Bezirkskulturverein vorige Woche gegründet wurde und trotz mehrmaliger Angebote und mehrmaliger Bitten, doch hier mitzutun, die Bezirkspartei der ÖVP sich nicht bereit erklärt hat, an diesem Bezirkskulturverein teilzunehmen. Es wurden ihr mehr Plätze angeboten, als ihr nach der letzten Wahl in die Bezirksvorstehung zugestanden wären. Trotzdem hat es die Bezirksparteileitung aus innerparteilichen Gründen abgelehnt, an dieser Kulturarbeit teilzunehmen. Wir sind jetzt in der Donaustadt in der Situation, daß sehr wohl die Freiheitliche Partei daran teilnimmt, daß auch ÖVP-Mitglieder, weil sie in künstlerischen Bereichen tätig sind, mitarbeiten, daß aber die ÖVP nicht bereit war, dieses Angebot anzunehmen.

Ich kann hier nur eines wieder einmal betonen: Schöne Worte, so effektiv sie sein mögen — die beiden Vorredner haben ja ausgezeichnete Reden gehalten —, sind in der Kulturarbeit ein bißchen zu wenig, zumal wenn es in der Praxis ganz anders aussieht.

Daher ja zu der Kulturarbeit in den Bezirken, aber dann auch unter Mithilfe der ÖVP, weil reden allein zuwenig ist.

In diesem Sinne bitte ich noch einmal um die nachträgliche Genehmigung dieses Geschäftsstückes. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. **Lehner**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatter zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 11 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Durchführung der Ausstellung Alberto Giacometti im Museum des 20. Jahrhunderts in Wien.

Ich bitte den Berichterstatter, Frau GR. Gertrude Stiehl, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Gertrude **Stiehl**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wie schon gesagt wurde, läuft derzeit im Museum des 20. Jahrhunderts die Ausstellung Alberto Giacometti. Für die Durchführung soll dem Kulturstadtrat ein Förderungszuschuß von 2,5 Millionen Schilling bewilligt werden, der auf der Ausgaberrubrik 401.41 b, Förderung aus dem Ertragnis des Kulturschillings, zu bedecken ist.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

Vorsitzender GR. **Lehner**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Professor Bittner. Ich erteile es ihm.

GR. **Bittner**: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatter! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es ist bekannt, daß es bei nahezu allen Anträgen dieser Art keine sachlichen Konflikte über die Förderung gibt. Die Österreichische Volkspartei begrüßt die Förderung solcher Vorhaben wie diese Ausstellung und unterstützt sie. Es ist dies übrigens die Fortsetzung eines Antrages, der bereits im Dezember gestellt worden ist. Wir haben jedoch Meinungsverschiedenheiten dahingehend, daß die Bedeckung trotz der gesetzlichen Möglichkeit so durchgeführt wird.

Ich habe daher den Abänderungsantrag zu stellen, daß die Bedeckung nicht auf der Ausgaberrubrik 401.41, sondern auf der Ausgaberrubrik 401.32 erfolgen soll.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. **Ebert**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Gertrude **Stiehl**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf vor-

aussetzen, daß durch oftmalige Berichterstattung und Argumentation bekannt ist, daß laut Gesetz die Erträge des Kulturschillings zwar vorwiegend, aber nicht zur Gänze der Altstadterhaltung zufließen müssen.

Da ich nicht durch Wiederholungen langweilen möchte, bitte ich Sie, den Abänderungsantrag abzulehnen und dem Antrag in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Es wurde ein Abänderungsantrag gestellt. Die Frau Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Das ist die Minderheit und daher abgelehnt.

Ich bitte nunmehr jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist die Mehrheit und damit angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 22 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Zusatzvereinbarung zum Syndikatsvertrag, betreffend die „Allgemeines Krankenhaus Wien; Planungs- und Errichtungs-AG“.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Mayrhofer, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Mayrhofer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im Jahre 1975 ist zwischen der Republik Österreich und der Stadt Wien ein Syndikatsvertrag über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der „Allgemeines Krankenhaus Wien; Planungs- und Errichtungs-AG“ abgeschlossen worden, und zwar in der Form, daß sich der Aufsichtsrat aus je vier Vertretern des Bundes und der Stadt Wien zusammensetzt.

Es wäre vorteilhaft, wenn auch die künftigen Benützer des Objektes, das sind das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz sowie die Magistratsabteilung 17, eine Möglichkeit eingeräumt erhalten würden, in den Aufsichtsrat Vertreter zu entsenden. Die Aktionäre sind daher der Meinung, daß eine Aufstockung der Zahl der Aufsichtsratsmandate von derzeit acht auf zehn vorgenommen werden soll.

Um das zu ermöglichen, soll der von mir bereits erwähnte Syndikatsvertrag durch eine Zusatzvereinbarung entsprechend abgeändert werden. Der Entwurf dieser Vereinbarung ist dem Akt zu entnehmen. Ich bitte, dieser ersten Zusatzvereinbarung die Zustimmung zu geben.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Hirnschall. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Hirnschall: Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Meine Fraktion hätte es an und für sich für wesentlich wichtiger erachtet, wenn wir heute bei diesem Tagesordnungspunkt etwa mit einem Zwischenbericht der AKPE über den Stand der Bauarbeiten oder mit Überlegungen hinsichtlich der Finanzierung des Baues des neuen Allgemeinen Krankenhauses beschäftigt worden

wären als mit diesem unserer Auffassung nach eher nebensächlichen Zusatz zum Syndikatsvertrag.

Wir haben vom Herrn Berichterstatter gehört, daß es heute darum geht, eine Zusatzvereinbarung zum Syndikatsvertrag, der zwischen der Republik Österreich und der Stadt Wien abgeschlossen wurde und einen Aufsichtsrat für die AKPE vorsieht, der aus acht Personen besteht — je vier des Bundes und der Stadt Wien —, abzuschließen und diesen Aufsichtsrat um zwei Mandate auf zehn aufzustocken, wobei als Begründung angeführt wird, daß die Geschäftsgruppe Gesundheit auf der einen Seite und das Gesundheitsministerium auf der anderen Seite zweckmäßigerweise in einem derartigen Aufsichtsrat eine Vertretung finden sollen. Auch mir scheint das notwendig zu sein. Es ist selbstverständlich, daß das Gesundheitsministerium, aber auch die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales in diesem Aufsichtsrat vertreten sind.

Ich muß allerdings gestehen, daß ich bis zum heutigen Tag der Auffassung war, daß innerhalb der vier Aufsichtsräte die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales bisher schon berücksichtigt wurde. Wenn das nicht der Fall ist, würde ich vorschlagen, daß man hier in einer Hauptversammlung eine Neudelegierung vornimmt, wobei ich mir vorstellen kann, daß die Stadt Wien die vier Aufsichtsratsmandate, die ihr zur Verfügung stehen, auf die Geschäftsgruppen Finanzen und Wirtschaft, Bauten, Gesundheit und Soziales verteilt; dann bleibt immer noch ein Mandat für den Bürgermeister oder seinen Vertreter übrig. Genauso könnte ich mir vorstellen, daß die vier beteiligten Bundesministerien — das sind die Ministerien für Wissenschaft und Forschung, für Gesundheit und Umweltschutz, für Finanzen sowie für Bauten und Technik — ebenfalls mit den vier Aufsichtsratsmandaten des Bundes das Auslangen finden könnten.

Ich darf diese Anregung hier zur Diskussion stellen. Uns erscheint es nicht notwendig, den Gemeinderat mit einer Aufstockung des Aufsichtsrates auf zehn Mandate zu befassen.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner ist Herr GR. Lehner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Lehner: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre ungemein reizvoll, wenn man sich hier nun mit der Genesis der ganzen Entwicklung beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses befassen könnte. Ich meine aber, daß es doch am Zeitmangel scheitert, dies so ausführlich, wie es wünschenswert wäre, zu tun.

Ich darf aber doch um einige Jahre zurückblenden und Sie daran erinnern, daß im Jahre 1955 die ersten Verträge zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses errichtet wurden und damals beschlossen wurde — für viele der heute hier Anwesenden zum Leidwesen —, das große Blocksystem zu bauen und die Anlage nicht im Pavillonssystem zu errichten, wie es uns heute sicherlich allen zweckmäßiger erscheinen würde. Es kam da-

mals zu einem Beschluß ohne Diskussion, und es wurde in diesem Sinne weiter verfahren.

Im Juli 1958 kam es zum Grundsatzbeschuß über die Finanzierung zwischen dem Land Wien und dem Bund, bei dem eine Kostenteilung zu je 50 Prozent festgelegt wurde. 1959 war das erste große Raum- und Funktionsprogramm fertig. Es wurde dann allerdings aus nicht immer ganz verständlichen Gründen überarbeitet und geändert.

Die Vorgangsweise war so, daß man in zwei Etappen zu bauen begonnen hat. Zunächst wurde mit dem Bau der Schule und mit den Personalwohnhäusern und später mit dem Kernbau, den Kliniken, begonnen.

Jetzt gibt es etwas, was uns doch heute wieder interessieren müßte. 1964 wurde praktisch mit dem Bau der drei Hochhäuser begonnen, und bereits im Jahre 1967 konnte die Schule ihren Betrieb voll aufnehmen. Im Jahre 1968 wurden die Personalwohnhäuser besiedelt, und im gleichen Jahr kam es auch noch zum Beginn des Baues der Kinderklinik im Rahmen der Psychiatrie.

Meine Damen und Herren! Hernach kam es zu einem längeren Schweigen. Erst im Jahre 1970 wurde mit dem Bau der Tiefgarage begonnen, die, wie wir wissen, noch immer zu einem geringen Prozentsatz ausgelastet ist, weil das Personal, das einst in diesem Haus tätig sein soll, noch sehr weit weg von der Garage ist.

1972 kam es zum Beginn des Kernbaues und 1975 zur Gründung der AKPE, über deren Änderung der Statuten wir heute zu befinden haben. Die AKPE beauftragte zunächst die drei Experten Seitz, Sienkiewicz und Kaufmann, den endgültigen Plan festzulegen.

Meine Damen und Herren! Fragen Sie mich bitte nicht, wie viele Millionen in die ganzen Umplanungen, in die Expertengutachten investiert werden mußten. Ich kann es heute nicht mehr sagen. Es sind jedenfalls zig Millionen, die man gewiß besser hätte verwenden können.

Wenn wir heute zur Kenntnis nehmen müssen, daß immer wieder umgeplant werden muß, weil mit den bestehenden Konzepten nicht das Auslangen gefunden werden kann, so ist das doch sehr beunruhigend, besonders wenn man sich vorstellt, wie rasch man anderswo solche Dinge vorantreibt.

Erlauben Sie mir einige Worte der Kritik an der letzten Entwicklung. Sie wissen genau, daß ich von dieser Stelle aus immer wieder ersucht habe, uns die Kosten bekanntzugeben, daß ich immer wieder ersucht habe, von der Preisbasis 1. Jänner 1977 abzugehen, um in etwa zu eruieren, was das Haus bei seiner Fertigstellung kosten müßte. Wir haben ersucht, die jährlichen Baukostensteigerungen zu berücksichtigen, und wir haben auch immer wieder davon gesprochen, daß die voraussichtlichen Mittel für die Fremdgeldfinanzierung — das Geld kostet ja etwas, und ich habe einige Male darauf hingewiesen, daß es den Onkel, der uns das Geld ohne Zinsen einmal schenken wird, nicht gibt — in den geschätzten Gesamtkosten nicht berücksichtigt wurden.

Das große Fragezeichen sind die Betriebskosten. Ich habe von dieser Stelle aus erklärt, daß man international heute auf dem Standpunkt steht, daß sich die Betriebskosten eines solchen Hauses zwischen 20 und 30 Prozent der gesamten Baukosten bewegen werden. Was das bedeutet, meine Damen und Herren, ist heute schon unvorstellbar. Das wären pro Jahr 12 bis 15 Milliarden Betriebskosten nur für dieses eine Haus.

Wir haben die Erstellung einer Personalbedarfsprognose verlangt, aus dem einfachen Grund, weil wir alle wissen, daß in einem derartig modernen neuen Haus Berufe zu finden sein werden, die wir heute in einem Krankenhaus noch kaum kennen. Wir müssen uns nur vorstellen, daß die Techniker, die hier eine ganz entscheidende Rolle spielen, in Österreich mehr oder weniger unbekannt sind, und wir werden manche um viel Geld aus Betrieben, manchmal sogar aus dem Ausland, ausleihen müssen. Es wird notwendig sein, diese Personalschätzungen raschest durchzuführen. Warum? — Wir alle wissen, daß die modernen Einheiten personalaufwendiger sind. Wenn wir heute Spitalszimmer mit ein, zwei und drei Betten haben, dann brauchen wir dafür mehr Personal als für die großen Säle von Anno dazumal — wir wollen sie, Gott behüte, nicht mehr haben —, denn dort konnte eine Schwester oder konnten zwei Schwestern den ganzen Saal überblicken. Heute ist dies nicht mehr möglich.

Eine Frage habe ich zu stellen: Es gibt eine Arbeitsgemeinschaft Marchart, Moebius, Benesch und Moser, die uns jahrelang als verantwortlich aufgezeigt wurde. Nun hören wir aus verschiedenen Quellen — ob die nun recht haben oder nicht, kann ich nicht beurteilen, deshalb frage ich Sie hier im Gemeinderat —, daß diese Gruppe nicht mehr für den Neubau verantwortlich sein soll, daß aber sehr viele andere Gruppen mitpartizipieren, die praktisch vom großen Kuchen der Planungskosten ganz beachtliche Beträge überwiesen bekommen, ohne praktisch tätig zu sein. Ich erwarte mit großem Interesse eine Beantwortung dieser Frage.

Ich komme noch einmal ganz kurz auf die schulischen Belange zurück, über die ich schon gesprochen habe. Die Betriebstechniker der Jetztzeit, die enorm wichtig sind, haben wir leider nicht. Diese Leute müssen doch mit dem Haus mitwachsen, müssen heute schon angestellt sein, um alles zu kennen, wenn später einmal — was Gott verhüten wolle — etwas passieren sollte. Sie müßten dann nicht erst lange nach Plänen suchen, wie wir heute in einem anderen Zusammenhang gehört haben, sondern sie wären mit dem Bau groß geworden und wüßten Bescheid.

Erlauben Sie mir noch eine Feststellung. Vor etwa 15 Monaten habe ich einen Bericht über den Vorgang beim neuen Allgemeinen Krankenhaus verlangt. Ich habe gebeten, einen Bericht zu erstatten, aber nicht nur einen schriftlichen Bericht des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, sondern aller Beteiligten, sowohl einen Bericht der Herren der AKPE, der Herren der APAG, von allen jenen, die uns gegenüber verantwortlich sind. Wir wollen von diesem Personenkreis endlich einmal hören,

wie es tatsächlich aussieht. Vor 15 Monaten habe ich das verlangt! Ich habe es immer wieder urgiert, es wurde mir immer wieder versprochen, aber niemals eingehalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute stocken wir den Aufsichtsrat um zwei Mandate auf, und ich glaube, es kann uns nichts mehr passieren, wie man in Wien so schön sagt. Dieser Beschluß führt uns dorthin, daß wir mit reinem Gewissen sagen können: „Jetzt sind wir aus dem Schneider.“ Das ist sicher nicht weltentscheidend, was wir heute tun.

Ich bitte Sie, nicht ungehalten zu sein, wenn ich diesen Beschluß dazu benützt habe, einige Dinge zu sagen, die uns aus Sorge um den Neubau dieser so wichtigen Institution am Herzen liegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Mayrhofer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf den letzten Satz des Herrn GR. Lehner zurückkommen, in dem er feststellt, er hätte dieses Geschäftsstück dazu benützt, um einige Fragen, die ihm im Zusammenhang mit der Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses von Interesse scheinen, aufzuwerfen.

Der Herr Diskussionsredner hat die Möglichkeit gehabt — er hat sich ja nicht überraschend zum Wort gemeldet —, seine Fragestellung und seinen Diskussionsbeitrag wohl zu überlegen, und er hat seine Fragen im Zusammenhang mit einem Antrag vorgebracht, der nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang damit steht.

Obwohl er sich auf diese Wortmeldung vorbereitet hat, hat er erklärt, daß er über verschiedene Dinge selbst keine exakte Aussage machen kann. Ich bitte Sie daher zu verstehen, daß ich ihm im Hinblick auf diesen nicht unbedingt erwarteten Diskussionsbeitrag seine Frage heute nicht beantworten kann. Zweifellos wird der von ihm verlangte Bericht — soweit mir bekannt ist, liegt er in der Rohfassung vor — in absehbarer Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Herr GR. Dr. Hirnschall hat beharrlich meine Aussagen nicht zur Kenntnis genommen. Ich habe nicht gesagt, daß die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales bisher nicht im Aufsichtsrat vertreten war, wie Sie, Herr Dr. Hirnschall, zweimal gemeint haben, daß dem so sei. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß die Magistratsabteilung 17 nunmehr eine Vertretungsmöglichkeit haben soll. Derzeit ist es so, daß die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durch einen Vertreter der Gesundheitsbehörde, der Magistratsabteilung 15, im Aufsichtsrat vertreten ist. Nun soll auch dem künftigen Benutzer, dem Anstaltenamt, diese Möglichkeit eingeräumt werden.

Darf ich noch etwas zu Herrn Dr. Hirnschall sagen. Ihm wäre es zweckmäßig erschienen, einmal eine allgemeine Information über den derzeitigen

Stand der Dinge zu erhalten. Er weiß, glaube ich, sehr gut, welche verfassungsrechtlichen und geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten es für ein Mitglied des Gemeinderates gibt.

Dem Antrag selbst wurde kein Einwand entgegengehalten. Ich darf daher nochmals bitten, ihm zuzustimmen.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Wir kommen zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist mehrheitlich angenommen.

Es gelangt nunmehr Post 29 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die geänderte Ausführung der Neuen Donau und der Donauinsel vom 1. Wehr bis zum Absturzbauwerk und eine Sachkrediterweiterung für die Ausführung des Bau-loses 1 des Entlastungsgerinnes.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Freinberger, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR. Freinberger: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Der vorliegende Antrag auf eine geänderte Ausführung der Neuen Donau und der Donauinsel sowie auf eine Erhöhung des Sachkredites ist notwendig, weil entsprechend den Empfehlungen der Jury Donaubereich Wien das Projekt landschaftsgestalterisch und städtebaulich überarbeitet werden mußte.

Das geänderte Projekt wurde im Rahmen der Projektsbesprechung von den mit dem Projekt befaßten Dienststellen vorgestellt. Mit Ausnahme der Errichtung der Wildwasserstrecke im Bereich des Wehrs 1, über deren Zweckmäßigkeit noch genauere Untersuchungen notwendig sind, fand das Projekt die einvernehmliche Zustimmung aller Dienststellen.

Ich bitte daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Mayr. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Peter Mayr: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Mit dem vorliegenden Tagesordnungspunkt wird ein Teil des verbesserten Hochwasserschutzes und der Donauinsel, und zwar der Teil vom Wehr 1 bis zur Steinspornbrücke, dem Absturzbauwerk, genehmigt, und es kommt zu einer wesentlichen Sachkreditaufstockung. Wir sind immerhin bei einem Teilstück bei 1.500 Millionen Schilling.

Ein zweiter Akt, der im Laufen ist, hat den Gemeinderat nicht erreicht, nämlich die Beauftragung des Professors Maurer von der Technischen Hochschule Zürich, der ein Bilanzmodell für die Nutzung des Mittelbereiches bringen soll.

Ich glaube, daß es jetzt aus Anlaß dieser gewaltigen Sachkrediterhöhung notwendig ist, einiges zu den Problemen im Zusammenhang mit der

Donauinsel oder dem verbesserten Hochwasserschutz zu sagen, zumal deshalb, weil zurzeit Gefahr besteht, daß der Bagger wieder einmal die Planung einzuholen droht.

Zunächst zu dieser Genehmigung der Bauarbeiten im Bereich vom Wehr 1 bis zum Absturzbauwerk. Wenn Sie sich den Plan dieses Projektes anschauen, werden Sie sehen, daß das Wehr 1 auf der Höhe des Endes der Alten Donau ist, und dann würde stromabwärts gebaut, Richtung Steinspornbrücke zum Absturzbauwerk.

Wenn Sie nun den Bauplan anschauen, der in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission im vergangenen Sommer vorgelegt und auch einstimmig genehmigt worden ist, und wenn Sie sich die Ergebnisse des Beirates Donaubereich anschauen, werden Sie sehen, daß in diesem Bereich, der jetzt genehmigt werden soll, eigentlich erst im Jahre 1984 mit dem Bau hätte begonnen werden sollen. Nur Optimisten würden annehmen, daß der Bagger so schnell gearbeitet hätte, daß wir jetzt schon dort bauen, wo der Bau eigentlich erst für 1984 vorgesehen ist. Tatsächlich ist es natürlich nicht der Fall. Vielmehr ist diese Änderung im Bauablauf zum Teil dadurch bedingt, daß die Verhandlungen mit der ÖMV und verschiedene offene Probleme mit der ÖMV und ihrer Rohrleitung noch nicht abgeschlossen bzw. geklärt sind, so daß der Bagger unter der Steinspornbrücke nicht weiterarbeiten konnte, weshalb er nach oben verlegt werden muß, schon auf Grund der Verträge mit diesen Firmen.

Das wäre noch nicht so aufregend. Wenn man sich aber die Unterlagen anschaut, die der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission im Sommer vorgelegen sind: Damals waren drei Varianten für den Bauablauf vorgesehen, und in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission ist dann die Entscheidung für die Variante 3 gefallen. Diese Variante 3 sah grundsätzlich vor, daß beiderseits der Donau, beginnend beim Einlaufbauwerk, die Baggerungen bzw. auf der rechten Seite die Bauarbeiten an der Hochwasserkante stromabwärts durchgezogen werden.

Die Erwägungen für diese Variante 3 waren folgende: Fertigstellung des Hochwasserschutzes am linken Ufer bis zum Jahre 1984, durchlaufend vom Einlaufbauwerk bis zum Wehr 1, Fertigstellung des Hochwasserschutzes auch auf der rechten Kante bis 1984, zumindest im Bereich der angrenzenden Bezirke einschließlich des zuunterst liegenden 2. Bezirks, und Fertigstellung des Gesamtprojektes bis 1987. Dann die Ausgestaltung des Donaubereiches vor dem IAKW, und zwar sobald als möglich im Hinblick auf die heuer im Herbst stattfindende Besiedlung des IAKW, und eine Beschränkung der Baumaßnahmen im Bereich der Reichsbrücke und von Kaisermühlen. Schließlich ein ausgewogener Budgetbedarf. Diese Punkte finden Sie wörtlich in den Unterlagen.

In der Unterlage heißt es dann weiter, daß die Absicht der Magistratsabteilung 29, vom Wehr 1 bis zum Absturzbauwerk zu bauen — also genau das, was wir heute beschließen —, aus der Sicht der Koordinationsstelle eher bedenklich erscheint. Man

sollte lieber 1979 und 1980 im Bereich der Reichsbrücke mit dem Bau anfangen, um dort alle Maßnahmen gleichzeitig abzuwickeln. Sie sehen, der vorliegende Antrag widerspricht in wesentlichen Teilen den Beschlüssen der Kommission des Beirates Donaubereich und auch der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission vom Sommer.

Die Gründe für diese Abänderung werden darin gesehen, daß bei einem Baubeginn von der Reichsbrücke abwärts wiederum ein Absturzbauwerk gebaut werden müßte, und abgesehen von den Kosten hätte das die Gefahren bei einem Hochwasser, das in die Bauzeit hineinfällt, wesentlich erhöht. Es bestünde eine größere Gefahr der Überflutung im 2. und 20. Bezirk.

Ich darf vorweg sagen, daß wir diesem Akt zustimmen, doch möchte ich schon deponieren: Man muß sich hier auf die bauausführenden Stellen verlassen, daß diese Änderung im Ablauf nämlich nicht gleichzeitig eine Umkehrung jener Erwägungen mit sich bringt, die in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission der Grund waren, warum man sich für die Variante 3 entschieden hat. Das heißt, man muß Sorge tragen — ich hoffe, daß das auch geschieht —, daß sich das Bauvorhaben des Hochwasserschutzes weder auf der linken noch auf der rechten Seite verzögert, daß insbesondere keine Verzögerung im Bauabschnitt vor dem IAKW und bei der Reichsbrücke und schließlich — darauf komme ich noch zurück — keine zu große Drainagewirkung hinsichtlich des Wasserstandes der Alten Donau eintritt.

Ein Wort zu dieser Drainagewirkung: eine Tageszeitung hat es so geschrieben: „Säuft die Neue Donau die Alte Donau aus?“ Tatsache ist, daß der Grundwasserstand in diesem Bereich links der Donau, beginnend bei der Schwarzlackenau, über die Alte Donau, Lobau bis in das Marchfeld, in den letzten Jahrzehnten langsam, aber stetig abgesunken ist. Die Baumaßnahmen im Bereich der Neuen Donau haben diesen Prozeß beschleunigt, und aus Tageszeitungen konnten Sie ersehen, daß die Brunnen im Bereich der Schwarzlackenau zum Teil versiegt sind und die Bevölkerung dort mit Tankwagen, die täglich Wasser bringen, versorgt werden muß. Auch die Alte Donau hat zurzeit einen sehr niedrigen Wasserstand.

Die Wasserbauexperten, insbesondere die Experten auf dem Grundwassersektor, haben diese Entwicklung im Zusammenhang mit dem Bau der Neuen Donau vorausgesehen. Sie haben aber auch etwas gesagt — das ist eine Hoffnung, die hier im Raum steht —, nämlich daß nach Fertigstellung des Projektes durch den Aufstau von Wasser innerhalb der Neuen Donau, bedingt durch die drei Wehren, die Möglichkeit besteht, daß sich der Grundwasserstand im Bereich Schwarzlackenau, Alte Donau und Lobau erhöht und wir einerseits das entsprechende Wasser für die Alte Donau haben und andererseits auch wieder zu einer Belebung der Aulandschaft der Lobau kommen.

Ich bin kein Experte, meine Damen und Herren. Ich kann nur hoffen, daß die Experten, die das behauptet haben, recht haben.

Ich möchte aber doch die Aufmerksamkeit des Gemeinderates darauf lenken, daß man diese Baumaßnahmen daher mit besonderer Sorgfalt und auch mit besonderem Tempo durchführen soll und daß man dann, wenn es notwendig ist, zusätzliche Maßnahmen erwägen sollte, wie Hineinpumpen von Wasser in die Alte Donau, denn es geht hier sicherlich um die Rettung eines Erholungsgebietes, das für die Wiener Bevölkerung von unschätzbarem Wert ist.

Es gibt aber noch eine Reihe von anderen Problemen im Donaubereich, die ich hier ansprechen möchte. So gilt eine ständige Sorge der Architekten und auch, wenn Sie wollen, meiner Fraktion, die ja das Leitprojekt begrüßt und bejaht hat, dem, daß nicht im Zuge von Baumaßnahmen von diesem Leitprojekt abgewichen wird.

Im Zusammenhang mit den Planungen an der Traisenbrücke — oder Pardon, jetzt heißt sie Brigittenauer Brücke, ein neuer Name für das gleiche Projekt — ist schon überlegt worden, eine Achsverschwenkung im Bereich der Neuen Donau durchzuführen. Das hätte groteskerweise gerade das beseitigt, an dem wir bei diesem Projekt im wesentlichen hängen, nämlich die Bucht vor dem IAKW wäre hier zugunsten der Abfahrten der Brigittenauer Brücke beseitigt worden.

Ich kann daher nur die Verantwortlichen ersuchen, daß sie hier immer wieder gewissenhaft kontrollieren, ob die Bauarbeiten tatsächlich mit dem Leitprojekt und den darauf gestützten Planungen im Zusammenhang stehen und sich decken.

Ein weiteres Problem, das dringend eine Lösung erfordert, ist das Organisationsproblem. Die Jury hat bereits in ihren Abschlußempfehlungen erklärt, daß man bei der Durchführung des ganzen Projektes auch an eine Entwicklungsgesellschaft denken soll.

Wir haben auch im Planungsausschuß damals darüber gesprochen. Mit dem neuen Stadtrat Wurzer sind diese Gespräche untergegangen. Stadtrat Wurzer hat dann einen Beirat „Donaubereich“ und eine Koordinierungsstelle vorgesehen. Der Beirat hat immerhin mehr als 50 Teilnehmer. Er ist — ich gehöre ihm selbst an — durchaus in der Lage, die Interessen, die an diesem Bereich bestehen, darzulegen, sogar gewisse Konflikte auszuscheiden, nur in den Entscheidungsprozessen ist er natürlich sehr schwerfällig. Es funktioniert hier im wesentlichen nur über Unterausschüsse.

Die Koordinierungsstelle selbst ist sehr engagiert. Sie hat nur immer wieder oder manchmal — es hat sich offensichtlich, wenn man den Baufortschritt sieht, gebessert — gewisse Probleme mit dem Durchgriffsrecht auf die bauführenden Magistratsabteilungen, weil sie ja praktisch nur raten und empfehlen und mit Worten überzeugen kann und kein Weisungsrecht hat.

Im Zusammenhang mit diesen Problemen ist in der letzten Zeit auch durch die Zeitungen gegeistert, insbesondere im Hinblick auf die Änderung des Stadtsenates oder die beabsichtigte Änderung, daß

man wieder an eine Bau- und Betriebsgesellschaft für den Donaubereich denkt, gewissermaßen um für den Stadtrat Heller, wie ich in der Zeitung lese, einen neuen Aufgabenbereich zu schaffen.

Bitte, ich bin der letzte, der den Stadtrat Heller zur Untätigkeit verurteilen wird. Ich glaube, er wird aus sportlicher Sicht im Donaubereich sicherlich einiges beitragen können. Nur halte ich es — das sage ich ganz offen — für ganz unmöglich, daß man eine Organisationsform für ein Bauvorhaben mit mehreren Milliarden ausschließlich aus einem Blickwinkel betrachtet, um für einen Stadtrat einen Arbeitsplatz zu schaffen. Das scheint mir also nicht der richtige Weg zu sein.

Ansonsten wird man über die Organisationsform, die dann vor allem bei der Betriebsführung von Bedeutung ist, reden müssen.

Und nun komme ich auch noch zur Beauftragung des Herrn Professors Maurer. Es ist durch den Planungsausschuß schon einstimmig durchgegangen, der Akt hat den Gemeinderat nicht erreicht, aber es wird auch hier selbstverständlich einstimmig beschlossen werden.

Herr Professor Maurer soll auf Grund des Auftrages „raumwirksame Daten“ erstellen — ich zitiere aus dem Vorlagebericht —, „in einem schrittweisen Prozeß die denkmöglichen Entwicklungen und ihre flächenhaften Auswirkungen untereinander und mit dem Bestand bzw. den konkreten Bedarfssituationen vergleichen“, bilanzieren und gewissermaßen Nutzungsvorschläge für diesen Bereich machen.

Das ist eine sehr interessante Arbeit. Ich darf nur darauf hinweisen, daß der Donaubereich, der durch dieses Computermodell erfaßt wird, immerhin einen erheblichen Teil Wiens darstellt, einschließlich des 2., 20., 21. und 22. Bezirkes, und das entlang der Entwicklungsachse der U 1, so daß diese Aussagen im Rahmen des Stadtentwicklungsplans größte Bedeutung haben werden.

Ich darf aber darauf hinweisen, daß dieser Auftrag und diese Vorstellungen für den Mittelbereich einigermaßen spät kommen und vor allem das größte Problem sein wird, ob das, was hier als richtige Nutzung gilt, mit Computer ausgearbeitet, dann auch tatsächlich durchgeführt und politisch durchgesetzt wird. Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß ein Drittel dieses Landgewinnes, der hier entsteht, dem Bund gehört, und der Bund hat bisher eine Fülle von Vorschlägen erstattet. Ich zähle nur einige auf, damit Sie sehen, was hier alles im Gespräch ist. Das Verteidigungsministerium trachtete nach einem Truppenübungsplatz für Pioniere. Die Frau Wissenschaftsminister sucht Nutzungen für die Universität. Das Bautenministerium hat ausdrücklich den Wunsch nach einer AHS deponiert; es will eine Schule dort hinbauen. (GR. Hahn: Und ein Bahnhof, ein Verschiebeshof, war auch schon vorgesehen!) Der Bahnhof ist schon wieder draußen.

Wir haben selbst die Regattastrecke um den Toten Grund angeboten. — Bitte, daß der Bund ein Drittel der Donauinsel bekommt, daß er ein Drittel

der Kosten zahlt, damit welche auf der Regattastrecke in diesem Wasser rudern und einige Professoren im Toten Grund biologische Forschungen machen, das glaube ich nicht, das halte ich für ausgeschlossen. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich glaube, so gute Beziehungen gibt es nicht einmal in der SPÖ zwischen Wien und dem Bund, daß das funktionieren könnte. (Neuerliche Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

In diesem Zusammenhang gibt es aber eine kleine Feinheit, die offensichtlich untergegangen ist: Die Alte Donau und das Überschwemmungsgebiet standen ursprünglich in der Verwaltung des Bundesstrombauamtes. Bei Beginn der Bauarbeiten gab es ein Übereinkommen zwischen dem Bundesstrombauamt und der Stadt Wien, daß während der Bauzeit des ganzen Projektes die gesamte Verwaltung, Haftung usw. auf die Stadt Wien übergeht, die durch die Magistratsabteilung 29 vertreten ist.

Das, was hier besonderes Gewicht gewinnt, sind die drei Wörter „während der Bauzeit“. Bitte, das heißt mit anderen Worten: Wenn es nicht zu einer Vereinbarung kommt, würde nach Fertigstellung des gesamten Projektes das Projekt, so wie es liegt und steht, würden die Nutzungen auf der Donauinsel, auf den beiden Kanten und auf der Unteren Neuen Donau selbst wieder in die Kompetenz des Bundesstrombauamtes zurückfallen. Und das Bundesstrombauamt freut sich schon: Es sieht hier Möglichkeiten der Vergabe, der Nutzung, selbstverständlich neue Aufgaben — Sie wissen ja, das Bundesstrombauamt kämpft um Aufgaben, weil es durch die Kraftwerke immer Aufgaben verliert — und außerdem auch Einnahmen. Aus diesem Grund sammeln sich auch dort schon die Interessenten der Nutzung. Und eigentlich, solange ein solcher Vertrag zwischen Wien und dem Bund nicht besteht, reden wir hinsichtlich der Nutzungen teilweise im leeren Raum, weil nach Fertigstellung das Bundesstrombauamt hier die Kompetenz hätte.

Am Schluß möchte ich noch eines sagen: Während im Donaubereich immerhin mehr als 50 Leute die Frage der Zukunft und der zukünftigen Nutzung dieses Gebietes, die Frage des Baufortschrittes zur Sicherung des Hochwasserschutzes rechts und links bewegt, gibt es einen anderen Stadtrat, der hochfliegende Pläne für dieses Gebiet hat, die er allerdings offensichtlich sorgfältig bei sich noch bewahrt und noch nicht den verfassungsmäßigen Organen der Stadt Wien anvertraut hat.

Da uns ja bald der Valentins-Tag bevorsteht — überdies mit einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung — und Blumen auch den Gemeinderat immer erfreuen, so darf ich mir erlauben, den Herrn amtsführenden Stadtrat Schieder zu fragen, ob es stimmt, daß sich die Stadt Wien für die WIG 84 beworben hat, daß angeblich diese Bewerbung schon positiv entschieden sein soll und daß gewissermaßen Stadtrat Schieder — diesmal nicht mit Plastikblumen, sondern mit anderen Blumensträußen — zur Sanierung des Donauparkes und zur Begrünung der Donauinsel antritt.

Dem Akt selbst werden wir zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Freinberger: Meine sehr geehrten Damen und Herren! — Herr Dr. Mayr! Wenn Sie sich Kummer machen um den Wasserstand der Alten Donau, dann darf ich Ihnen sagen, daß ich mir als Donaustädter Gemeinderat und als Kaisermühlner im besonderen sicherlich genauso viel Kummer um den Wasserstand der Alten Donau mache. Ich hoffe daher, daß heute, nachdem Sie ja diesem Antrag zustimmen werden, ein Anfang gemacht ist, daß Sie im Donaubereich voll mit uns mitgehen und wir so bald als möglich das Grundwasser, den Grundwasserstand der Alten Donau durch die Fertigstellung des Entlastungsgerinnes gesichert haben. (VBgm. Dr. Busek: Daran haben wir Sie nie gehindert! — GR. Hahn: Wasser können wir für euch nicht pumpen!) Nein, das braucht ihr nicht zu tun. (Amtsf. StR. Hans Mayr: Aber ein Wasser macht ihr!)

Meine Damen und Herren! Wenn mit diesem Akt der Baubeginn für den Bereich zwischen Reichsbrücke und Wehr 1 beschlossen wird, dann, möchte ich sagen, begrüßen wir das ganz besonders deshalb, weil ja, wie Detailrechnungen ergeben haben, mit Baubeginn bei der Reichsbrücke das rechte Donauufer, die rechte Kante möglicherweise durch den Stau der beiden Behelfsbrücken — es ergibt sich dort eine Stauhöhe von 20 Zentimetern — gefährdet würde. Wir haben deshalb unten beim Stürzwasser zu bauen begonnen.

Ein Abänderungs- oder Gegenantrag liegt nicht vor. Ich bitte daher nochmals um Zustimmung zu diesem Antrag.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 42 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Errichtung eines Psychosozialen Zentrums in der Schöpfleuthnergasse im 21. Bezirk.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsführenden Stadtrat Universitätsprofessor Dr. Alois Stacher, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Dr. Stacher: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gemeinderat hat am 30. Jänner 1978 die Errichtung eines Psychosozialen Zentrums, Modellsektor für den 20. und 21. Bezirk, Wien 21, Schliemanngasse, mit einem Kostenaufwand von 8 Millionen Schilling genehmigt.

Durch die Tatsache, daß Elternvereinigungen in ihrer Angst um die Kinder, weil der dortige Standort in der Nähe der Fußgängerzone war, Einwand dagegen erhoben und in einer Bürgerversammlung festgestellt haben, daß sie den Standort lieber verlegt haben wollen, haben wir den Bau auf diesem Standort gestoppt und einen neuen Standort gefunden.

Dem entspricht nun die Umplanung, die vorgenommen werden mußte, weil dort andere Bauvorschriften waren, und die Erhöhung des Sachkredites.

Ich ersuche Sie daher, einer Änderung des mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. Jänner 1978 genehmigten Projektes der Errichtung eines Psychosozialen Zentrums am Standort Wien 21, Schliemanngasse, und der Standortverlegung nach Wien 21, Schöpfleuthnergasse 20, zuzustimmen.

Weiters ersuche ich Sie, die Erhöhung des mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. Jänner 1978 genehmigten Sachkredites von 8 Millionen Schilling auf 9 Millionen Schilling zu genehmigen.

Schließlich ersuche ich Sie, die Erhöhung der im Voranschlag 1979 auf Ausgab rubrik 516.51 vorgesehenen Baurate von 7,4 Millionen Schilling um 1 Million Schilling auf 8,4 Millionen Schilling zu genehmigen. Da der in Betracht kommende Voranschlag sonst keine Deckung bietet, wird im Voranschlag 1979 zu Rubrik 516 eine erste Überschreitung in der Höhe von 1 Million Schilling, die in Mehreinnahmen zu derselben Rubrik unter Post 51 zu decken ist, vorgeschlagen. Der Magistrat soll ermächtigt werden, nach Durchführung der Bewilligungsverfahren bei Vorliegen der anstandslosen Verhandlungsergebnisse die Baubewilligung zu erteilen.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau Stadtrat Dr. Gertrude Kubiena. Ich erteile es ihr.

Stadtrat Dr. Gertrude Kubiena: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat Stacher! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen jede Maßnahme, die geistig oder seelisch kranken Menschen hilft, aus der Aufbewahrungsanstalt des Psychiatrischen Krankenhauses in ein normales Leben zurückzukehren, oder noch besser, die ihnen eine stationäre Behandlung überhaupt erspart.

Das neue Psychosoziale Zentrum in der Schöpfleuthnergasse soll der Nachbetreuung, aber auch der Vorsorge dienen, das heißt, es sollen dort Alkoholiker, aber auch echte Psychosen, Schizophrenie, Depressionen usw. behandelt werden.

Im Psychiatrischen Krankenhaus Steinhof, also Baumgartner Höhe, ist derzeit bereits die intramurale Dezentralisierung im Gange. Was das heißt, werde ich gleich erklären. Es spielt sich also innerhalb der Mauern von Steinhof folgendes ab: Der Volksmund würde sagen, man führt alle Verrückten aus den Bezirken 20 und 21 in einem Pavillon zusammen. Das hat seine guten Gründe, denn dadurch ist die Zusammenarbeit mit dem neugeplanten Psychosozialen Zentrum in der Schöpfleuthnergasse erleichtert.

Aber meines Erachtens kann das nur eine Übergangslösung sein. Wir brauchen die echte Dezentralisierung der Psychiatrie, wir brauchen die Verlegung der Psychiatrie hinaus aus dem Getto in die allgemeinen Krankenanstalten. Denn schauen Sie:

Gerade der seelisch-geistig Kranke braucht nichts so sehr wie den Kontakt mit seinen Verwandten, mit seinen Nachbarn, mit seiner Umgebung. Und bittschön, jetzt sagen Sie mir, wer wird ihn besuchen kommen aus dem 21. Bezirk, wenn er in einem Pavillon mit lauter Leuten aus dem 20. und 21. Bezirk auf der Baumgartner Höhe zusammenliegt? Es ist nämlich ein ziemlich breiter Weg dorthin.

Und der zweite wesentliche Punkt ist das Image dessen, der leider Gottes eine stationäre Behandlung im Psychiatrischen Krankenhaus notwendig hat. Wenn jemand im Spital liegt, dann ist er arm und krank. Aber seien wir ehrlich: Für fast alle Leute ist jemand, der ins Psychiatrische Krankenhaus eingeliefert wird, abgestempelt, das heißt, er gilt als narrisch, egal, ob er jetzt von zu Hause oder, noch schlimmer, aus einem Krankenhaus in die Psychiatrie gebracht werden muß. Um wie vieles leichter ist es doch, das Image umzukrempeln, wenn man einen geistig Kranken an einer psychiatrisch-neurologischen Abteilung eines allgemeinen Krankenhauses behandeln kann.

Ich weiß, daß die echte Dezentralisierung schwierig ist, aber ich weiß auch, daß sie nicht undurchführbar ist. Schließlich und endlich haben wir im Mammutkrankenhaus Baumgartner Höhe 2.708 systemisierte Betten und dort selbst 7 Primariate. Man könnte doch eines dieser Primariate in das geplante Sozialmedizinische Zentrum Ost verlegen — falls das Krankenhaus wirklich jemals gebaut wird. (GR. Hahn: Das ist die entscheidende Frage!)

Den freien Pavillon bräuchte man nicht leeres stehen zu lassen, sondern man könnte ihn als offene neurologische Abteilung betreiben, man könnte auch ein Alters- und Pflegeheim daraus machen, denn die Anlage ist ja sehr schön auf der Baumgartner Höhe — die Anlage. Aber wie wir vor kurzem aus einem Magazin erfahren haben, dürfte die Betreuung nicht überall erstklassig sein.

Wir sind sehr gespannt, zu erfahren, was mit den Disziplinarverfahren ist, die gegen sieben Pfleger und zwei Ärzte eingeleitet worden sind.

Ich glaube übrigens, daß man auch noch mehr tun müßte. Wir haben die Einsetzung einer internationalen bzw. einer unabhängigen Expertenkommission gefordert, um die Zustände im Psychiatrischen Krankenhaus abzuklären. Darauf ist bisher keine Reaktion erfolgt.

Aber bitte zurück zum Psychosozialen Zentrum. Wir hoffen, daß uns die Standortverlegung, die wegen dieser Bürgerinitiative erfolgte, zu dem Ziel bringen wird, das wir uns alle wünschen. Der neue Standort ist besser, er ist in einer sehr befahrenen Straße, aber das Hauptanliegen ist, Angst und Mißtrauen der Bevölkerung auszurotten. Es handelt sich sicherlich nicht um gefährliche Irre, die dort betreut werden sollen.

Das gleiche haben wir erlebt im 13. Bezirk. Dort ist eine Wohngemeinschaft von Geisteskranken, das heißt von Rehabilitationsfällen, aufgemacht worden. Die Anrainer haben erst im letzten Augenblick davon erfahren, und unser Klub 13 hat eigent-

lich dieses Projekt im letzten Augenblick gerettet. (GR. Gawlik: Das ist eine Überheblichkeit sondergleichen! — Vizebürgermeister Dr. Busek: Herr Gawlik, davon wissen Sie nichts!) Sie wissen ganz genau, die Anrainer haben geglaubt, es handelt sich da um gefährliche Verrückte. Der Klub 13 hat zusammen mit dem Leiter dieser Wohngemeinschaft eine Begehung und eine Begegnung mit den Insassen herbeigeführt. Das war sehr gut, denn da haben die Anrainer gesehen, daß es nicht gefährliche Narren sind ... (GR. Gawlik: Es wird nicht besser, wenn Sie lauter werden!) Es klingt aber besser. (Beifall bei der ÖVP.) Die Anrainer haben also gesehen, daß das nicht gefährliche Narren sind, sondern daß das eher scheue Menschen und kontaktarme Menschen sind, die niemandem etwas zuleide tun.

Wir Mediziner wissen das, die Nichtmediziner wissen das natürlich nicht, daß ein Alkoholiker, solange er wirklich abstinent bleibt, nicht gefährlicher ist als ein Diabetiker, der brav sein Insulin spritzt und seine Diät hält.

Ich glaube, das Hauptanliegen ist, daß man puncto Projekt Schöpfleuthnergasse bereits jetzt mit der Information beginnt. Man müßte jetzt die Anrainer einladen, die Eltern der Kinder der in der Nähe gelegenen Schulen und auch ihnen potentielle Patienten vorführen, das heißt, ähnlich gelagerte Fälle, wie sie im Sozialmedizinischen Zentrum behandelt werden sollen. Damit ersparen wir uns sicher eine neuerliche Bürgerinitiative. Außerdem kommen wir damit unserem gemeinsamen Ziel wieder einen Schritt näher, nämlich der Integration der Randgruppen in die Gesellschaft; die Außenseiter werden nämlich von den Insidern dazu gemacht. Versuchen wir doch mit allen Mitteln, die Außenseiter wieder zu Insidern zu machen; schließlich wissen wir nicht, ob wir nicht selbst einmal zu Außenseitern werden. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Dr. Stacher: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke Frau Stadtrat Kubiena für die moralische Unterstützung bei unserer Organisation der Psychiatrie, die wir seit eineinhalb bis zwei Jahren vorantreiben. Deshalb auch die Situation im 13. Bezirk, wo wir erstmalig ein Übergangshaus geschaffen haben. Wir haben im 7. Bezirk ein Übergangshaus geschaffen, gleichzeitig wird ein Übergangshaus — betrieben vom Anton Proksch-Institut Kalksburg — von uns zusätzlich durch Sozialarbeiter unterstützt.

Sie sehen, wie schwierig es ist, was ich auch hier immer wieder gefordert habe, die Meinung der Öffentlichkeit positiv zu stimmen. Da ergibt sich schon bei uns Medizinern selbst die Frage der Nomenklatur. Wenn man auch hier „Verrückter“ sagt — wir sagen absichtlich „psychisch Kranker“, damit man nach außen hin demonstriert, daß das eben keine „Verrückten“ sind — und wenn man

sagt „Patienten vorführen“, so ist das noch in unserem Sprachschatz enthalten. Auch die Mediziner müssen lernen, und ich habe das auch sehr üben müssen, daß wir diese Ausdrücke vermeiden. Denn es führt wieder zu einem schlechten Eindruck.

Ich bin der gleichen Überzeugung, daß man in Wien für die Psychiatrie mehr machen muß. Wir werden — das habe ich auch angekündigt — deshalb in absehbarer Zeit einen Plan für die Umänderung der psychiatrischen Versorgung in Wien dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorlegen. (StR. Dr. Goller: Wann?) Sie können das genau wissen: Ende März wird er fertiggestellt sein. Dieser Plan wird dann natürlich die generelle Auseinandersetzung des Gemeinderates mit unseren Überlegungen zur Folge haben und dann die entsprechenden Richtlinien für die Stadt und für die weitere Vorgangsweise in der Stadt klarlegen.

Ich glaube daher, daß der Antrag, den damals Herr Vizebürgermeister Busek im Stadtsenat gestellt hat, eine ausländische Expertenkommission hereinzurufen, schon zu spät ist. Aus dem einfachen Grund: Wenn man bedenkt, daß man sich mit den österreichischen Experten — ich weigere mich, zur Kenntnis zu nehmen, daß die ausländischen Psychiater absolut besser sind als die österreichischen — bereits seit eineinhalb bis zwei Jahren konzentriert mit dieser Frage beschäftigt, so kann ich mir nicht vorstellen, daß eine ausländische Expertenkommission in einer Woche oder in zwei Wochen eventuell hier den „Stein der Weisen“ finden wird.

Ich möchte Ihnen noch in Erinnerung rufen, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine Expertenkommission fünf Jahre getagt hat, die dann zu einem Ergebnis gekommen ist — das Ergebnis ist uns bekannt. In Deutschland sind aber aus dem Ergebnis überhaupt noch keine praktischen Schlußfolgerungen gezogen worden.

Ich bin dafür, daß wir unsere Experten zur Planung heranziehen, einen Plan beschließen und den auch durchführen. Mit dem Beginn der Durchführung fangen wir mit diesem Aktenstück an, und ich bitte Sie nochmals, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. — Ich danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Post 43 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Änderung der Statuten des Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien.

Ich bitte die Frau Berichterstatter, GR. Franziska Fast, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Franziska Fast: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Das gegenständliche Geschäftsstück behandelt eine Statutenänderung des Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der

Bundeshauptstadt Wien, welcher mit Beschluß vom 22. Mai 1978 begründet wurde.

Absatz 3 lautete bisher: „Das im Zeitpunkt der Auflösung vorhandene Fondsvermögen geht auf die Stadt über.“ Diese Formulierung wurde beanstandet und soll in Zukunft folgendermaßen lauten: „Das im Zeitpunkt der Auflösung vorhandene Fondsvermögen geht auf die Krankenanstalten der Stadt Wien über.“

Aus diesen Gründen stelle ich den Antrag, der Statutenänderung Ihre Genehmigung zu erteilen.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GR. Gertrude Härtel. Ich erteile es ihr.

GR. Gertrude Härtel: Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatter! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird der Statutenänderung des Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters nicht die Zustimmung geben.

Die Österreichische Volkspartei hat im Mai des vergangenen Jahres gegen die Gründung dieses Fonds gestimmt. Unsere Ablehnung hat GR. Lehner in seinem Debattenbeitrag ausführlich dargelegt; eine Wiederholung unserer Argumentation ist daher nicht erforderlich.

Da der Gemeinderat aber wieder mit dieser Post befaßt wird, habe ich das Protokoll vom 22. Mai nachgelesen und erlaube mir, den Antrag des Herrn Stadtrates Dr. Stacher zu wiederholen. Er hat diesen in drei Punkte aufgegliedert. Punkt 1: Die Gründung des Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters wird genehmigt. Punkt 2 — und das ist, wie ich glaube, jetzt der wichtigste Punkt —: Für das Jahr 1978 werden dem Fonds als Dotation 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Kosten hierfür sind aus der Ausgabenrubrik 521.28 gedeckt. Punkt 3: Für die Bedeckung der Dotation des Fonds ist in den kommenden Jahren in den Voranschlägen Vorsorge zu treffen.

Und nun eine interessante Feststellung. Auf der Ausgabenrubrik 521.28 waren für 1978 600.000 Schilling ausgewiesen, für 1979 sind es 10,6 Millionen Schilling.

Darf ich kurz unterbrechen, Herr GR. Gawlik, Sie brauchen nicht Angst zu haben, obwohl jetzt ein „Dreimäderl-Haus“ hier steht. (GR. Dinhof: Sechsmäderl-Haus!) Ich glaube, daß alle sechs nicht so viel zwischenrufen werden, wie Sie allein, Herr Gawlik, imstande sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Für 1978 waren also 600.000 Schilling auf dieser Post ausgewiesen, für 1979 sind es 10,6 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Die Bedeckung für 1978 war also gar nicht gegeben, ja es wurden nicht einmal die auf dieser Rubrik vorgesehenen 600.000 Schilling für diesen Fonds verwendet. Ich erlaube mir daher, zwei Fragen an den Herrn Stadtrat zu richten:

1. Waren Sie, Herr Stadtrat über die auf dieser Rubrik zur Verfügung stehenden Mittel informiert?

2. Aus welchen Mitteln wurde dieser Fonds nun tatsächlich gespeist?

Mai 1978 war Vorwahlzeit, und in solchen Zeiten werden Sie, meine Damen und Herren, immer besonders aktiv, vielen alles zu versprechen. Wenn jedoch zu Anträgen Bedeckungsvorschläge angeführt werden, so erwarten wir, daß diese mit den vorhandenen Mitteln auf dieser Rubrik übereinstimmen und nicht von anderen Vorhaben abgezogen werden müssen.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat zu Recht die Gründung dieses Fonds abgelehnt. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr Stadtrat Stacher zum Wort. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Dr. Stacher: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich persönlich angesprochen wurde, muß ich die Frau Gemeinderat, nachdem ich in der letzten Ausschusssitzung ausführlich darüber berichtet habe und sie die Details kennt, die sie hier nun nicht gebracht hat, doch berichtigen.

Erstens sind 10 Millionen Schilling des Fonds auf ein Konto gegangen, weil der Fonds eine eigene Rechtspersönlichkeit ist und natürlich ein eigenes Konto hat. Daher wurde der Betrag von der Stadt auf dieses Konto überwiesen, und dort ist das Geld noch zum großen Teil vorhanden.

Zweitens werden die weiteren 10 Millionen Schilling dieses Jahres auch auf dieses Konto überwiesen, so daß fast 20 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Ich habe im Ausschuß ausdrücklich erklärt, was vorgegangen ist. Daher staune ich über die mißverständliche Darstellung von Frau GR. Härtel. Das kann meiner Meinung nach nach den Informationen, die ich gegeben habe, eigentlich nur absichtlich gemacht worden sein.

Wir haben seinerzeit den Fonds aus mehreren Gründen ins Leben gerufen: Erstens sollte eine Dokumentation der wissenschaftlichen Arbeiten der Wiener Ärzte stattfinden. Zweitens sollte die Möglichkeit bestehen, bei Einzelforschungsvorhaben den Ärzten finanzielle Hilfe zu leisten. Der erste Teil — das habe ich im Ausschuß berichtet — ist in der Form durchgeführt, daß die Dokumentation der Arbeiten des Jahres 1977 unmittelbar vor der Fertigstellung steht. Die Arbeiten sind alle erfaßt und werden publiziert. (Stadtrat Dr. Goller: Herr Stadtrat Stacher, Sie reden daneben vorbei!) Ich glaube, in dem Gemeinderat darf ich auch noch so daneben reden, wie die ÖVP-Fraktion sehr häufig und gerade in diesem Fall daneben redet. Dieses Recht werden Sie, Herr Stadtrat, mir kaum nehmen können. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Weiters haben wir festgestellt, daß wir Einzelforschungsvorhaben fördern werden. Wir haben den Fonds, das Kuratorium, gegründet, wir haben eine Geschäftsordnung und die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Fonds mit allen Stellen abgesprochen, zum Beispiel mit dem Dekan und

so weiter, und wir haben dieses Vorhaben ausgeschrieben. In der Zwischenzeit sind etwa 70 Anträge mit einem Gesamtvolumen von etwa 20 Millionen Schilling eingegangen.

Wir wollten uns natürlich nicht der Kritik, daß wir das Geld so einfach vergeben, aussetzen. Wir haben daher für jede Arbeit einen nationalen oder internationalen Begutachter gebeten, uns umsonst ein Gutachten zu erstellen. Diese Gutachten sind nun zu dreiviertel eingelangt. Wir werden, wenn die Gutachten komplett sind, eine Kuratoriumssitzung abhalten, um dann die Gelder, die auf dem Konto des Fonds sind, den Gutachten entsprechend für das letzte Jahr zu vergeben. Es handelt sich also um eine klare Richtlinie, um eine klare Situation.

Da Herr Stadtrat Goller gefragt hat, wann das Geld überwiesen wurde, möchte ich ihm sagen, daß es im Oktober 1978 überwiesen worden ist. Die zweiten 10 Millionen Schilling, die im Budget 1979 enthalten sind, werden in der nächsten Zeit an den Fonds überwiesen werden. Damit ist eindeutig klargestellt, daß die Schilderung der Situation, daß nämlich kein Geld zur Verfügung gestellt worden wäre und der Fonds daher nur eine Wahlpropaganda war, eindeutig abzulehnen ist.

Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, dies dem Gemeinderat klar genug darzustellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. — Danke. Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 47 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen der Ettrichstraße, Zinnergasse, ÖBB-Donauländebahn, Dreherstraße und Sängergasse im 11. Bezirk, Katastralgemeinde Kaiser Ebersdorf, sowie die Festsetzung einer Schutzzone für einen Teil dieses Gebietes.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Oblasser, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR. Oblasser: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Beim vorliegenden Geschäftsstück handelt es sich um die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Ettrichstraße, Zinnergasse, ÖBB-Donauländebahn, Dreherstraße und Sängergasse im 11. Bezirk, Katastralgemeinde Kaiser Ebersdorf, wo es auch gilt, eine Schutzzone zu schaffen. Dieses Gebiet ist abgegrenzt im Plandokument 5468 und dort auch dargestellt.

Ich ersuche Sie, diesem Geschäftsstück die Zustimmung zu erteilen.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Bei Durchsicht der Akten zum vorliegenden Geschäftsstück fällt auf, daß bereits im Mai 1973 die Magistratsabteilung 7 ein Ersuchen an die Magistratsabteilung 21 gerichtet hat, aufgrund des Altstadterhaltungsgesetzes die Errichtung einer Schutzzone zu veranlassen. Dadurch sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die historische Bausubstanz im alten Ortskern von Kaiser Ebersdorf in Simmering zu erhalten.

Es folgt in dem erwähnten Schreiben des Kulturamtes eine sehr ausführliche Begründung für die Nützlichkeit der geforderten Maßnahmen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Tatsächlich hat ja die Magistratsabteilung 21 in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen gesetzt, wie wir den sehr umfangreichen Akten in diesem Fall entnehmen können. Immerhin erstreckt sich das geplante Vorhaben über eine Fläche von zirka 70 Hektar und berührt dabei unmittelbar eine Einwohnerzahl von zirka 2.000 Personen.

Alles in allem ein sehr großes Vorhaben, das die Gemeinde Wien gestartet hat. Man könnte eigentlich annehmen, daß dieses Vorhaben auch in entsprechender Form der Wiener Bevölkerung mitgeteilt wurde. Wenn nämlich der Mensch im Mittelpunkt der Politik zu stehen hat und die Politik für den Menschen dazusein hat, wie es in den diversen Wahlaussagen vor den Wiener Gemeinderatswahlen nachzulesen war, dann sollte auch unseren Mitbürgern die Möglichkeit eingeräumt werden, bei dem besagten Planungsvorhaben mitzureden.

Wie sieht jedoch die Information hierfür aus? Information ist ja die Grundlage, um mitgestalten zu können. Da ersuchte also die Magistratsabteilung 21 am 4. August 1978 die Magistratsabteilung 53 um Veranlassung der Kundmachung in der nächsten Nummer des „Amtsblattes der Stadt Wien“ sowie im „Amtsblatt der Wiener Zeitung“ und in der „Rathaus-Korrespondenz“. — Ende! Das ist eine Pflichtübung, mit kleinstem Aufwand minimale Information an die betroffene Bevölkerung weiterzugeben.

In die Zeit zwischen 1973 und 1978 fallen der eigentliche Planungsvorgang und offensichtlich weitreichende Planungsüberlegungen. In dieser Zeit war die Information der betroffenen Bevölkerung eigentlich überhaupt nicht gegeben. Von Bürgerbeteiligung, offener Planung und so weiter kann nicht gesprochen werden, es ist nicht einmal ein Ansatz dazu vorhanden, und das entgegen allen verbalen Erklärungen, die hier immer abgegeben werden. Dabei glaube ich, daß gerade im gegenständlichen Fall sinnvolle Information an die Bevölkerung hätte herangetragen werden können. Die Bürger in diesem Bereich hätten echt eine Chance haben können, in den Planungsprozeß mit einbezogen zu werden.

Wir Freiheitlichen finden — und wir haben das

auch in unserem Programm für Wien „Bürger im Mittelpunkt“ manifestiert —, daß alle größeren Vorhaben in unserer Stadt offen geplant werden müssen. Diese offene Planung beteiligt alle betroffenen Bürger von Anbeginn an. Das hätte in diesem Fall bereits im Jahre 1974 einsetzen können. Diese offene Planung soll alle Bürger am Zielfindungs-, Planungs- und Entscheidungsprozeß bis hin zur Planrealisierung beteiligen. Hier wurde eine Chance vertan.

Die zuständige Magistratsabteilung 53 mit dem schönen Aufgabenbereich des Informationswesens hat im gegenständlichen Fall nicht einmal alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die ihr laut Geschäftsordnung zugestanden wären. Wieso, weiß ich nicht. Ich kann nur Vermutungen anstellen. Natürlich ist es einfacher und bequemer, nur eine kurze Nachricht an die Amtsblätter zu schicken, wenn der Entwurf des Magistrats sowieso während der Dienststunden im Rathaus, Stiege V, Tür 413, zur Einsichtnahme aufliegt.

Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich bin der Meinung, daß das zu wenig und mit ein Grund ist, wieso sich die Verwaltung des Rathauses doch ein wenig — wie mir scheint — von den Wiener Bürgern entfernt hat. Der Bürger hat ein Anrecht darauf, ausreichend informiert zu werden, und das nicht nur in teuren Jubelheften über defizitäre kommunale Unternehmungen, wie etwa über die Wiener Stadthalle, sondern in konkreten Informationen über konkrete Planungsvorhaben.

Diese Information darf nicht erst beginnen, wenn die Sachzwänge schon eingesetzt haben, sondern die entsprechende Information muß bereits im Vorstadium an die Bewohner der betroffenen Gebiete gegeben werden.

Alle diese Möglichkeiten sind vorgesehen. In einem Formblatt der Magistratsabteilung 53 braucht man das Entsprechende nur abzuhaken. Aber alle diese Möglichkeiten wurden im gegenständlichen Fall nicht genutzt.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Oblasser: Ich glaube, daß die eben erhobenen Vorwürfe keinesfalls zutreffen, und möchte anhand von ein paar kurzen Beispielen belegen, daß die Bevölkerung sehr wohl von Anbeginn an in das Planungsgeschehen in diesem Bereich des 11. Bezirkes einbezogen war. Abgesehen davon, daß im „Amtsblatt der Stadt Wien“, im „Amtsblatt der Wiener Zeitung“ und in der „Rathaus-Korrespondenz“ — wie schon angeführt — darüber berichtet wurde, hat es Veröffentlichungen in der „Wiener Wirtschaft“ und auch im „Kurier“ gegeben. Im Bezirk selbst wurden im Zuge der Diskussionen um den Bezirksentwicklungsplan zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, bei denen auch die Bürger dieses Bezirktiles die Möglichkeit hatten, ihre Meinung kundzutun. Außerdem wurden bei der öffentlichen Auflage 16 Personen tätig. Sie gaben ihre Meinung ab. Es waren echt Betroffene,

die gemeint haben, eine Stellungnahme abgeben zu müssen. Im wesentlichen wurde auf die Einwände eingegangen. In einigen Punkten wurden sie zur Kenntnis genommen und in die Planänderung einbezogen.

Weiters möchte ich hinzufügen — wenn man von dieser Basisdemokratie einmal absieht —, daß auch der Fachbeirat einhellig diesem Konzept zugestimmt hat, des weiteren der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung und der Stadtsenat. Nicht zuletzt möchte ich sagen, daß die Bezirksvertretung, auch mit der Stimme des Herrn Bezirksrates Zeihsel von der FPÖ, einhellig zugestimmt hat.

Ich glaube also, daß alle Möglichkeiten der Demokratie ausgeschöpft wurden, und ersuche Sie daher, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 50 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Erhöhung des Jahresentgeltes für die ständige Berichterstattung der Austria-Wochenschau GesmbH über kommunale Ereignisse in Wien.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Lustig, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Lustig: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Mit Genehmigung des Gemeinderates vom 11. Dezember 1975 hat der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien mit der Austria-Wochenschau einen Vertrag abgeschlossen, der die ständige Berichterstattung der Austria-Wochenschau über kommunale Ereignisse in Wien vorsieht.

Das Entgelt für 1978 wurde ebenfalls mit Genehmigung des Gemeinderates am 17. März 1978 mit 4,2 Millionen Schilling festgelegt.

Die Austria-Wochenschau hat nun wegen der allgemeinen Kostensteigerung beim Filmmaterial, bei den Kopierarbeiten und bei den Personalausgaben um eine Erhöhung dieses Entgeltes für 1979 auf 4,4 Millionen Schilling ersucht.

Es wird daher der Antrag gestellt:

„Die Erhöhung des Jahresentgeltes für die ständige Berichterstattung der Austria-Wochenschau GesmbH über kommunale Ereignisse in Wien, entsprechend dem Vertrag des Presse- und Informationsdienstes mit der Austria-Wochenschau GesmbH von 4.200.000 Schilling auf 4.400.000 Schilling wird genehmigt. Die Bedeckung ist auf AR. 215.42 vorzunehmen und auch in den Voranschlägen der Folgejahre vorzusehen.“

Ich bitte Sie um Genehmigung dieses Antrages.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Worum es im vorliegenden Akt geht, hat der Herr Berichterstatter korrekt dargestellt. Ich nehme an, daß ich bei Ihnen allgemein auf Zustimmung stoße, wenn ich sage, daß der weit überwiegende Teil, wahrscheinlich 99,9 Prozent der Zuseher der Austria-Wochenschau, annehmen, daß die vorgesetzten Berichte Ergebnis, Produkt eines freien und unabhängigen Journalismus sind, wie wir ihn eben in westlichen Demokratien vorfinden. Der Wochenschau-Konsument, wenn ich das so ausdrücken darf, wird daher annehmen, daß der jeweilige Beitrag, den er konsumiert, den er aufnimmt, nach den Kriterien Informationswert, Objektivität und Ausgewogenheit erstellt wurde. Tatsächlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden die Beiträge jedoch nach ganz anderen Gesichtspunkten erstellt, und zur Erhellung dieser Gesichtspunkte möchte ich Ihnen einige Sätze aus dem vom Herrn Berichterstatter bereits zitierten Vertrag zwischen der Stadt Wien und der Austria-Wochenschau zur Kenntnis bringen.

Es heißt hier im § 1 dieses Vertrages: „Die Austria-Wochenschau GesmbH verpflichtet sich, in der Austria-Wochenschau Bildberichte über Geschehen aus dem Wiener Bereich, insbesondere aus der kommunalen Arbeit zu bringen, wobei“ — das bitte ich jetzt gedanklich unterstreichen zu dürfen — „die Auswahl der Themen der Stadt Wien zu steht.“ So weit der erste Satz des § 1.

Im § 2 heißt es dann, und ich zitiere wieder wörtlich: „Die jährliche Dokumentation hat mindestens 2.000 Meter zu betragen. Auf die vereinbarte Gesamtmtrage sind lediglich jene Bildberichte anzurechnen, welche über Auftrag oder im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 53 hergestellt werden.“ Im § 3 heißt es dann: „Die erforderlichen Aufträge erteilt namens der Stadt Wien die Magistratsabteilung 53.“

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellen wir Freiheitlichen uns jedenfalls Information, freie Berichterstattung und unabhängigen Journalismus nicht vor. Wir stellen uns es nicht so vor, daß eine Propagandaabteilung vorschreibt, worüber und in welcher Länge zu berichten ist.

Als erschwerend kommt unseres Erachtens hinzu, daß dann das, was dem Publikum vorgesetzt wird, nicht als p. r.-Beitrag gekennzeichnet ist, sondern als freie Information, als Ausfluß freier und unabhängiger Berichterstattung hingestellt wird. Wenn Beiträge unter den von mir skizzierten Umständen zustandekommen, handelt es sich jedoch ganz eindeutig um p. r.-Beiträge und um nichts anderes, und die müssen unserer Meinung nach, wenn man so etwas macht, entsprechend gekennzeichnet werden, damit sie der Seher oder Leser bezüglich ihres Informationswertes, ihrer Ausgewogenheit und ihrer Objektivität richtig einordnen kann.

Mit dieser unserer Forderung nach klarer Kennzeichnung von p. r.-Beiträgen oder auch Kommentaren befinden wir uns durchaus in guter Gesell-

schaft, nämlich in der Gesellschaft der Sozialistischen Partei, die genau dasselbe in ihren Medienkonzepten fordert. Nur: Zwischen der Praxis und der Theorie ist halt allemal noch immer ein großer Unterschied, zumindest bei der einen oder anderen Partei.

Das heißt, im konkreten Fall müßten Sie, wenn Sie korrekt nach dem vorgehen wollten, was Sie selbst in Grundsatzpapieren fordern, über einen solchen Beitrag der Austria-Wochenschau schreiben oder durch einen Sprecher sagen lassen: Sie sehen nunmehr einen Teil jener Belangsendungen, die wir jährlich mit 4,4 Millionen Schilling aus Steuermitteln erstellen, eine Belangsendung der Stadt Wien oder der Magistratsabteilung 53.

Eine Berichterstattung in der Form, daß eine Propagandaabteilung oder wie immer Sie das bezeichnen wollen, daß irgendeine Stelle vorschreibt, Aufträge erteilt, worüber zu berichten ist, ohne zu sagen, daß es sich hier um eine Auftragsberichterstattung handelt, um ein Inserat schlechthin, ist etwas weiter östlich und auch in anderen totalitären Systemen üblich, bei uns in der westlichen Demokratie aber nicht.

Wir Freiheitlichen lehnen eine derartige Berichterstattung, eine derartige p. r.-Arbeit unter dem Deckmantel einer freien, unabhängigen Information ab und können daher dem gestellten Antrag unsere Zustimmung nicht erteilen.

Vorsitzende GR. **Maria Szöllösi:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. **Lustig:** Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen des Herrn GR. Bauer darf ich sagen, daß die Austria-Wochenschau selbstverständlich eine Informationsverpflichtung hat, daß die Gemeinde Wien aber durch die Bekanntgabe der Veranstaltungen und Themen auf den Inhalt und auf die Gestaltung der Berichterstattung keinen Einfluß nimmt. Das heißt, der Austria-Wochenschau wird mitgeteilt, wann und wo etwas im Rahmen der Stadt Wien stattfindet, und freie Journalisten, Angestellte der Austria-Wochenschau, nehmen diese Beiträge auf; sie liegen auch in der freien Verantwortung der dort beschäftigten Journalisten. Das kann man nicht als Beeinflussung bezeichnen, Herr GR. Bauer, wie Sie das hier ausgedrückt haben. In Wirklichkeit ist es so, daß sowohl die Republik Österreich, das Bundeskanzleramt, als auch die Gemeinde Wien und vielleicht auch einige andere Länder oder Stellen Geldmittel an die Austria-Wochenschau geben, weil sie vermutlich durch den Verleih nicht jene Beträge hereinbringt, die aufgebracht werden müssen, um die Berichterstattung, die notwendig ist, durchzuführen.

Ich darf auch, was den § 2 betrifft, sagen, daß es wesentlich mehr Berichte aus Wien gibt, als hier in diesem Paragraph an Filmmetrage angeführt ist.

Ich bitte Sie daher nochmals, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Vorsitzende GR. **Maria Szöllösi:** Wir kommen nun zur ... (GR. Dkfm. Bauer: Ich bitte um das

Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung!) Bitte, ich erteile es ihnen.

GR. Dkfm. **Bauer:** Herr Berichterstatter, Sie haben Ihren eigenen Antrag bzw. den im Anhang angehefteten Vertrag nicht ordnungsgemäß gelesen. Dort stellt sich nämlich die Situation völlig klar und eindeutig so dar, wie ich sie Ihnen hier zur Kenntnis gebracht habe. Es heißt im § 2: „Die jährliche Dokumentation hat mindestens 2.000 Meter zu betragen.“ So weit, so gut, aber auf den Satz jetzt kommt es an: „Auf die vereinbarte Gesamtmtrage sind lediglich jene Bildberichte anzurechnen, welche über Auftrag oder im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 53 hergestellt werden.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn das nicht klar und eindeutig ist, daß nur das als Vertragserfüllung gilt, was seitens der Magistratsabteilung 53 in Auftrag gegeben worden ist! Viel deutlicher geht es doch nicht mehr.

Vorsitzende GR. **Maria Szöllösi:** Es hat sich noch Herr Stadtrat Schieder zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat **Schieder:** Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Es steht mir nicht zu, darüber zu urteilen, was ein Redner als tatsächliche Berichtigung anmeldet. Sicherlich ist eine tatsächliche Berichtigung nicht die Richtigstellung von Tatsachen, selbst wenn sie stimmten. Wenn ich hier sage, es ist jetzt 15 Uhr, können Sie sich nicht zu einer tatsächlichen Berichtigung melden, daß es erst 4 auf 2 sei, sondern die tatsächliche Berichtigung muß sich auf Ihre Äußerungen beziehen. (GR. Dkfm. Bauer: Überlassen Sie das dem Vorsitz! Ich brauche keine Belehrungen von Ihnen!) Herr Gemeinderat, ich habe hier als Redner ein Recht, ich habe das Recht, darüber zuspochen, was Sie meinen, und ich habe auch ein Recht zu sagen, daß Sie als tatsächliche Berichtigung Dinge bringen, die nicht einmal Tatsachen sind, geschweige denn Berichtigungen.

Wenn Sie sagen, daß die Herstellung und Verantwortlichkeit für eine gewisse Länge einen Einfluß inhaltlicher Natur darstellt, dann stimmt das schlicht und einfach nicht. Wie ist es? In der Austria-Wochenschau werden rechtzeitig ein Thema und der Umfang festgelegt, also die Mtrage, die Filmmeter, die für dieses Thema nicht verkurbelt, sondern bei der Herstellung der Wochenschau verwendet werden. Dann geht die Aufgabe an den, der die Regie führt, an den, der die Kamera fährt, an den, der den Text dazu macht, an den, der es schneidet, und an den, der den Text letztlich spricht. Eine Verantwortung liegt noch bei der Austria-Wochenschau, die Verantwortlichkeit für das Gesamte, wie sie durch das Pressegesetz normiert ist.

Die journalistische Freiheit besteht in der Art und Weise der Regieausübung, in der Art und Weise der Kameraführung, in der Art und Weise des Schnitts und in der Art und Weise der Herstellung des Manuskripts, in der Verkoppelung derselben und in der tatsächlich gesprochenen Begleitrede zum gedrehten Film. Das sind die journalistischen Tätigkeiten.

In all diese journalistischen Tätigkeiten greift die Stadt Wien nicht ein. Die Stadt Wien greift ein in die Tätigkeiten, die quasi Herausgeber Tätigkeiten sind, daß nämlich festgelegt wird, welches Thema mit welcher Länge hier gebracht wird. Diese Beteiligung an der Austria-Wochenschau sichert uns gewissermaßen Teile der Herausgeberrechte zu, nämlich dort, wo die Herausgeber Umfang und Generalthema eines Beitrages bestimmen. Die journalistische Praxis und Freiheit, nämlich mit Bildschnitt, Begleitmusik, Wort und Tonfall zu gestalten, exakt zu gestalten im einzelnen Beitrag, diese journalistische Freiheit bleibt unbenommen. Es dreht weder die PID noch spricht er noch schneidet er noch bläst er die Musik zu den Beiträgen. Er zensuriert sie nicht einmal. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. **Maria Szöllösi:** Ich danke.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es gelangt nunmehr Post 51 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die 1. Subventionsliste 1979.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsführenden Stadtrat Mayr, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat **Hans Mayr:** Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es liegt die 1. Subventionsliste für das Jahr 1979 zur Beschlußfassung vor. Sie enthält Subventionen im Gesamtbetrag von 13.684.125 Schilling, und ich darf sie Ihnen im einzelnen zur Kenntnis bringen. Es sind vorgesehen:

für das Ludwig Boltzmann-Institut für Rheumatologie und Balneologie 1.900.000 Schilling,

für den Verein „Jugend am Werk“ 1.795.125 Schilling,

für das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung 829.000 Schilling,

für die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien 1.500.000 Schilling zur Durchführung einer Gewerbeausstellung auf der Wiener Messe,

für das Wirtschaftsförderungsinstitut Wien der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien 300.000 Schilling,

für den Wiener Landes-Feuerwehrverband 200.000 Schilling,

für den Verein „Kriseninterventionszentrum“ 80.000 Schilling,

für die Privaten Wohlfahrtsorganisationen, die unter dem Titel Wiener Sozialwerk zusammengefaßt sind, 1.030.000 Schilling,

für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung 2.900.000 Schilling und

für den Wiener Zuwandererfonds 3.150.000 Schilling.

Ich darf, wie schon einige Male, dem Wiener Gemeinderat gerade bei dem letzten Punkt, dem Wiener Zuwandererfonds, berichten, daß wir hier bei einer Vervielfachung der Unterbringungsmöglichkeiten für Zuwanderer — wir werden im heurigen Jahr 3.500 Unterbringungsmöglichkeiten haben — eine Drittelung der Subvention in den letzten Jahren erreicht haben, das heißt mit einer nur ein Drittel so hohen Subvention haben wir die Unterbringungsmöglichkeiten vervielfacht, ohne die Kosten für den Wohnplatz- oder Schlafplatzsuchenden zu erhöhen — eine Tatsache, die, wie ich glaube, auch einmal vermerkt werden soll.

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Anträgen auf Subventionen Ihre Zustimmung zu erteilen.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es liegt heute der Antrag vor, einer ganzen Reihe von Vereinigungen und Einrichtungen Subventionen bzw. auch Beiträge in doch nicht unbeträchtlicher Höhe zu gewähren, insgesamt in dieser Post 13.684.125 Schilling. Davon sollen 4.800.000 Schilling sogenannten außeruniversitären Forschungseinrichtungen gewidmet sein.

Um ein Mißverständnis von vornherein auszuschließen, möchte ich gleich zu Beginn festhalten, daß hier keineswegs einer dieser Vereine oder eine dieser Institutionen von mir kritisiert werden soll, sondern ich will hier nur ein paar grundsätzliche Anmerkungen zur Vergabepraxis bzw. zur aktuellen finanziellen Situation dieser außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die ihren Sitz in Wien haben, machen.

Wie Sie alle wissen, verfügt Wien über sehr bedeutende Forschungsstätten außerhalb der Universität. Diese Forschungsstätten wurden gegründet, weil sich einerseits im Laufe der Zeit herausgestellt hat, daß die Hochschulen allein nicht allen Bedürfnissen der naturwissenschaftlichen Forschung genügen konnten, und andererseits immer dringlicher der Wunsch bzw. die Forderung nach Schaffung von Forschungsinstituten für spezielle, nicht selten auch in Beziehung zu praktischen Problemen stehenden Aufgaben entstanden war.

Vor allem aber auch das Mißverhältnis, in das die österreichische Forschung, bedingt durch die politischen Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegsjahre, gegenüber der Forschung im Ausland geraten war, blieb einer ganzen Reihe von maßgeblichen Politikern, von maßgeblichen Politikern auch der Bundeshauptstadt Wien, nicht verborgen. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und der Stadt Wien setzte in immer zunehmenderem Maße auch eine intensive Förderung der Wissenschaft ein, was dazu führte, daß die österreichische Forschung mit einigen Forschungsschwerpunkten in Wien heute in manchen Bereichen im Spitzenfeld der internationalen Forschung liegt. Das war und ist natürlich nur möglich, wenn die öffentliche

Hand, wenn Bund, Länder und Gemeinden die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Außerdem sollte nicht übersehen werden, daß es diese Forschung ist, im speziellen die Grundlagenforschung, wie sie zum Beispiel in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften betrieben wird, die den technologischen Vorsprung und damit letztlich die wirtschaftliche Unabhängigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs sichert.

Daher ist es nur zu begrüßen, wenn Wien hier nicht zurücksteht, sondern mit den anderen Geldgebern, unabhängig von kleinlichen parteipolitischen Erwägungen, diese Forschung fördert.

Und so sollen heute unter Post 51 Punkt 1 dem Ludwig Boltzmann-Institut für Rheumatologie 1.900.000 Schilling zur Verfügung gestellt und dem Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung unter Punkt 8 2.900.000 Schilling gegeben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Dabei fällt auf, daß die vielleicht bedeutendste österreichische Forschungsinstitution mit ihrem Sitz in Wien, nämlich die Österreichische Akademie der Wissenschaften, wie gesagt, vermutlich die wichtigste außeruniversitäre Forschungsgesellschaft Österreichs, hier nicht zu finden ist. Das ist wahrscheinlich ein Zufall, denn wie Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, sicher auch wissen, handelt es sich bei dieser Institution um eine der wenigen nicht parteipolitisch eingefärbten Gesellschaften. Aber verglichen mit dem heute zur Verfügung gestellten Betrag für das Ludwig Boltzmann-Institut oder verglichen mit dem Betrag von vorläufig 2.900.000 Schilling für das Institut für höhere Studien nimmt sich die Förderung der Akademie durch die Stadt Wien recht bescheiden aus. Sie betrug zuletzt 700.000 Schilling, wobei 130.000 Schilling von der Gemeinde schon zweckgebunden vergeben wurden.

Vergleiche ich nun diesen Betrag mit den heute zur Verfügung gestellten Millionenbeträgen, so wirft sich die Frage auf, worin die unterschiedliche Förderung der ähnlich gelagerten Forschungsinstitution begründet ist. Vielleicht kann der Herr Stadtrat darüber Auskunft geben.

Diese Frage interessiert mich auch deswegen ganz besonders, da ich als gewählter Betriebsrat in der Akademie der Wissenschaften mit ihren 216 wissenschaftlichen Angestellten, 81 sonstigen Angestellten, 58 Beamten und 423 freien wissenschaftlichen Mitarbeitern um die außerordentlich angespannte finanzielle Situation der außeruniversitären Forschungseinrichtungen Bescheid weiß.

Trotzdem: Wo liegt bitte hier der Unterschied? Denn die Personalkosten oder die angespannte Situation auf dem Personalsektor allein können es doch nicht sein. Vor allem dann, wenn man Personalkosten und besondere personelle Gegebenheiten oder besondere personelle Beziehungen oder besondere personelle Naheverhältnisse, wie immer man das auch nennen mag, hier sehr genau trennt und nur sachbezogen entscheiden will, müssen die

Personalkosten, wie ich meine, überall gleich gestiegen sein, und dann müßten eigentlich ähnlich gelagerte Forschungsinstitutionen auch gleich behandelt werden, zumindest theoretisch.

Aber ich kann mir im gegebenen Fall kein richtiges Bild über diesen Akt machen, da einige sehr wichtige Unterlagen nicht zur Verfügung standen.

Zwar bezieht sich der Direktor des Instituts für höhere Studien, Herr Dkfm. Dr. Schwödiauer, in seinem Subventionsansuchen an Herrn Stadtrat Mayr ausdrücklich auf einen dem Ansuchen beiliegenden Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1977/78 inklusive Prüfbericht sowie auf ein Budget für 1978/79. Aber zu meinem allergrößten Bedauern konnte ich diese Beilagen, die sehr wichtig sind, im Akt nicht finden.

Ich bitte daher um eine Verschiebung der Abstimmung bzw. um eine Verschiebung der weiteren Behandlung der Post 51.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Hans Mayr: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe dem Beginn der Ausführungen des Herrn Gemeinderates sehr aufmerksam gelauscht und mich der Hoffnung hingegeben, daß hier eine Änderung in der grundsätzlichen Einstellung der Fraktion der FPÖ zu Subventionsanträgen Platz gegriffen hat. Ich war eigentlich ein wenig enttäuscht, daß das Gesamtergebnis dieser Aussage dann war: Die anderen haben zu viel, ich möchte mehr. Ich glaube, daß das keine Diskussionsbasis ist.

Ich bin also gerne bereit, Ihnen, Herr Gemeinderat, diese Unterlagen, den Rechnungsabschluß zur Verfügung zu stellen. Und ich glaube, daß neben der Notwendigkeit, für ein wissenschaftliches Forschungsinstitut Geld zu bekommen, ja auch bitte einzusehen ist: Wer ist denn aller der Förderer dieses Forschungsinstitutes, und welche Verpflichtung hat man bei der Begründung eines solchen Institutes übernommen?

Und da gibt es eben verschiedenartige Gewichtungen der Verpflichtung: Ein Institut fällt mehr dem Gesamtstaat als Förderer und Erhalter zu und ein anderes Institut mehr dem betreffenden Bundesland oder der Stadtgemeinde, wo es seinen Sitz hat. Darin ist weder etwas Aufregendes noch etwas Besonderes zu sehen, sondern das gehört zu einer vernünftigen Arbeitsteilung, auch auf dem Gebiet der Förderungsmaßnahmen.

Wir haben alle diese Ansuchen sehr sorgfältig geprüft, und unsere Feststellungen gehen immer wieder in die gleiche Richtung: Wir geben jene Beträge, die zwingend notwendig sind, um den Betrieb eines solchen Institutes oder Vereines, wie zum Beispiel auch „Jugend am Werk“, aufrechtzuerhalten.

Wir geben keinesfalls so, daß irgendwo — und ich glaube, das wäre auch nicht zu verantworten —

in einem Institut Reserven mit Subventionsgeldern der öffentlichen Hand aufgebaut werden.

Das ist auch manches Mal von den subventionierten Vereinigungen nicht recht einzusehen, weil sie mit Recht argumentieren, wir würden uns leichter tun, wenn wir gewisse Reserven hätten. Nur glaube ich, es zwingt uns ganz einfach der Grundsatz einer Sparsamkeit der Verwaltung, nicht mehr zu geben.

Ich glaube daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen mit wirklicher Überzeugung aus der Kenntnis der zu subventionierenden Institutionen und Vereine die Bitte vorlegen zu dürfen: Stimmen Sie diesen Subventionen zu, geben Sie mit dieser Zustimmung zu dem Antrag diesen Institutionen die Möglichkeit, weiterzuarbeiten und ihre Aufgaben zu erfüllen.

Ich bin nicht in der Lage, heute detailmäßig Auskunft zu geben über die Akademie der Wissenschaften. Das wird dann geschehen und dann möglich sein, wenn dieser Tagesordnungspunkt zur Diskussion steht.

Ich bitte nur noch einmal, den Standpunkt „Die anderen haben zu viel, wir selber haben zu wenig“ nicht zu akzeptieren, den Antrag des Herrn Debatteredners abzulehnen und dem von mir gestellten Antrag zuzustimmen.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich darf nach § 25 vorgehen, in dem es heißt: „Anträge auf Vertagung der Verhandlung über ein Geschäftsstück sind sofort, jedoch nach Anhörung des Berichterstatters, ohne Debatte zur Abstimmung zu bringen.“

Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es gelangt nunmehr Post 53 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Ankauf von Schuldverschreibungen städtischer Anleihen sowie sonstiger festverzinslicher Wertpapiere.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Busta, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Busta: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich stelle den Antrag, den Ankauf von Schuldverschreibungen städtischer Anleihen sowie sonstiger festverzinslicher Wertpapiere durch den Magistrat bis zur Höhe der im Voranschlag für den Ankauf von Wertpapieren vorgesehenen Mittel zu genehmigen.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Hirnschall. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Hirnschall: Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, wie auch bei früheren Budget-

beratungen, im Dezember zu diesem Budgetansatz, Wertpapiere im Betrag von 200 Millionen Schilling in diesem Budgetjahr seitens der Stadt Wien anzukaufen, einen Abänderungsantrag eingebracht, der auf Streichung dieses Budgetansatzes hinausgelaufen ist, wobei wir alternative Vorschläge entwickelt haben, wofür dieser freibleibende Betrag dann verwendet werden sollte.

Es wird uns bei der Diskussion über diesen Streichungsantrag von Beträgen für den Ankauf von Wertpapieren und Wertgegenständen immer wieder entgegengehalten, daß es eine Verpflichtung des Finanzreferates der Stadt sei, hier zur Kurspflege der eigenen Anleihen und Wertpapiere entsprechend beizutragen. Wir könnten uns demgegenüber vorstellen, daß diese Aufgabe durch die nahestehenden Kreditinstitute in ausreichendem Maße wahrgenommen werden könnte, allenfalls auch durch die Städtische Versicherung, die ja auch immer wieder Wertpapiere ankauft.

Wir werden daher in konsequenter Fortsetzung unseres Standpunktes, den wir, wie gesagt, schon während der Budgetdebatte des öfteren dargelegt haben, auch heute hier im Haus diesem Antrag unsere Zustimmung versagen.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dkfm. Dr. Wöber zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Dr. Wöber: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat im Rahmen der Budgetdebatte eine Reihe von Alternativen vorgelegt. Drei Anträge, die sich konkret mit den Wohnungsfragen in Wien befaßten, sahen zur Bedeckung dieser Post den Ankauf von Wertpapieren vor.

Wir haben in der Budgetdebatte vorgeschlagen, daß ein Fonds zur Wohnhauserhaltung, zur besseren als bisher geplant wird, geschaffen wird, wir haben weiters die Budgetpost für die Erhaltung der Altgemeindebauten höher dotiert sehen wollen und gleichzeitig auch die Position für den Fall, daß seitens der Baupolizei für Althäuser Auflagen kommen, die Mittel für die Herstellung dieser baulichen Maßnahmen erhöht werden sollen.

Gerade diese Renovierungen und die Frage des Haus- und Wohnbestandes sind für die Betroffenen von sehr großer Bedeutung, da es doch um das Dach über dem Kopf geht.

Die Position Wertpapiere hat sicher auch die Aufgabe einer gewissen Kurspflege. Man muß sich doch im klaren sein, daß gerade in der gegenwärtigen Phase die Stadt Wien keineswegs 200 Millionen Schilling für die Kurspflege von Altanleihen benötigen wird.

Da die Zinssätze für die Neuemissionen zurückgehen, steigen die Kurswerte der alten Anleihen zum Teil über den Wert, mit dem sie einmal zurückgezahlt werden. Das ist das eine.

Des weiteren wissen Sie genau, meine Damen und Herren, daß mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz die Firmen gezwungen sind, obwohl sie für die Abfertigungen eine geringere Rücklage bilden

können, doch die Wertpapierdeckung für diese Rücklagen zu erhöhen, da die Übergangsbestimmungen dieses 2. Abgabenänderungsgesetzes vorsehen, daß nicht mehr 25 Prozent der Rücklage, sondern 25 Prozent der Ansprüche gedeckt sein müssen.

Des weiteren gibt es eine Einkommensteuernovelle, die im Dezember im Parlament beschlossen wurde. In dieser ist vorgesehen eine neue Wertpapierregelung für die Angehörigen der freien Berufe. Auch aus diesem Grund wird in Zukunft mit mehr Wertpapierkäufen auf dem Kapitalmarkt zu rechnen sein.

Ein Blick auf die entsprechende Position zeigt, daß im Jahre 1977 diese 200 Millionen Schilling nur mit 45 Millionen Schilling ausgeschöpft worden waren. Es ist sowohl von der jetzigen Wirtschaftslage, von der Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt her und auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit nicht notwendig, hier 200 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Besser angelegt wäre dieses Geld zur Hebung der Wohn- und Lebensqualität in der Stadt als echter Beitrag zur Stadterneuerung. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben bei der Budgetdebatte dies ausführlich dargelegt und auch darauf hingewiesen, daß die Investitionsquote in den Budgets und auch in den Budgetvorschauen von Jahr zu Jahr bedauerlicherweise empfindlich sinkt. Diese Wertpapierkäufe werden nach der Investitionsrechnung und Darstellung des Budgets — wie sie Herr Stadtrat Mayr hier pflegt — ebenfalls als Investitionen ausgewiesen werden.

Wir von der Österreichischen Volkspartei sind aber der Meinung, daß die Investitionen, die wir Ihnen mit unseren Anträgen vorgeschlagen haben, die besseren sind. Wir ersuchen Sie: Überdenken Sie das nochmals, hier einen echten Beitrag für die Wiener und deren Wohnqualität zu leisten, und eine Aufgabe, die sich gegenwärtig erübrigt, nämlich auf dem Geld- und Kapitalmarkt hier einzugreifen, lieber den Kreditinstituten zu überlassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Busta: Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Dieser Antrag ist nichts Neues. In vergangenen Jahren haben wir ja ebenfalls Obligationen der eigenen Anleihen für Tilgungszwecke zurückgekauft sowie sonstige festverzinsliche Wertpapiere für Veranlagungszwecke angekauft. Allerdings jedesmal — und das soll ja auch für diesen Ankauf jetzt gelten —, soweit es nach der jeweiligen Marktlage zu günstigen Bedingungen erfolgen kann.

Ich bin beiden Diskussionsrednern sehr dankbar, daß sie in ihren Ausführungen darauf hingewiesen haben, daß sie den Standpunkt ihrer Fraktion nochmals bestätigen, den sie anlässlich der Budgetberatungen hier zum Ausdruck brachten.

Dadurch wissen alle Damen und Herren des Hauses hier, daß wir uns mit diesen Problemen

und mit diesen Argumenten schon anlässlich der Budgetdebatte vor kurzer Zeit auseinandersetzen mußten, aber letztlich dann doch mit Mehrheit zu dem Beschluß des Gemeinderates gekommen sind, auf der Ausgabenrubrik 311, bewegliches Vermögen, Post 55, 200 Millionen Schilling für diesen Ankauf von Wertpapieren und Wertgegenständen hier im Wiener Gemeinderat zu beschließen.

Nachdem dieser Beschluß bei der Budgetdebatte gefaßt wurde, ist nun klar, daß die Magistratsabteilung 5 auch den entsprechenden Antrag stellen muß, damit diese Position, die im Budget enthalten ist, tatsächlich zur Anwendung kommen kann.

Ich bitte daher, den Antrag anzunehmen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist somit angenommen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, daß die von den GRen. StR. Dr. Goller, Fürst und Professor Zörner eingebrachte an den Herrn Bürgermeister gerichtete Anfrage, betreffend Umbildung des Stadtsenates durch Ressortveränderungen und neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien, vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet.

Gemäß § 35 Abs. 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Anfrage zu erfolgen.

Ich bitte daher den Herrn Schriftführer um Verlesung dieser Anfrage.

Schriftführer GR. Prochaska: Dringliche Anfrage der ÖVP-GRen. Stadtrat Dr. Günther Goller, Anton Fürst und Professor Rudolf Zörner an den Herrn Bürgermeister, betreffend Umbildung des Stadtsenates durch Ressortveränderungen und neue Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien.

Seit der Wiener Gemeinderatswahl am 8. Oktober vorigen Jahres ist die vom Herrn Bürgermeister angekündigte personelle Umbildung des Wiener Stadtsenates und eine bevorstehende Änderung der Ressort- und Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien Ursache von Spekulationen in der Öffentlichkeit und in den Massenmedien.

Schon anlässlich der Konstituierung des Gemeinderates am 13. November 1978 hat die ÖVP davor gewarnt, daß die Arbeitsfähigkeit der Wiener Stadtverwaltung durch eine Art provisorischer politischer Ressortführung gelähmt wird. Wichtige Entscheidungen für das Jahr 1979, aber auch wesentliche Grundsatzbeschlüsse über Vorhaben dieser fünfjährigen Funktionsperiode wurden noch nicht getroffen, sondern weiter aufgeschoben.

Obwohl der Herr Bürgermeister seit dem Wahltag immer wieder in der Öffentlichkeit die derzeitige Ressortverteilung und Geschäftseinteilung

in Frage stellt, ist er bisher dem Gemeinderat als dem einzigen dafür zuständigen Gremium eine Information über seine diesbezüglichen Vorstellungen schuldig geblieben.

Da die bereits seit Monaten andauernde Ungeklärtheit über Ressortveränderungen und eine neue Geschäftseinteilung zu einer förmlichen Stagnation der Verwaltungstätigkeit, zu einer wesentlichen Verzögerung wichtiger Beschlüsse im Interesse Wiens und seiner Bevölkerung geführt hat, stellen die gefertigten ÖVP-Gemeinderäte an den Herrn Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien gemäß § 35 Abs. 1 und 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien die dringliche Anfrage:

1. Sind Sie der Meinung, daß die derzeitigen amtsführenden Stadträte ihre ressortmäßigen Aufgaben zufriedenstellend erfüllen bzw. erfüllt haben?

Wenn nein, in welchen Bereichen halten Sie eine Verbesserung der Stadtverwaltung für notwendig?

Wenn ja, wieso beabsichtigen Sie die Umbildung des Wiener Stadtsenates?

2. Welche Vorstellungen haben Sie hinsichtlich einer neuen Ressortverteilung, und warum haben Sie diese nicht schon bei der zweiten Umbildung im September 1976 verwirklicht?

3. Welche Vorstellungen haben Sie hinsichtlich einer neuen Geschäftseinteilung?

4. Sind Sie bereit, ressortmäßige Agenden selbst zu übernehmen?

5. Sind Sie nicht auch der Meinung, daß es im Interesse einer effizienteren, kreativen und kontinuierlichen Verwaltungs- und Dienstleistungstätigkeit durch die Stadt Wien notwendig wäre, dem Gemeinderat eine langfristige, den gestellten Anforderungen gerecht werdende Ressort- und Geschäftseinteilung zur Beschlußfassung vorzulegen — unabhängig von der personellen politischen Besetzung?

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Bei der nun folgenden Begründung und der anschließenden Debatte darf gemäß § 35 Abs. 8 der Geschäftsordnung kein Redner mehr als 20 Minuten sprechen.

Ich erteile nun Herrn GR. StR. Dr. Goller zur Begründung der Anfrage das Wort.

Stadtrat Dr. Goller: Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Einen Teil der Begründung haben Sie schon aus der Verlesung unseres schriftlichen Textes erfahren. Ich möchte dem einige wesentliche Merkmale hinzufügen.

Vielleicht ist es den jüngeren Semestern hier im Wiener Rathaus nicht bekannt, daß die Österreichische Volkspartei wiederholt im Sinne einer effizienteren und besseren Verwaltungs- und Dienstleistungstätigkeit durch die Stadt für ihre Bürger konstruktive Vorschläge für eine neue Ressortverteilung gemacht hat. Wir haben auch immer seit dem Jahre 1973 bei der Behandlung von Geschäftseinteilungen diese einer sehr objektiven Kritik unterzogen.

Ich glaube, daß es auch notwendig zu erwähnen ist, daß der Herr Bürgermeister, der nun mehr als fünf Jahre praktische Erfahrung mitbringt, wissen mußte und Erfahrungen und Tatsachen sammeln konnte, wo beim Magistrat Sand im Getriebe ist. Meines Erachtens hätte er schon längst dem Wiener Gemeinderat eine stabile Geschäftsgruppeneinteilung vorlegen können, damit eine gewisse Kontinuität der Verwaltung gesichert wird.

Bisher sind allerdings seine dreimaligen Versuche einer umfassenden Verwaltungsreform gescheitert bzw. in den Ansätzen steckengeblieben. Außerdem — so muß man aus den Gazetten und aus Ihren Mitteilungen in der Presse erfahren — gehen Sie nun augenscheinlich den umgekehrten Weg. Zuerst begibt sich der Herr Bürgermeister auf Suche nach ihm geeignet erscheinenden Persönlichkeiten für die Funktion eines amtsführenden Stadtrates — es ist dann kein Wunder, daß sich in der Öffentlichkeit das Personen- und Funktionskarussell immer schneller zu drehen beginnt —, und erst hernach werden sozusagen die Ressorts auf die Person zugeschnitten, maßgeschneidert, aber der Anzug paßt dann meistens nicht.

Ich meine, daß man zuerst ganz klare Vorstellungen über die Erfordernisse unserer Stadt hinsichtlich der Geschäftsgruppeneinteilung haben und sie nicht sozusagen zückerweise, wie das schon geschehen ist — zum Beispiel aus Anlaß des Reichsbrückeneinsturzes —, unzulänglich adaptieren soll, um erst hernach nach geeigneten Stadträten auszuschaun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Wahl vom 8. Oktober dauert nun dieses Interregnum schon sehr lange zum Nachteil unserer Stadt und ihrer Bürger. Die vom Bürgermeister verordnete SPÖ-interne Denkphase löste — das kann man leicht nachweisen — eine Arbeitspause im Wiener Rathaus aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Ich glaube, daß der Wiener Gemeinderat, der das letzte zuständige Gremium für die Beschlußfassung der Geschäftseinteilung und für die Bestimmung der Verwaltungsgruppen ist, das Recht auf eine ausführliche Information hat, von welchen Vorstellungen der Herr Bürgermeister sich diesmal hinsichtlich einer neuen Ressortaufteilung und Geschäftseinteilung leiten läßt. Diese neue Einteilung muß unserer Meinung nach vor Beschlußfassung im Gemeinderat ausführlich diskutiert werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dies der Herr Bürgermeister ablehnt oder daß er keinen Wert darauf legt, die Meinung des Gemeinderates in dieser Frage zu hören.

Wir erwarten daher vom Herrn Bürgermeister auf unsere dringliche Anfrage eine präzise, detaillierte Antwort, so daß wir im Wiener Gemeinderat, dem letzten entscheidenden Forum, ausführlich darüber diskutieren können. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer:** Für die Debatte über den Gegenstand ist Herr GR. StR. Dr. Goller zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Stadtrat Dr. **Goller:** Sehr verehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Lassen Sie mich in der Debatte über unsere dringliche Anfrage zuerst mit einer Feststellung beginnen. Die einzige spektakuläre Neubesetzung in der Hierarchie des Rathauses war bei der SPÖ genau 36 Tage nach der Wahl im Oktober nicht die Neubesetzung des Stadtsenates, sondern lediglich die Regelung, daß der ehemalige SPÖ-Klubobmann Suttner nur mit den Stimmen der SPÖ zum ersten Landtagspräsidenten der Bundeshauptstadt Wien gewählt wurde.

Nicht, daß Sie mich mißverstehen. Es ist Ihr legitimes Recht, diesbezügliche Vorschläge zu machen, aber es wirft doch ein bezeichnendes Licht auf die Rathaus-SPÖ unter Herrn Bürgermeister Gratz, daß der mit der Bauring-Affäre politisch untrennbar verwickelte SPÖ-Klubobmann Suttner sozusagen vom Klubobmann zum ersten Landtagspräsidenten von Wien befördert wird. Sonst geschah de facto nichts. Außer vielleicht, daß der Herr Bürgermeister — wie schon erwähnt — als Ihr Landesparteiobmann eine viermonatige Denkphase innerhalb der SPÖ ausrief.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch das ist Ihr gutes Recht. Es ist jedoch eine parteipolitisch interne Angelegenheit. Ob Sie das nun in Form einer Gewissenserforschung mit Schuldbekennnissen und dergleichen betreiben, das kann die SPÖ-Spitze in ihrer Organisation jederzeit und immer wieder durchexerzieren. Das ist Ihre Sache und nicht die unsere. Es sollte aber die Arbeit im Rathaus nicht tangieren.

Wohl aber haben wir als frei gewählte Vertreter der Wienerinnen und Wiener darauf zu achten, daß alles eingesetzt wird, damit die Arbeit für Wien und seine Bevölkerung nicht stagniert und die Arbeit im Rathaus effizienter und mit mehr Bürgernähe aufgenommen wird. Gerade das erwarten die Wähler nach dem Wahlentscheid vom 8. Oktober besonders. Sie von der SPÖ werden doch nicht behaupten wollen, daß es jetzt keine Probleme mehr gäbe und keine ungelösten Sachfragen. Denken Sie nur — um nur einige Beispiele anzuführen — an die fast täglichen Gasrohrgebrechen mit dem großen Sicherheitsrisiko; denken Sie an die ungelösten Verkehrsprobleme, an den gigantischen Nachholbedarf bei den städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen, an die Wohnungsprobleme und auch an die ungelösten Probleme, die die Grundstücksspekulationen herbeigeführt haben. Denken Sie schließlich und endlich an die vielen Millionen verschleuderten Steuergelder durch Planlosigkeit, schlechte Wirtschaft usw. Leider muß ich sagen: und so weiter.

Mit einer wohltönenden Regierungserklärung durch den Herrn Bürgermeister ist es nicht getan. Das Rathaus braucht auch ein arbeitsfähiges Team im Stadtsenat. Mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes, des Herrn amtsführenden Stadtrates Böck, der schon im Oktober in Pension gehen wollte und jetzt sozusagen „zwangsverpflichtet“ im Stadtsenat sitzt, weiß kein einziger SPÖ-Stadtrat sicher, ob er nicht in die politische Frührente gehen muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wähler hat schon vor Monaten entschieden, aber die Arbeit für Wien stagniert immer noch. Vor allem wegen der mangelnden Entscheidungsfreudigkeit bzw. der Ratlosigkeit — das ist eine Auslegungssache — des Herrn Bürgermeisters, der sich in seinen eigenen Reihen einfach nicht durchzusetzen vermag.

Die vom Wiener SPÖ-Parteiboss Gratz ausgerufenen viermonatigen Denkphase innerhalb der SPÖ führte, wie sich leicht beweisen läßt, zu einer regelrechten Arbeitspause im Rathaus und in der Verwaltung. Ich darf einige Beispiele erwähnen:

1. Groß angekündigt wurde im Zuge der sogenannten Verfassungsreform, die wir im März vergangenen Jahres — wenn ich mich recht entsinne — beschlossen haben, daß sofort nach der Konstituierung des neuen Gemeinderates die notwendigen Beschlüsse für die Übertragung von mehr Rechten an die Bezirke, also die von uns schon jahrelang geforderte Dezentralisierung, durchgeführt werde. Geschehen ist in dieser Richtung bisher nichts.

2. Was ist mit den Vorlagen und Verhandlungen zu den Durchführungsbestimmungen für die verfassungsmäßige Möglichkeit der direkten Demokratie? Es betrifft die Volksabstimmung, die Volksbefragung, das Volksbegehren. Auch dazu ist nichts geschehen, weil Sie in eine parteiinterne Denkphase eingetreten sind.

Wir von der Österreichischen Volkspartei werden dafür sorgen, daß in dieser Frage der mündige Bürger dieser Stadt sich durch Ihre Versprechungen und durch Ihre falschen Behauptungen in der Öffentlichkeit nicht gefrotzelt fühlen muß. (Beifall bei der ÖVP.)

3. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Verlauf der neuen Funktionsperiode hat die Österreichische Volkspartei bereits 24 Initiativ- und Beschlusanträge und 3 Initiativanträge im Landtag eingebracht. Von diesen 27 Anträgen der Österreichischen Volkspartei wurde entgegen den Bestimmungen der Verfassung und der dazu gehörenden Geschäftsordnung nur ein einziger erledigt. Alles andere ist unerledigt geblieben, weil Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, in parteiinterne Zores verwickelt sind. Mit dieser Mißachtung der Geschäftsordnung und der Verfassungsbestimmungen schränken Sie auch unzulässigerweise die Arbeit der frei gewählten Mandatäre ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr tun für Wien bleibt aber für uns von der Österreichischen Volkspartei trotzdem eine Selbstverständlichkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Daß durch dieses Interregnum, durch sozusagen provisorische amtsführende Stadträte auf Zeit, auch der Einsatz und die Verantwortungsbereitschaft der Rathausbeamten gelähmt sind, das pfeifen nicht nur die Spatzen vom Rathausdach, das sagen einem immer wieder die Beamten dieses Hauses ins Gesicht. Ich wäre fast versucht, Ihnen vorzuschlagen: Machen Sie eine geheime Befragungsaktion unter den Rathausbeamten. Sie würden staunen, wie tief der Pegel der Anerkennung für die SPÖ-Stadträte

und vor allem für den Herrn Bürgermeister gefallen ist, weil eben nichts weitergeht.

Wie sehr sich leider diese SPÖ-internen Querelen auch auf die Arbeit für Wien negativ auswirken, zeigt signifikant die heutige Tagesordnung des Gemeinderates. Ich kann es Ihnen nachweisen. Akte blieben monatelang liegen, so daß es zu verspätetem Baubeginn gekommen ist und weiter kommen wird, und das bei gar nicht so unwichtigen Vorhaben unserer Stadt.

Auch die amtsführenden SPÖ-Stadträte sind durch diese Denkphase augenscheinlich derart involviert, daß ihnen die notwendige Zeit und Arbeit im Sinne einer verantwortungsvollen Ressortführung fehlt. Nur zwei Beispiele aus der heutigen Gemeinderatssitzung:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! In der ersten Arbeitssitzung am 27. November vergangenen Jahres beschloß der Wiener Gemeinderat — und das zu Recht — den Schulneubau in der Basler Gasse im 23. Bezirk mit Kosten von rund 29 Millionen Schilling. Vier Tage später — wohlgemerkt: vier Tage — wird im zuständigen Ressort von der Frau amtsführenden Stadtrat VBgm. Sandner der Antrag gestellt, der heute zur Beschlußfassung gekommen ist, daß die Kosten um rund ein Viertel ... (VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner: Aber Bautenstadtrat bin ich nicht!) Aber der Antrag ist in Ihrem Ressort gestellt worden. Man sollte nur nicht die Verantwortung von einem Stadtrat auf den anderen Stadtrat abschieben. (VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner: Sie müßten sich informieren!) Halten Sie mich nicht auf. Meine Redezeit ist beschränkt. Das ist ein Trick von Ihnen, den kenne ich schon. (Heiterkeit.) Das dürfte also unter einer echt verantwortlichen politischen Ressortleitung einfach nicht passieren.

Ein zweites Beispiel aus dem Gemeinderat zeigt ebenfalls die Konzeptlosigkeit dieses SPÖ-Interregnum-Kabinetts deutlich auf. Am 14. Dezember vergangenen Jahres verteidigte der Herr amtsführende Stadtrat für Verkehr und Energie mit der ihm eigenen Überzeugungskraft seinen Wirtschaftsplan, also die notwendigen Mittel für die Vorhaben des heurigen Jahres. Wenige Tage später wirft er eine wichtige Disposition total um. Kurz erklärt: An Stelle der Erweiterungsarbeiten für die EDV-Zentrale der Stadtwerke, die im Wirtschaftsplan mit 1,7 Millionen Schilling ausgewiesen ist, hat er eine ganz andere Lösung vorgeschlagen — das wurde heute beschlossen —, die rund 30 Millionen Schilling kosten wird. (Amtsf. StR. Nekula: Sie waren ja nicht dabei!) Ich werde schon wieder aufgehalten. Ich war dabei, und Ihre Antwort war nicht zufriedenstellend.

Abgesehen von den Problemen des Koordinierungsmangels und abgesehen von der Frage, neben dem 665 Millionen Schilling teuren EDV-Zentrum der Stadt Wien ein zweites EDV-Zentrum zu installieren, entsprechen diese „Musterbeispiele“ wirklich nicht den Vorstellungen einer konzeptiven, geordneten Stadtverwaltung. Das ist ein Tohuwabohu zu Lasten der Stadt und ihrer Steuerzahler.

Es hat wirklich den Anschein, daß die SPÖ-Diskussion zu einem schrecklichen Durcheinander hier im Rathaus geführt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Letztlich — das soll auch nicht unerwähnt bleiben — ist zu erwarten, daß der Herr Bürgermeister, um sein angekratztes Image als Kronprinz der SPÖ wieder aufzupolieren, sich im kommenden Wahlkampf sehr stark in der Bundespolitik engagieren und dabei das Rathaus und die Arbeit für Wien links liegen lassen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für uns steht das Rathaus und die Kommunalpolitik im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir erwarten daher auch, daß eine gedeihliche Arbeit des Gemeinderates, des Stadtsenates und des Magistrats durch eine ausgewogene, sinnvolle Ressortverteilung und Geschäftseinteilung ermöglicht wird. Nun liegt es an Ihnen, dem Wiener Gemeinderat konkrete, ausführliche Vorschläge zu unterbreiten, damit wir darüber diskutieren können. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Als nächster Redner ist Herr GR. Dr. Hirnschall zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. **Hirnschall**: Herr Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst zu der gegenständlichen Anfrage der ÖVP, betreffend die Neubildung des Stadtsenates, sagen, daß wir Freiheitlichen den 1. Februar durchaus noch erwarten können. (Heiterkeit bei der SPÖ.) So sensationell werden die Ergebnisse der SPÖ-internen Beratungen sicher nicht sein.

Wir haben seinerzeit bei der Konstituierung des Gemeinderates im November die Meinung vertreten, daß möglicherweise die Vertagung der Neubildung des Stadtsenates keine sehr kluge und keine sehr gute Entscheidung für Wien ist. Das war damals unser Standpunkt, und ich kann mir vorstellen, daß über diese Terminverschiebung heute auch sehr viele in der SPÖ-Fraktion nicht mehr so glücklich sind.

Uns erscheint im Zusammenhang mit dieser Neubildung des Stadtsenates heute überhaupt nur eine Frage von prinzipieller Bedeutung zu sein — und diese Frage muß man bei so einer Gelegenheit stellen, wenn hier schon eine Debatte gewünscht wird —, das ist die Frage, ob und wann die große Koalition in diesem Haus wiederhergestellt wird. Dazu, bitte sehr, gibt es in letzter Zeit eine ganze Reihe von bedeutsamen Aussagen, und zwar von beiden Seiten. Es hat Andeutungen in dieser Richtung in einigen Pressegesprächen gegeben, die der Herr Bürgermeister veranstaltet hat, es hat sehr präzise Aussagen gegeben — das habe ich bei passender Gelegenheit schon einmal zitiert — von seiten des Herrn Finanzstadtrates Mayr, sogar schon am Abend der Wahl und am Tag nach der Wahl, daß er glaubt, daß das eine zwingende Notwendigkeit wäre.

Heute habe ich in der „Presse“ einen Beitrag gelesen, wonach der Herr Klubobmann Ing. Hofmann nunmehr auch in die Linie der Anhänger

einer großen Koalition hier im Hause eingeschwenkt sei, und last not least hat es natürlich eine ganze Reihe von Annäherungsversuchen der Österreichischen Volkspartei gegeben. Ich glaube, irgendwo ist das mit ein Hintergrund für diese heutige Anfrage gewesen, um auf diese bohrenden Fragen, die sich innerhalb der ÖVP stellen, hier endlich eine Antwort zu bekommen.

Es hat dann von seiten des Herrn Dr. Busek ein Pressegespräch über die vertraulichen Parteienverhandlungen gegeben, die er mit dem Bürgermeister gehabt hat. Es hat am nächsten Tag ein Pressegespräch des Herrn Dr. Busek gegeben, in dem er darüber berichtet hat, daß sich in diesen vertraulichen Verhandlungen die Chancen gebessert hätten, zu einer großen Koalition zu kommen.

Daher stellt sich für uns heute wohl die Frage, wie es diesbezüglich aussieht, denn wenn es tatsächlich früher oder später zu dieser großen Koalition kommt, wäre ja der Stadtsenat, der am 14. Februar hier gebildet und gewählt wird, neuerlich bloß ein Stadtsenat auf Abruf. Stellen Sie sich vor: Wenn man in einem halben Jahr oder in einem Jahr bei der Mehrheit und bei der Österreichischen Volkspartei zu dem Ergebnis kommt, daß die große Koalition gebildet wird, die von allen Seiten gewünscht wird, würde das bedeuten, daß der neugewählte Stadtsenat in seiner Gänze zurücktreten müßte, daß eine neue Ressortverteilung erfolgt, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß dann alle 15 Stadträte, die es jetzt gibt, gleichzeitig ressortführende Stadträte wären. Wir hätten sonst 15 Geschäftsgruppen, und es kann ja wohl nicht wahr sein, daß das die Vorstellungen irgendeines Verantwortlichen in diesem Hause sein können. Das würde also zunächst einmal bedeuten, daß der Stadtsenat auf ein erträgliches Maß reduziert werden muß, denn sonst hätten wir keine Kompetenzvereinfachung, sondern in weiterer Folge eine Kompetenzaußersplitterung.

Ich glaube also, diese Frage stellt sich durchaus legitim, und über diese Frage könnte man drei Tage vor den entscheidenden Beratungen innerhalb der SPÖ vielleicht doch etwas sagen.

Das ist jetzt eine Frage, die ich nicht nur an den Herrn Bürgermeister richte, sondern gleichermaßen an seinen Vize, an Herrn Dr. Busek, der allerdings wieder einmal durch Abwesenheit glänzt und damit zum Ausdruck bringt, wie sehr er die Wichtigkeit dieser dringlichen Behandlung hier im Hause unterstreicht.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Als nächster Redner ist Herr GR. Fürst zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. **Fürst**: Herr Vorsitzender! Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Es handelt sich hier um eine dringliche Anfrage an den Bürgermeister, also an den Chef der Mehrheitspartei. Trotzdem muß ich Ihre Wortmeldung, Herr GR. Hirnschall, zum Anlaß nehmen, auch zu Ihnen Stellung zu nehmen, obwohl ich der Meinung war, daß es im Augenblick darum geht, wie die Sozialistische Partei die weiteren

Geschicke dieser Stadt lenken wird. Wenn Sie glauben, die Zwei-Watschen-Theorie fortsetzen zu müssen, mit der Sie schon bei der Gemeinderatswahl am 8. Oktober Schiffbruch erlitten haben, dann möchte ich Ihnen ganz klar folgendes sagen: Die Wiener Volkspartei strebt eine Mitbestimmung in der Stadtverwaltung an. Sie strebt diese Mitbestimmung aber an auf Grund der Verfassung, so wie das derzeit in sieben von neun Bundesländern der Fall ist. Einen Kniefall vor der Sozialistischen Partei zu einer Koalition, wie es sie früher gegeben hat, wird es in Zukunft nicht geben, da muß ich Sie enttäuschen, Herr Kollege Hirnschall! (Beifall bei der ÖVP.)

Sie haben noch immer nicht erkannt, Herr Kollege Hirnschall, worum es in dieser Stadt geht. Es geht nämlich darum, in Wien einmal die absolute Mehrheit zu brechen, die SPÖ in Wien vom hohen Roß herunterzuholen. Das werden Sie damit, daß Sie uns angreifen, nicht erreichen! (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin sehr erstaunt über die Begeisterung der Sozialistischen Partei, der Vertreter Ihrer Fraktion, der Gemeinderäte hier im Saal, die derzeitigen amtsführenden Stadträte zu verteidigen, denn es hat sich bisher von Ihnen niemand zum Wort gemeldet. (Rufe bei der SPÖ: Das überlassen Sie uns!)

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Umbildung des Stadtsenates eine so wichtige Sache ist, daß wir der Meinung sind, daß hier im Gemeinderat darüber diskutiert werden sollte. (GR. Edlinger: Werden wir!) Vor allem dann, wenn der Herr Parteisekretär Edlinger unmittelbar nach der Wahl in einem Artikel in der „Zukunft“ geschrieben hat: Der Ausgang der Wiener Landtagswahl und fast mehr noch die seither vorgenommenen politischen Analysen erfordern eine rasche und energische Reaktion. — Wir vermissen diese rasche und energische Reaktion. (GR. Edlinger: Seien Sie froh, daß Sie eine ordentliche Zeitung lesen!) Herr Kollege Edlinger, wenn Sie Stadtrat werden wollen, dann melden Sie sich beim Herrn Bürgermeister, der sucht noch welche! (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Wir glauben, daß die Frage der Neubildung des Stadtsenates eine so wichtige Sache ist, daß sie nach monatelangen Diskussionen endlich hier im Gemeinderat diskutiert und klar beantwortet werden sollte.

Bundeskanzler Kreisky hat schon einmal im Jahre 1967 im Nationalrat zu dieser Frage Stellung genommen, wobei auch er aufgefordert hat, bekanntzugeben, wie eine allfällige Regierungsumbildung aussehen sollte. Er hat gesagt: „Natürlich gehört es zum Recht der Opposition, wenn im ganzen Land die Frage einer Regierungsumbildung diskutiert wird, zu fragen, was der Herr Bundeskanzler als der Regierungschef zu dieser Frage zu sagen hat.“ Und das, meine Damen und Herren, wo auf Bundesebene die Sache verfassungsmäßig anders geregelt ist, denn dort entscheidet ja der Regierungschef über das Kabinett, dort bildet ja der Regierungschef das Kabinett, und er stellt es dem Nationalrat nur innerhalb einer bestimmten

Frist vor. Hier im Gemeinderat ist es dagegen dem Gemeinderat überlassen, die Ressortverteilung festzulegen und die amtsführenden Stadträte zu wählen. Daher nehmen wir uns das Recht, zu fragen, welche Vorstellungen der Herr Bürgermeister hinsichtlich der künftigen Besetzung von Verwaltungsressorts hat, und wir nehmen uns das Recht heraus, zu fragen, welche Vorstellungen der Herr Bürgermeister hinsichtlich der künftigen Verwaltungseinteilung hat. Wir haben ja schon vor und nach der Gemeinderatswahl immer wieder darauf hingewiesen, daß wir die derzeitige Verwaltung nicht für bürgernah und nicht für sinnvoll und zweckmäßig halten. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß bei der Auswahl der amtsführenden Stadträte nicht unbedingt nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgegangen werden sollte. Es ist unserer Meinung nach nicht unbedingt notwendig, daß Voraussetzung für die Funktion des Stadtrates für Kultur und Schulfragen die Parteifunktion in der Freien Schule Kinderfreunde ist, oder für den Stadtrat, der für die sportlichen Angelegenheiten zuständig ist, daß er eine Funktion im ARBÖ hat. Das geht ja bei Ihnen so weit, meine Damen und Herren, daß der Stadtrat, der für das Wasser und die Kanäle zuständig ist, Obmann des Arbeiterfischereiverbandes ist, obwohl ich diese Kombination wirklich nicht mehr verstehe.

Wir wollen daher heute nach monatelangen Gerüchten, Dementis und Spekulationen vom Bürgermeister endlich hören, welche Gründe er hat, amtsführende Stadträte von ihren Ressorts abuberufen, und wie er sich den Weg zu einer bürgernahen und arbeitsfähigen Verwaltung vorstellt. Vielleicht hat der Herr Bürgermeister in Wirklichkeit nur taktiert, vielleicht war es ihm gar nicht ernst mit diesen Ankündigungen, und er hat sich nur gedacht: Wenn ich die Stadträte in Frage stelle, werden sie umso fleißiger arbeiten. Vielleicht hat er geglaubt, daß jeder einzelne SPÖ-Stadtrat nun durch besondere Leistungen für Wien und die Wiener seine Unentbehrlichkeit beweisen wird.

Wir stellen heute fest, daß die Wiener SPÖ-Stadträte, die amtsführenden Stadträte, in den letzten vier Monaten jedenfalls nicht um ihr Leiberl gelaufen sind, wie es so in der Sportlersprache heißt. Es steht heute fest, daß sich der Herr Bürgermeister, wenn er diese Taktik gemeint hat, wieder einmal geirrt hat, denn die amtsführenden Stadträte haben nämlich keineswegs ihre Energie in die Gemeindearbeit geworfen. Sie haben sich vor allem nach der Volksabstimmung vom 5. November in ihren Ressorts wie wahre Energiesparmeister verhalten. Sie haben vielmehr die Energie dafür aufgespart, um die parteiinterne Selbstverteidigung aufzubauen.

Ermutigt hat sie sicherlich der sozialistische Klubobmann, der anlässlich der Konstituierung des Wiener Gemeinderates am 13. November erklärt hat, die Wiener SPÖ-Gemeinderatsfraktion steht voll und ganz hinter der Stadtsenatsfraktion.

Wir glauben, daß die derzeitigen SPÖ-Stadträte in den letzten Jahren die Arbeit schuldig geblieben

sind, weil sie sich in parteiinterne Probleme und Streitigkeiten verstrickt haben.

Herr Stadtrat Dr. Goller hat bereits ganz konkrete Beispiele angeführt. Ich könnte diese Liste verlängern. Ich glaube, es ist nicht notwendig.

Ich möchte nur ein Beispiel erwähnen: Wir haben in der Ausschusssitzung am 18. November Herrn Stadtrat Schieder gefragt, wann endlich die Durchführungsbestimmungen für die direkte Demokratie kommen werden. Das ist jetzt auch schon fast ein Jahr her, daß dieses Gesetz beschlossen wurde. Da wurde uns gesagt: im Februar. Und jetzt haben wir Ende Jänner, und die Sache war noch nicht einmal im Ausschuß.

Das heißt, wir verlangen die Antwort auf unsere heutigen Fragen umso dringlicher, weil die politische Führung der städtischen Verwaltungsressorts seit Monaten durch drei Eigenschaften gekennzeichnet ist: durch Entscheidungsschwäche, durch Entschlußmüdigkeit und durch Untätigkeit.

Und die Kritik, meine Damen und Herren, kommt nicht nur von uns, von der Opposition, sondern sie kommt auch aus Ihren eigenen Reihen. Es hat beispielsweise der Bezirksvorsteher Neiger aus Meidling in der „Zukunft“ im November erklärt:

„Die neue Stadtverfassung garantiert zwar mehr Rechte für die Bezirke, dafür gibt es jedoch weder Voraussetzungen noch Kompetenzen.“

Und der Herr Bezirksvorsteher Huber, auch ein Bezirksvorsteher Ihrer Fraktion, aus der Donau-stadt, „bemängelt“ — heißt es in der „Zukunft“ — „gleichermaßen vehement die Kontakte zum Rathaus. Ihre Qualität würde etwa dann deutlich, wenn sich jemand aus der Donaustadt via „Kronen-Zeitung“ an den Bürgermeister wende und in dessen Namen die von einem Rathausbeamten formulierte Antwort bekäme, mit deren Konsequenzen dann der Vorsteher konfrontiert sei.“

Und ich erinnere zuletzt an die Resolution der SPÖ-Bezirksorganisation Margareten, wo sich ja der Bezirksparteiobmann Innenminister Lanc inzwischen auch mit aller Entschiedenheit als Kommunalpolitiker zu profilieren beginnt, wo auch betont wurde laut „AZ“, daß die Stadtverwaltung den Dienstleistungscharakter der Gemeinde durch eine generelle innere Reform der Stadtverwaltung unterstreichen müßte. (GR. Gawlik: Haben Sie schon etwas von Meinungsfreiheit gehört? Das scheint bei Ihnen ein Fremdwort zu sein!)

Es liegt uns völlig fern, Herr Kollege Gawlik, uns in Ihr parteiinternes Hick-Hack einzumischen. Aber wir sagen heute: Wenn der Bürgermeister die Absicht hat, amtsführende Stadträte abuberufen und die Ressortverteilung zu verändern, dann soll er den Gemeinderat heute darüber informieren. Wenn er aber alles beim alten lassen will, so wie er es nach der Wahl am 8. Oktober gelassen hat, dann soll er das ebenfalls klarstellen und dafür sorgen, daß in den Politikeretagen des Wiener Rathauses endlich wieder gearbeitet wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Geben Sie endlich, Herr Bürgermeister, dem Gemeinderat die Gesichtspunkte der Reformen bekannt, die Sie 1973, 1976 und 1978 angekündigt haben und bis heute schuldig geblieben sind!

Es ist in den letzten Tagen sehr vehement diskutiert worden, wie es in den künftigen Ressorts der Stadtverwaltung aussehen wird. Es ist kaum ein Name, der nicht genannt wurde. (Rufe bei der SPÖ: Wo?) Na, lesen Sie keine Zeitungen? Ich würde Ihnen das schon sehr empfehlen! (GR. Rautner: Das sind doch unbezahlte Einschaltungen!)

Oder sprechen Sie einmal mit den Beratern des Herrn Bürgermeisters in dieser Frage. Man hört, daß ein Dissident und ein Hausherr als Berater fungieren, nämlich Herr Matzner und Herr Konecny, daß die in dieser Entscheidungsfrage eine sehr wesentliche Rolle spielen sollen.

Und man hört allerhand. Zum Beispiel hört man, daß die Frau Kulturstadträtin keineswegs geneigt ist, die Kulturverwaltung abzugeben. Auf der anderen Seite hört man aber wieder, daß die Trennung von Schulverwaltung und Kulturverwaltung bereits beschlossene Sache sei. Es soll mit vielen Leuten darüber geredet worden sein, nur dürfte der Ämterbasar nicht auf das notwendige Interesse stoßen, denn letztlich war auch ein Mann im Gespräch, dessen einzige Qualifikation, offensichtliche Qualifikation darin bestanden hat, daß er als Geschäftsführer eines SPÖ-Vereins, der unten beim 1. Mai am Nachmittag das Sackhüpfen und ähnliche Dinge veranstaltet hat, Subventionen vom Kulturressort genommen hat. Und interessant ist auch, daß der Geschäftsführer mit dem Sekretär der Frau Stadtrat identisch ist. (VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner: Stimmt nicht!)

Aber vielleicht hat die Frau Stadtrat durch die internen Diskussionen keine Möglichkeit gehabt, sich mit wichtigen Dingen zu befassen wie zum Beispiel mit der Frage, ob der Bund endlich einen größeren Beitrag für die Wiener Festwochen leistet oder ob der Bund nicht doch die Subventionen für die Wiener Symphoniker erhöhen statt kürzen sollte. (VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner: Um 4 Millionen mehr! Information!)

Es ist auch das Planungsressort in Diskussion gezogen worden — mit Recht unserer Meinung nach, denn wenn Sie die Wiener fragen, was sie von der Gestaltung des Karlsplatzes, des Stephansplatzes oder der breiten Wand mit Wasserspülung in der Kärntner Straße halten (Bewegung bei der SPÖ), dann werden Sie ja wissen, worum es geht.

Auch das dürfte der Grund gewesen sein, daß sich der Herr Stadtrat für Planung nicht mit den wichtigen Planungsfragen befassen konnte, wie zum Beispiel mit der Planung der Einfahrt der B1 nach Schönbrunn — eine sehr wichtige Sache, die bis heute nicht entschieden ist.

Und ganz im Ernst stellen wir auch die Frage, wie es im Stadtwerke-Ressort weitergehen soll, denn dort werden die Stadtbahnunfälle nur noch von der Zahl der Gasgebühren übertroffen. Wir haben ja schon vor einiger Zeit einen Mißtrauens-

antrag gestellt. Damals wurde er abgelehnt. Es ist für uns sehr interessant, heute vielleicht zu hören, was in dieser Frage geplant ist.

Unsere Gründe für die Notwendigkeit einer radikalen Änderung im Bereich der Stadtverwaltung haben wir wiederholt bekanntgegeben, und unsere Absichten sind in unserem „Programm Wien“ enthalten.

Es ist für uns nicht primär maßgebend, was Sie in den Parteigremien oder außerhalb dieser Parteigremien gesagt haben und welche Konsequenzen Sie dort ziehen; wir verlangen von Ihnen, Herr Bürgermeister, eine klare Erklärung vor dem Gemeinderat.

Sie, Herr Bürgermeister, haben vor vier Monaten anlässlich der Konstituierung des neuen Gemeinderates die Wahl von amtsführenden Stadträten zugelassen, von denen offensichtlich einige nicht einmal Ihr Vertrauen als Parteiobmann besitzen. Sie haben vor vier Monaten dem Gemeinderat ein Regierungsprogramm bekanntgegeben, das durch die laufende Programmdiskussion in Ihrer Partei sogar bei Ihren eigenen Parteifreunden als überholt gilt. Und Sie haben die Geschäftseinteilung des Magistrates anlässlich der Konstituierung des Gemeinderates unverändert gelassen, obwohl Sie selbst überall erklärt haben, daß grundlegende Reformen nötig sind.

Ihre Denkpause, Herr Bürgermeister, ist für die ganze Stadtverwaltung zu einer unzumutbaren Arbeitspause geworden. Beenden Sie diese Arbeitspause, Herr Bürgermeister! Und wenn Sie wollen, daß in Wien endlich wieder etwas weitergeht, dann beantworten Sie heute ohne Ausflüchte unsere Fragen, mit wem oder ohne wen und vor allem wie es in Wien Ihrer Meinung nach weitergehen soll. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer:** Als nächster Redner ist der Herr Bürgermeister zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bürgermeister: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Die Arbeit in Wien wird nach den Vorstellungen jener großen Idee weitergehen, die seit 61 Jahren, mit Ausnahme der Diktaturen, das Schicksal dieser Stadt bestimmte! (Beifall bei der SPÖ.) Das ist eine Tatsache, die Sie anscheinend nach 61 Jahren noch immer nicht überwunden haben, sonst könnten Sie sich nicht darüber mokieren, daß Sozialisten und gar sozialistische Funktionäre zu Mitgliedern des Stadtsenates gewählt werden. 61 Jahre später sollten Sie doch zur Kenntnis nehmen, daß halt nicht mehr die einzige Voraussetzung sein kann, daß man der ÖVP oder früher der Christlich-sozialen Partei angehört.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht zur Beantwortung zum Wort gemeldet, sondern ich möchte Ihnen sehr ernsthaft etwas sagen: Würde ich im gleichen Stil und mit dem gleichen Augenzwinkern antworten, wie Sie gefragt haben, dann wäre ich aufgestanden und hätte gesagt: § 34 Abs. 3 der Geschäftsordnung legt dem Befragten die Pflicht auf, innerhalb von zwei Monaten schriftlich oder mündlich zu antworten.

Ich werde die gegenständliche Anfrage jedoch bereits innerhalb von 16 Tagen, nämlich in der Gemeinderatssitzung am 14. Februar, eingehend beantworten, und wenn Sie es, wie aus der Anfrage hervorgeht, wünschen, die Frage nach den Leistungen der amtsführenden Stadträte mit einem ausführlichen Rechenschaftsbericht aller Ressorts beantworten. Das werde ich auf Grund Ihrer Anfrage am 14. Februar auf jeden Fall tun.

Aber was meine ich damit, meine Damen und Herren, wenn ich sage, wenn ich ebenso im Stil mit Augenzwinkern darauf eingegangen wäre, wie Sie die Anfrage gestellt haben?

Es wird so oft davon gesprochen, daß man die Würde des Gemeinderates nicht strapazieren soll. Meine Damen und Herren von der ÖVP! In einer Situation — da Sie immer Zeitungen zitieren, ist erkennbar, daß Sie Zeitungen lesen —, in einer Zeit, in der Sie ganz genau wissen, daß ich gesagt habe — und ich muß die Anfrage heute zum Teil beantworten als eine Anfrage an den Landesparteiobmann der SPÖ, ich kann Ihnen keine Gastkarte zu unserem Landesparteitag schicken, daher muß ich es hier beantworten —, in einer Zeit also, in der ich eindeutig gesagt habe, am 1. Februar werden die Gremien der SPÖ — wie Sie gesagt haben — zuerst über die Sachentscheidungen Beschlüsse fassen, dann über die Vorschläge für den Stadtsenat, der während der ganzen Arbeitsperiode im Amt und für die Stadt verantwortlich sein soll, in einer solchen Zeit wäre es sehr amüsant, polemisch auf Ihre Ausführungen einzugehen, aber an einem solchen Datum muß ich sagen, daß diese Anfrage doch nur aus dem an sich menschlich verständlichen Gefühl geboren ist: Wie könnten wir jetzt noch ein bißerl boshaft sein, obwohl wir doch ohnedies wissen, daß übermorgen die Entscheidungen fallen?

Ich habe für den Ausdruck menschlicher, auch politischer Bosheit ein gewisses Verständnis, aber bitte, mir ist hier wirklich das Ganze wie ein gespenstisches Theaterspiel vorgekommen, da Sie ganz genau wissen, wie der Terminplan für das Fallen von Entscheidungen ist.

Aber lassen Sie mich zu einigen Punkten folgendes sagen, nur damit nicht aus dieser Formalbeantwortung heraus Mißverständnisse entstehen:

Die derzeitigen amtsführenden Stadträte haben, jeder in seinem Ressort, bewiesen, daß sie ihre ganze Arbeitskraft, ihre ganze Energie, ihr ganzes Wissen und ihren ganzen Elan in die Arbeit hineingesteckt haben, und ich bin jedem einzelnen von Ihnen persönlich dankbar für den Einsatz, den sie bewiesen haben. Nur um das klarzustellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Dr. Goller, noch eines: Ich verwende nicht gern starke Ausdrücke, aber ich kann es jetzt leichter tun, weil ich durch die Nichtzugehörigkeit zum Gemeinderat nicht mehr immun bin und daher jederzeit, wie jeder andere Staatsbürger, für die Ausführungen im Gemeinderat verantwortlich zu machen bin.

Meine Herren von der ÖVP und — jetzt in diesem Falle als Redner — Herr Dr. Goller! Das,

was Sie fünf Jahre lang mit dem Präsidenten Suttner aufgeführt haben, müßte Ihnen die Schamröte ins Gesicht treiben, weil das Ehrabschneiderei ist! Das möchte ich Ihnen auch sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber jetzt zur Diskussion nur noch eines. Meine Herren! Unter dem Wort „denken“ müssen Sie sich ganz etwas Furchtbares vorstellen. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Sie haben jetzt von der Denkphase gesprochen. (GR. Fürst: Sie haben Pause!) Die ÖVP muß eine eigenartige Vorstellung vom Denken haben. (Stadtrat Dr. Goller: Zeitweilig denken Sie, sonst würden Sie keine Phase brauchen!) Wir müssen nämlich weder eine Pause noch eine Phase einlegen, um zu denken, meine Damen und Herren (GR. Hahn: Ist jetzt der Matzner und der Konecny ein Berater oder nicht? Das wollen wir schon wissen!), sondern die Sozialistische Partei hat zu einer Diskussion aufgerufen — und ich muß halt jetzt wieder als Landesparteiobmann sprechen —, zu einer Diskussion, was man über jenes Arbeitsprogramm hinaus, das die Zustimmung von 57 Prozent der Wienerinnen und Wiener gefunden hat und das verwirklicht wird, noch besser machen könnte. (GR. Hahn: 42 Prozent waren es!)

Meine Damen und Herren! Die Wahlen gewinnen Sie nicht hier im Gemeinderat! Die Zwischenrufe haben keinen Sinn! (Stadtrat Dr. Goller: Weil sie Ihnen unangenehm sind!)

Die Sozialistische Partei hat also zu einer Diskussion darüber aufgerufen, was über die Verwirklichung des Arbeitsprogrammes hinaus noch verbessert werden könnte, was besser gemacht werden könnte in unserer Stadt (GR. Hahn: Feinschliff!) — nein —, weil wir nämlich immer zugeben, daß in dieser Stadt, auf die wir sehr stolz sind, manches noch immer viel, viel besser gemacht werden kann.

Und da muß ich Ihnen jetzt als Obmann der SPÖ sagen: Ich bin persönlich ungeheuer stolz, dieser Partei anzugehören, weil hier einfache Menschen, Mitglieder in Diskussionen in drei Monaten mehr Ideen hervorgebracht haben als die ÖVP in zehn Jahren! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Sozialistische Partei wird termin- und plangemäß ihre Diskussionen abschließen. Ich werde trotz der Anfrage bei meinem Wort gegenüber den Parteigremien bleiben, daß die Gremien jener Partei, die eben das Schicksal dieser Stadt bestimmt, die ersten sind, die darüber bestimmen, was zu geschehen hat, und auch die ersten sind, die meine Vorstellungen erfahren werden. Und ich kann Sie nur auch bitten, sich noch einige Tage zu gedulden. Bis dahin müssen Sie weiter das Gras wachsen hören, wenn Sie zuhören! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Als nächster Redner ist Herr Vizebürgermeister Dr. Busek zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (GR. Dinhof: Er ist gerade erst gekommen! — GR. Ing. Hofstetter: Er hat gar nicht gehört, was geredet worden ist!)

Vizebürgermeister Dr. **Busek**: Das ist ein Irrtum!

Es gibt in diesem Haus eine herrliche Lautsprecheranlage! (GR. Johanna Dohnal: Aber!)

Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich die Sorgen des Kollegen Hirnschall ein wenig zerstreuen. Ich weiß, daß Zeitunglesen bildet, aber in dem Fall muß ich gestehen, daß die Verkündigungen der „Kleinen Prawda“, nämlich der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, richtiger waren als die der Tageszeitung „Die Presse“. Das, was dort gestanden ist als Ergebnis und Berichterstattung über meine Pressekonferenz, hat dem, was ich in der Pressekonferenz gesagt habe, mehr entsprochen als alle anderen Berichterstattungen. (Amtsführender Stadtrat Hans Mayr: Und trotzdem machen wir es ein bißchen herunter mit der Bezeichnung „Kleine Prawda“!) Nun, bitte, Sie werden doch noch einen kleinen Scherz verstehen! (GR. Edlinger: Scherzbold!) Bitte, ich nehme es gerne zurück; wenn Sie der Meinung sind, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ nicht die Wahrheit steht, dann ist das Ihre Sache. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Rosenberger: Sehr billig!) Wenn das Wort „Wahrheit“ eine Kränkung ist, dann tut es mir leid. (Amtsführender Stadtrat Hans Mayr: Diese unseriöse Bezeichnung kennzeichnet Sie!)

Danke vielmals, Herr Stadtrat Mayr! Ihre Empfindlichkeit bei bestimmten Bezeichnungen werden wir uns zu merken wissen. Und daß Sie mich deshalb als unseriös bezeichnet haben, hätte bei einer korrekten Vorsitzführung einen Ordnungsruf zur Folge gehabt. (Beifall bei der ÖVP.)

Zunächst einmal, Herr GR. Hirnschall, darf ich Ihnen nichts anderes dazu referieren, als daß von unserer Seite ein Wunsch bestanden hat, Probleme der Gestaltung der Wiener Stadtverfassung weiter in Diskussion zu halten, und ich glaube, auch mit Ihrer Partei einer Meinung zu sein, daß die Frage der weiteren Ausgestaltung der Wiener Stadtverfassung ein entscheidender Punkt ist. Von einer großen Koalition hat, mir erinnerlich, bei diesem Gespräch und auch bei der Pressekonferenz niemand gesprochen. Der Rest ist Ihre Vermutung. (GR. Dr. Hirnschall: Ihre Wünsche sind schon ein bißchen weitergegangen!) Also ich kann mich nicht erinnern — aber es gibt auf der anderen Seite auch Teilnehmer an diesem Gespräch —, je von meiner Seite von einer großen Koalition gesprochen zu haben. Daß das Ihre Sorge ist, ist eine zweite Frage. Aber ich würde sagen, in der Frage der Koalitionen sollten wir alle miteinander vorsichtig sein. Zuerst machen wir einmal Wahlen, und da hat der österreichische Wähler das Wort. Und dann können Sie sich den Kopf zerbrechen, was dabei herauskommt! (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bürgermeister! In Stellungnahme zu dem, was Sie soeben hier vom Rednerpult gesagt haben, muß man halt sagen, daß dahinter die Frage steht: Wer hat überhaupt das Recht zu erfahren, was geschieht, und wem kommt die gestaltende Kraft zu?

Es ist außer Frage, daß es Aufgabe von Parteigremien ist, solange auf Parteilisten gewählt wird, sich darüber zunächst im klaren zu sein, was den gesetzgebenden Körperschaften vorgeschlagen wird.

Aber es ist ja nicht so, daß die Diskussion sozusagen in aller Stille geführt wurde und man eigentlich nur mehr lauschen muß, was hier am 14. Februar dem Vernehmen nach im Gemeinderat verkündet wird, sondern es gibt ja eine Reihe von Stellungnahmen in aller Öffentlichkeit, zum Beispiel die der Parteiorganisation von Margareten, wo von einer Rotation der Ämter die Rede ist, wo man der Meinung ist, daß man bei einer Reihe von sogenannten Skandalfällen — bitte, das steht dort in der Aussendung — rascher reagieren soll, und einiges mehr.

Und in dem Zusammenhang ist es natürlich interessant, und ich würde auch sagen eine Frage der politischen Verantwortung, in Gremien, die dazu berufen sind, Entschlüsse zu fassen, auch darüber zu hören, was beabsichtigt ist. Denn es ist ja nicht die erste Überlegung, die zur Frage der Ressorts und zur Frage der Geschäftseinteilung des Magistrats hier getroffen wird.

Was uns von der Wiener Volkspartei nachdenklich stimmt, ist der x-te Anlauf. Der Anlauf des Jahres 1973 war der erste, der Anlauf des Jahres 1976 war der zweite. Jetzt hätten wir eigentlich das Recht zu erfahren, was wirklich geschieht, denn es ist ja immer noch der Feinschliff. Oder wird das der Feinschliff vom Feinschliff? Oder hat sich vielleicht herausgestellt, daß die Dinge nicht geeignet sind?

Ich glaube, es wäre einer Demokratie nicht abträglich, auch der Wiener Stadtdemokratie, wenn man die Vorschläge, die hier entstehen, zur Diskussion stellt. Das, was wir am 14. Februar nur mehr machen können, ist nach den Vorstellungen Ihrer Partei eine Ratifizierung. Da, finde ich, ist der Wiener Gemeinderat einfach zu schade, um in der Frage der Geschäftseinteilung als ein Ratifikationsorgan zu dienen. Das ist nämlich dem Bild der Demokratie in der Öffentlichkeit genauso abträglich wie vieles andere. Das sind wir dem Prestige der Demokratie und dem Ansehen der Bürger schuldig, daß darüber auch öffentliche Diskussionen stattfinden. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Der hat dem Withalm dreingeredet!) Wie kommt der Withalm in den Wiener Gemeinderat? Können Sie mir das nicht in einer Wortmeldung erklären? (GR. Gawlik: Es ist im Prinzip das gleiche! Tun Sie nicht demagogeln!) Herr Vorsitzender, wenn Sie in der Lage sind, vielleicht Herrn GR. Gawlik zu stoppen — außer er hat sich als Redner gemeldet.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Am Wort ist der Herr Vizebürgermeister.

VBgm. Dr. **Busek** (fortsetzend): Ich danke vielmals. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Als Zwischenrufer ist er nur laut, schlagbar ist er leicht. (Zwischenrufe. — Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. — Amtsführender Stadtrat Nekula: Laut, aber nicht deutlich!) Herr StR. Nekula, bei der Frage der Regierungsumbildung würde ich mich an Ihrer Stelle als letzter zu Wort melden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Bürgermeister! Sie haben doch davon gesprochen, daß das Arbeitsprogramm, das die Sozialisten vorgelegt haben, von 57 Prozent der Wiener unterstützt wird. Jetzt können wir uns in eine Unterhaltung einlassen, ob es 57 Prozent oder 42 Prozent sind. Die Frage, die dahintersteht — hoffentlich bewegt auch die Ihre Partei —, ist, daß die Wahlbeteiligung abgenommen hat und wir uns langsam einigen müssen, welche Bezugspunkte wir dazu wählen.

Eines aber, Herr Bürgermeister, verstehe ich nicht. Wenn angeblich 57 Prozent dem Arbeitsprogramm der SPÖ zugestimmt haben, warum haben Sie noch darüber nachdenken müssen, welches Arbeitsprogramm überhaupt verwirklicht wird? Warum hat es dann überhaupt diese Denkpause oder Denkphase — man kann jetzt streiten, was es ist — gegeben? Denn der Begriff stammt sicher nicht von uns.

Das, was wir mit dieser Anfrage geben wollten, war ein weiterer Denkanstoß. Wir können uns nur in dem Sinn vertagen, daß wir hoffen, daß das Ergebnis dieser Denkpause, dieser Denkphase, und der dazugehörige Denkanstoß am 14. Februar ein Ergebnis zeitigt, daß in Wien endlich etwas geschehen kann, was Sie mit Ihrer Mehrheit seit dem 8. Oktober verhindert haben, daß nämlich gedeihliche Arbeit geschieht und daß hier Entscheidungen gefällt werden. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Zur Besprechung der dringlichen Anfrage ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Anfrage wird zur Beantwortung an den Befragten weitergeleitet.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

Es folgt eine kurze nichtöffentliche Sitzung.

(Schluß um 15.30 Uhr.)